

# Der Grundstein

Offizielles Organ des Zentral-Verbandes der Maurer Deutschlands

sowie der

Zentral-Krankenkasse der Maurer, Gipser (Weißbinder) und Stukkateure Deutschlands „Grundstein zur Einheit“

Das Blatt erscheint zum Sonnabend jeder Woche.  
Abonnementspreis pro Quartal M. 1,50 (ohne Bestellgeld),  
bei Zustellung unter Kreuzband M. 1,90.

Herausgeber: Joh. Staningh, betanjo. Redakteur: Aug. Winnig,  
beide in Hamburg.  
Redaktion und Expedition: Hamburg 7, Besenbinderhof 56.

Schluss der Redaktion: Dienstag Morgen 8 Uhr.  
Verlags-Anzeigen  
für die dreizehnbaltige Zeitspalt über deren Raum 30 A.

## Verbandskollegen! Trefft Vorbereitungen zu der Flugschrift- verbreitung und Hausagitation!

Die heutige Nummer umfasst 16 Seiten.

### Verbandsmitglieder!

In der Zeit vom 25. März bis zum 1. April soll eine vom Verbandsvorstand herausgegebene Flugschrift in allen Ecken Deutschlands unter den Maurern verbreitet und zugleich eine energische Hausagitation entfaltet werden.

Zur Ausführung dieser Agitation ist eine sehr große Zahl von Personen notwendig. Wir erlauben daher die Mitglieder, sich ihren Vereinsvorständen und Vertrauensleuten bereitwillig zur Verfügung zu stellen. Niemand, der Hand und Fuß rühren kann, darf sich von der Verbreitung der Flugschrift fernhalten. Jedes Mitglied muß sich bereitwillig in den Dienst der Organisation stellen; gilt es doch, jetzt mit dem Einzug des Frühlings dem Verband Tausende neuer Mitglieder zu gewinnen.

### „Theoretische Arbeiterfreunde.“

Kürzlich brachte der „Grundstein“ eine Notiz, die die Art schilderte, wie ein als ein liberales Licht bekannter Oberbürgermeister mit „seinen“, das heißt den Gemeindevorarbeitern umsprang, als es diese wagten, ihm im Namen der Organisation die Wünsche ihrer Arbeitskollegen zu unterbreiten. Der Fall dürfte noch überall in frischer Erinnerung sein, er spielte sich ab in Breslau, und der Oberbürgermeister heißt Dr. Bender. Ein ähnlicher Fall hat sich kürzlich auch in Halberstadt zugetragen. Hier hatten die Arbeiter des städtischen Gaswerkes mancherlei Gründe zur Beschwerde. Sie suchten Abhilfe der sie drückenden Uebelstände durch das Mittel, dessen sich auch andere Arbeiter zu dem Zwecke bedienen, nämlich durch die Organisation. Sobald dies zur Kenntnis der Direktion gelangte, rief der Direktor des Gaswerkes „seine Leute“ zusammen, hielt ihnen eine gepfefferte Standrede, wobei ihm dann ein Arbeiter mit aller Ruhe und Sachlichkeit bedeutete, daß den Arbeitern ja nichts weiter übrig geblieben sei, als sich zu organisieren, denn die wiederholten Gesuche um Verbesserungen ihrer Lage hätten bisher noch gar keinen Erfolg gehabt, obgleich es an Versprechungen nicht gefehlt habe. Der Direktor hatte aber absolut keine Neigung, mit den Arbeitern zu diskutieren, er schritt zur Abstimmung. Er wolle selbst eine Organisation der städtischen Gasarbeiter gründen. Wer von den Arbeitern dabei mitmachen wolle, solle jetzt mit „Halberstadt“ antworten, wer aber an der „sozialdemokratischen“ Organisation festhalten wolle, solle „Berlin“ sagen. 100 Arbeiter entschieden sich für eine Organisation von Direktors Gnaden, 12 blieben fest, weil sie glaubten, sie hätten ebenso wie andere Arbeiter ein Koalitionsrecht. Diesen Glauben mußten sie aber recht teuer bezahlen, denn am anderen Morgen erfolgte die Entlassung der zwölf, die größtenteils schon viele Jahre im Dienste der Stadt tätig waren und selbst vom Direktor das Zeugnis erhielten, sie seien tüchtige und brave Arbeiter.

Von verschiedenen Seiten wurden Vermittlungsversuche gemacht, die aber erfolglos blieben. Darauf wandten sich die Arbeiter an den ersten Bürgermeister Dr. Gerhardt, bei dessen Wahl im vorigen Jahre die

Stimmen der zwei Sozialdemokraten im Stadtverordnetenkollegium den Ausschlag gegeben hatten, weil er als ein Mann von sozialem Empfinden galt. Aber dieser Mann mit dem berühmten „sozialen Empfinden“ lehnte die Wiedereinstellung der gemäßigten Arbeiter einfach ab.

Man könnte den Fall ebenso mit einer bloßen Registrierung abtun, wie es bei Gewalttaten privater Unternehmer geschieht, wenn ihm nicht durch mancherlei Umstände eine erhöhte Bedeutung zutäme, die es nötig macht, einiges dazu zu sagen. Nicht erst seit heute und gestern, sondern schon seit mehreren Jahren erheben sich im Lager jener Leute, die sich bei jeder Gelegenheit mit ihrem „sozialen Empfinden“ brüsten, Stimmen, die den Arbeitern im allgemeinen und den Gewerkschaften im besonderen raten, einen anderen Weg einzuschlagen. Das Hauptargument ist immer daselbe: die Arbeiter sollen sich dem Einflusse der sozialdemokratischen Partei entziehen, um es den liberalen, liberalen und christlich-sozialen Arbeiterfreunden mit ihren warmen Herzen zu „ermöglichen“, für sie einzutreten. Die Arbeiter sollen die Gegnerschaft gegen die heutige Gesellschaft und ihre politische Ausdrucksform, den heutigen Staat, aufgeben. Sie sollen sich in die bestehende Ordnung fügen, sich „in die heutige Gesellschaft einordnen“, wie man sich neuerdings ausdrückt. Seit Jahren gießen die Bänkelsänger dieser Melodie durch die Lande, sie kennen nur die eine Weise, die sie in der gerade passenden Tonart mit ewiger Gleichförmigkeit herunterleiern. Zu ihnen gehört beispielsweise der Vorsitzende der Landesversicherungsanstalt Berlin, Dr. Freund, der die Hypothese, die diese Anstalt auf dem Berliner Gewerkschaftshause fügt, mit der Bemerkung kündigt: „Machen Sie sich von der Partei frei, dann wollen wir weiter sehen.“ Zu ihnen gehört der saubere frühere Hofprediger Stöcker, der jüngst zu einem sozialdemokratischen Antrage im Reichstage meinte: „Ueber den Antrag an sich (siehe) ich reden, aber da er von der Sozialdemokratie kommt, so lehnen wir ihn ab.“ Zu ihnen gehören alle die sonderbaren „Gewerkschaftsfreunde“, die ihre glühende Freundschaft nur darum nicht nach Begehrt betätigen können, weil diese Gewerkschaften ihre politische Vertretung in der Sozialdemokratie sehen. Zu ihnen gehören schließlich alle die, die sich bemühen, die sog. „nationale Arbeiterbewegung“ aufzupäppeln und zu protegieren.

Demgegenüber kommen solche Fälle, wie der hier erwähnte in Halberstadt, äußerst selten, denn sie bilden nützliche Prüflinge für die Echtheit der so oft beteuerten „Arbeiterfreundschaft“ jener Kreise. Wie schon gesagt, ging dem Halberstädter Oberbürgermeister ein solcher Ruf als sozial-fortschrittlich denkender Mann voraus, daß sogar die zwei sozialdemokratischen Stadtverordneten ihm ihre Stimme gaben, wodurch er denn überhaupt erst zu seiner heutigen Stellung kam. Er hat die Erwartungen der Arbeiter gründlich enttäuscht, anders als er hätte auch ein Stimmgeber oder ein Hüter nicht handeln können. In der Tat, die ganze Affäre würde jedem Schamacher alle Ehre machen; man zwingt die Arbeiter, „freiwillig“ auf ihr Koalitionsrecht zu verzichten, und die sich zu diesem Verzicht nicht verstehen, entläßt man. Und wie zum Hohn gründet man dann für die Arbeiter noch eine „Organisation“ von Bürgermeistern Gnaden! Fürwahr, das reicht aus, um das Innerste dieser „Arbeiterfreunde“ kennen zu lernen.

Nebenbei ist es auch noch interessant, zu betrachten, wie diese „sozial“ denkenden Menschenfreunde ihre Handlung begründen und verteidigen. So führte der Oberbürgermeister aus: „Ich persönlich erkenne das Koalitionsrecht an und habe mich schon oft darüber offen aus-

gesprochen. Wer würde auch wohl heute noch gegen die Vereinigung sein! Es war aber zweckmäßig, so zu handeln, wie geschehen ist; es lag im Interesse der Stadt und der Sicherheit des Gaswerkes. Den Vertreter des Verbandes habe ich nicht gehört, denn ich bin der Überzeugung, daß die Arbeiter keinen Fürsprecher nötig hatten. Sie haben mich gebeten, wieder eingestellt zu werden; ich sagte ihnen darauf, wenn sie mir eine schriftliche Erklärung abgeben würden, daß der Verband für sie keinen Zweck habe, dann würde ich sofort eine Magistratsitzung einberufen.“ Selbstverständlich hatte er damit seinen Stadtvätern aus der Seele gesprochen; einer dieser Eblen, der sich als ein „Antiliberaler“ bezeichnete, meinte auch, die Organisation sei eine schöne Sache, aber für städtische Arbeiter tauge sie nicht.

Hier haben wir die Tendenz dieser „Arbeiterfreunde“ in Reinkultur. Das Koalitionsrecht erkennen sie an. Aber es ist ja auch so überaus bezeichnend, daß sie es noch besonders versichern, ein gelegentlich gewährleitetes Recht anzuerkennen! Freilich besteht diese „Anerkennung“ nur in der Theorie, denn in der Praxis geht sie sofort zum Teufel, wie Figuren zeigt. Sie erkennen das Recht des Arbeiters, sich zu organisieren, so lange an, wie er keinen Gebrauch davon macht; sobald er das tut, ist es mit der „Anerkennung“ vorbei. Und das sind „liberale Männer“, Anhänger des Liberalismus, der durch die Befruchtung mit sozialen Ideen neue Kräfte gewinnen will! So sind solche Vorurteile des Tages für die Erkenntnis der treibenden Kräfte oft unendlich wertvoller, als manche schwer gelehrten theoretischen Abhandlungen. In solchen Fällen dokumentiert sich immer aufs neue die Notwendigkeit des Klassenkampfes. Sie zeigen, daß das Streben der Arbeiter nach Verbesserung ihrer wirtschaftlichen Lage stets den hartnäckigen Widerstand der bestehenden Klassen findet. Sie zeigen aber auch, daß dieser Widerstand durch kein noch so ruhiges und sachliches Auftreten beseitigt werden kann, sondern daß er nur zu überwinden ist durch die Macht der Organisation. Reale Vorteile lassen sich eben nur durch reale Mittel erzielen. Solange sich solche Fälle noch ereignen, ist nicht zu befürchten, daß die Arbeiter den Lehren der theoretischen Arbeiterfreunde folgen. Und da der immer klaffender werdende Gegensatz zwischen den Klassen stets neue Konflikte gebären muß, werden sie also ihre Absicht nie verwirklicht sehen. Im Gegenteil: die Arbeiter werden immer mehr den Humpen der „Arbeiterfreunde“ erkennen und sie als nährliche Ignoranten oder als gemeine Demagogen ansehen.

Wenn man sich die „Einordnung der Arbeiterbewegung in die bestehende Gesellschaftsordnung“ so vorstellt, daß die Arbeiter aufhören, ihre Forderungen durch Kampf durchzusetzen, so wird man sehr lange warten können. In die bestehende Gesellschaft, die den Arbeiter zum rechtlosen, hungernden Paria macht, läßt sich die moderne Arbeiterbewegung nie einordnen. Diese „Ordnung“ wird von den organisierten Arbeitern immer aus entschiedenste bekämpft und schließlich auch überwunden werden.

### Politische Umschau.

Im Reichstag ist zu Anfang der verflochtenen Woche beim Spezial-Etat des Reichsanwalts durchdrungen worden. Wieder waren es die sozialdemokratischen Redner, die der Debatte eine erhebliche Bedeutung gaben. Zunächst richtete der Abgeordnete Güte an die Herren vom Reichsanwaltschaftsamt einige scharf präzisierte Fragen, betreffend hygienische Maßregeln zur Abwehr der im Ruhrgebiet in den letzten Wochen epidemisch aufgetretenen Ge-



nichtstarke. Er betonte dabei die Notwendigkeit, den Arbeitern gutes Trinkwasser und gesundheitlich einwandfreie Nahrungsmittel zu liefern, sowie auf Schutzmahnahmen in den Betrieben Bedacht zu nehmen. Weiter regte er die Erforschung und Bekämpfung der Barmfrankheit an. Dann lenkte er nochmals die Aufmerksamkeit der Regierung auf die schlimmsten Zustände in den Hütten- und Walzwerken. Gegenüber dem national-liberalen Abgeordneten Deumer, der kürzlich die Zustände in diesen Betrieben als „gut“ dargestellt versucht hatte, erklärte er, er halte seine Behauptung aufrecht, daß keinerlei gesetzliche Arbeitszeit vorhanden ist, und daß 24 bis 30 stündige Arbeitszeiten ohne Pause vorkommen.

Staatssekretär Graf Posadowski gab die Erklärung ab, daß das Reichsgesundheitsamt und das Reichsamt des Innern die Bekämpfung der Barmfrankheit und der Barmfrankheit energisch betreiben.

Der sozialdemokratische Abgeordnete Rörten brachte die Oberkassendirektion zur Sprache, womit die Schiedsgerichte auf dem Gebiete der Arbeitervermittlung, die ihrer Entscheidung unterliegenden Fälle erledigen. Er jagte u. a.: Es werden in einer einzigen Sitzung nicht selten 30, 40, 50 oder mehr als 60 Fälle verhandelt. Von einer wirksamen Verhandlung ist gar keine Rede. Will der Verletzte reden, so fällt ihm der Vorlesende sofort ins Wort. „Ach was, wir kennen ja die Alten!“ Dadurch, daß das Gericht von beiden Seiten den Vertrauensargt der Berufsgenossenschaft als Gutachter zugunsten pflegt, wird den Verletzten die Botschaft des Gesetzes aus § 69 Absatz 3 entzogen. Kann sich jemand, der Verletzten zu geringen, sich in öffentlicher Gerichtsbarkeit zu entziehen. Das sollte einmal den Mitgliedern der bürgerlichen Gesellschaft vor dem Zivilgericht geboten werden! Diese Zustände müssen endlich einmal an die Öffentlichkeit gebracht werden.

Im weiteren Verlauf der Verhandlung gab Graf Posadowski folgende beachtenswerte Erklärung ab: „Einen Vertrauensargt kann die Berufsgenossenschaft natürlich nicht entziehen, aber dadurch ist in keiner Weise ausgeschlossen, daß der Vertrauensargt anderweitige Mittel beibringen kann.“

In Bezug auf die Erschließung der Arbeiter, die das Vorkommen des Vorkommens, hat das Reichsgericht entschieden, daß dies eine öffentlich-rechtliche Verpflichtung des Staates gegenüber ist, nicht aber eine privatrechtliche dem Arbeiter gegenüber und daß daher ein Schadenersatzanspruch des Arbeiters auf das Vorkommen der Verletzung mit Erfolg nicht begründet werden kann. Diese Entscheidungen haben in der Presse den Irrtum hervorgerufen, als sei das Reichsgericht der Meinung, der Arbeiter habe in solchen Fällen überhaupt kein Recht auf Schadenersatz. Das Reichsgericht hat aber wiederholt ausgesprochen, daß ein solcher Schadenersatzanspruch gegen den Arbeitgeber, der durch Nichterfüllung der Pflichten einen Arbeiter um seine Rente bringt, wohl auf Grund der Bestimmungen des bürgerlichen Rechts möglich sei. Unter den neuen bürgerlichen Gesetzen sind solche Entscheidungen noch nicht ergangen. Sie könnten aber jetzt auf Grund des § 822 erfolgen.

Die Wohnungsfrage ist überwiegend eine Kleinwohnungsfrage, in der Stadt wie auf dem Lande. In einer Zuschrift an die „Berliner Volkszeitung“ wird darauf hingewiesen, daß das Vorkommen der Vereinigungen und Verbänden, dem Kleinwohnungsbedarf abzuwehren, meistens darauf hinausläuft, Kleinhäuser, möglichst Einfamilienhäuser, zu erhalten.

Dazu wird dann ausgeführt:

Kleinwohnung und Kleinhäuser sind aber keineswegs identisch. Ganz unzweifelhaft ist das Einfamilienhaus mit Gärten das Ideal jedes Wohnungspolitikers. Nach Lage der Verhältnisse jedoch überhaupt in den größten oder räumlich beengten Städten wird das kleine Ideal ein Ideal, ein Gegenbild bleiben müssen, eine Phantasie, deren Verwirklichung ausgeschlossen ist. Die

## Der Sozialismus in Australien.

(Schluß.)

Wie sich die australische Arbeiterpartei praktisch entwickelt, die politische Macht zu erlangen, darüber geben folgende Stellen aus dem Artikel des Hr. Aust. Aufschluß:

„Wenn nun die Arbeiterpartei auch in keiner Weise ein Hehl aus ihrem sozialistischen Vorhaben allgemeiner Verstaatlichung macht, so findet ihre Führe doch zu verständlich, um nicht einzuführen, daß ein derartiges Vorhaben sich unter keinen Umständen von heute auf morgen durchführen läßt. Sie sind sich darüber vollkommen klar, daß das Volk als solches zwar frei von Vorurteilen ist, wie sie anderwärts gang und gäbe sind, und sich Neuerungen gefällig lassen würde, die anderswo als diktatorisch und unpraktisch verurteilt würden; aber sie wissen auch, daß sie es zum großen Teile mit Leuten britischer Abstammung zu tun haben, die nach ihrem ganzen Naturell sich schmerzlich bereitfinden dürften, falls über Kopf den Sprung ins Ungeheuer zu wagen; sie müssen die Garantie haben, daß die Vorschläge, mit denen man zu ihnen kommt, auch auf gesunder Grundlage basieren, und sind sie einmal auf dieser Überzeugung gelangt, was bei dem bisherigen Erfolge sozialistischer Betriebe der Eisenbahnen nicht schwer halten dürfte, so werden sie sich auch nicht durch kleinliche Vorurteile abhalten lassen, ihre Zustimmung zu einem Experiment im Großen zu geben, wo im Kleinen so bemerkenswerte Erfolge erzielt wurden. In richtiger Würdigung dieser Charaktereigenschaften der großen Masse der Bevölkerung hat es denn die Arbeiterpartei, wie schon oben bemerkt, für angebracht erachtet, vorderhand ein Kampfsprogramm aufzustellen, von dessen Annahme bei den demnächst stattfindenden Wahlen sie sich die schönsten Aussichten für die endgültige Verwirklichung ihrer politischen Ziele verspricht.“

Das Wahlprogramm enthält neun verschiedene Punkte, auf Grund derer die Parteiführer eine Parlamentsmajorität zu erlangen hoffen. Diese Punkte lassen sich in zwei Gruppen zusammenfassen, nämlich in eine, die auch Nichtsozialisten betreffen, und dann eine andere, deren Annahme den direkten Weg zum endgültigen Sozialismus anbahnen dürfte. Zu der ersten Klasse gehören 1. die Reformierung Australiens für die weiße Rasse; 2. die Be-

wohnungsreform, die überwiegend darauf hinaus wollen, jedem Arbeiter sein eigenes Hauschen zu sichern, die also einen förmlichen Kultus des Kleinbaues treiben, sind auf dem gefährlichen Wege, ihre Kraft und die ihnen zur Verfügung stehenden Mittel einer ausschließlichen Sache zu widmen, da sie durch ihr vermeintlich löbliches Tun die Kleinwohnungsfrage nicht fördern, sondern verschlimmern. Sie rechnen nicht damit, daß mit der Bevölkerungsziffer auch die Bodennot zunimmt und damit der Bodenpreis.

Schon heute klagen angesehene Bauvereine über absoluten Mangel an geeignetem Bauboden. Der Bericht der Parteiführer der Bauvereine „Dahmeim“, daß er seit zwei Jahren auf der Suche nach weiteren passenden Gelände zu billigen Preisen ist, aber nichts bekommen kann. Der Verein hat den Grundbau, nur Einfamilienhäuser mit Gärten zu errichten. Er wird — das unterliegt gar keinem Zweifel — diesen Grundbau aufgeben müssen, weil er gegenüber der harten Doppelkassette „Bodennot-Bodenverknappung“ einfach ohnmächtig ist.

Aber neben den grundlegenden bodenpolitischen sprechen noch andere Gründe gegen den Kultus des Kleinbaues in größeren Gemeinden. Wenn Kleinwohnungen nicht billig errichtet und dementsprechend vermietet werden können, bedeuten sie keine Förderung der Arbeiterwohnfrage. Nun stellt sich nach den tatsächlichen Berechnungen eine schöne Zweifelhafte Wohnung neben Küche, abschließendem Korridor und Abort in den mehrstöckigen Mietshäusern des Darnstädter Bezirks für Arbeiterwohnungen auf nur 2100 Mark, dagegen in den Einfamilienhäusern des dortigen „Dahmeim“ auf 7200 Mark. Das ist ein so ins Gewicht fallender Unterschied, daß er meistens allein ausschlaggebend sein wird. Der vorzügliche Bremer Wohnungsbericht stellt ebenfalls fest, daß das Mehrfamilienhaus dem Kleinhäuser in Bezug auf Wohnbilligkeit unbedingt überlegen ist, trotzdem die dortigen Kleinhäuser „naturngemäß“ aus dem einfachsten und billigsten, also aus minderwertigem Material hergestellt werden. Baugrund, Fundament, Bedachung sind bei beiden Hausarten ziemlich gleich teuer. Bei geschlossener Bauweise tritt hierzu noch die Möglichkeit, gemeinschaftliche Brandmauern und ebenfalls anliegenden Ausbauten für Kellere, Klosets usw. anzulegen. Ferner verfügen sich hier mit der Straßenseite die Straßenerhellungs-, Unterhaltungs- und Reinigungsarbeiten, sowie die Kosten für Kanalisations- und Gasrohre und für Kabelleitungen. Das alles spricht doch, wo man einer wirklich brennenden Wohnungsnot für kleine Leute gegenübersteht, so gewaltig mit, daß die wenigen anerkannten Gründe für das Kleinhäuserwesen verstummen müssen.“

Diese Ermäßigungen sind durchweg zutreffend. Mit dem Kleinhäuserbau verliert man eine Wohnungsreform nicht; man bringt sie damit auf einen hohen Punkt. Kleinhäuser und Einfamilienhäuser mögen für ländliche Verhältnisse in abgegrenzten Bezirken angemessen sein; in großen Städten, wo sich Hunderttausende von Menschen zusammenfinden, sind sie nicht am Platz, weil sie die kleinen Wohnungen nicht verbilligen, sondern verteuern. Hier ist eine gründliche Reform der Mietstabelle nötig. Ihre wirklich befriedigende Lösung kann die Wohnungsfrage nur finden durch die Verstaatlichung des Privateigentums an Grund und Boden, das sich mit dem Bodenwucher, dem Bauwucher und dem Wohnungswucher verbindet.

Das Gebot der Höhe und indirekten Steuern verteuert dem arbeitenden Volk die Lebensmittel sowie sonstigen notwendigen Konsumartikel ganz erheblich. Die Wirkung der Verstaatlichung des Reiches ist: Verbilligung und Erleichterung der Lebenshaltung der großen Massen. Es trifft sie diese Wirkung um so härter, als ihr Arbeitseinkommen sowieso ein viel zu geringes, zur menschenwürdigen Existenz nicht ausreichendes ist. Das Durchschnitts-Jahreseinkommen des deutschen Arbeiters beträgt kaum 400. Ein Arbeiter mit Familie von drei bis vier Köpfen hat davon etwa den zehnten Teil an das Reich

fürsorgung einer Bürgerversicherung; 3. die Beschränkung öffentlichen Kreditwesens und 4. ein Referendumsvorschlag bezüglich des (Pol.) Tarifs. Zu der zweiten Gruppe, die, wie oben erwähnt, mehr auf die Einführung des praktischen Sozialismus abzielt, gehören: 1. Das Amendement zum Schiedsgerichtsgesetz, das, wie erinnerlich, seinerzeit Herrn Watson zur Resignation veranlaßte; 2. ein Amendement zu den Schiffbauverordnungen; 3. eine Altersversorgungsvorlage nach dem Muster, wie sie in Neu-Schweden existiert; 4. eine progressive Steuer für alles unangebaute Land, und endlich 5. die Verstaatlichung aller Monopole.“

Heber die Bedeutung dieses Wahlprogramms sagt er weiter:

„Es läßt sich nicht in Abrede stellen, daß die Parteiführer namentlich in der Wahl der ersten vier Punkte sehr vorsichtig und glücklich gewesen sind, besonders werden sie damit Anfang finden bei der Bevölkerungslasse, die zwischen den Schwächlingen und Freikämpfern schwankt. Die Arbeit, Australien für die weiße Rasse ausschließlich zu reservieren, begegnet vielen Sympathien in den weitesten Kreisen; namentlich in den tropischen und halbtropischen Gegenden, wo auf den Zucker-, Reis- und Baumwollplantagen die Gefahr einer Masseninfektion ungenügsamer Kontraktarbeiter stetig ins Auge zu fallen ist. Gerade wie man sich in Amerika zu drastischen Maßnahmen gegen die Einwanderung der gelben Rasse veranlaßt sah, so ist man auch hier in Australien darauf bedacht, den einheimischen Arbeiter gegen die Konkurrenz mit einer aus einer niedrigeren Kulturstufe stehenden Masse zu schützen. Auch die Errichtung einer Bürgerversicherung zum Zwecke der Abwehr etwaiger feindlicher Invasionen anstatt des bisher bestehenden Militärsystems nach amerikanischem Muster dürfte allgemeine Billigung finden. Der dritte Punkt, der die Beschränkung staatlicher Anleihen vorsieht, ist ein schlaues politischer Schachzug, mehr als alles andere darauf berechnet, den Gegnern den Wind aus den Segeln zu nehmen; es könnte nämlich sonst leicht von den Widersachern der Sozialisten die entgegengehalten werden, daß sie es mit ihren Projekten nur auf eine Vererbung des Staatsfals abgesehen hätten. Wenn endlich einem Plebiszit über die Tarifangelegenheit das Wort geredet wird, so erscheint auch dies als die leichteste Lösung einer Frage, die durch angelan-

ten Form der Preissteigerung durch Böse und indirekte Steuern zu entzünden.“

In welchem Maße dieses System den Lebensunterhalt verteuert, ergibt sich u. a. daraus, daß die Budgetkommission des Reichstages beschlossen hat, in Aussicht auf die Steigerung der Preise für Brot, Fleisch u. d. Vergütung für die Naturabfertigung der Truppen erheblich zu erhöhen. Brotan sollen, statt wie früher 85 %, für volle Tageslohn mit Brot 1.20, für Mittaglohn 60 %, für Abendlohn 50 %, für Morgenlohn 25 % gezahlt werden.

Wenn ein Arbeiter, der Frau und drei Kinder zu unterhalten hat, für seine und dessen Angehörigen Ernährung Ausgaben in gleichem Verhältnis machen wollte, so würde ihm das täglich auf mindestens 4 x 1 Mark 20 %, d. i. auf 4 Mark 40 %, zu stehen kommen. Und dabei wird auch dem Soldaten, nur das nötigste geliefert. Nehmen wir aber an, er würde, um sich und seiner Familie eine gleichartige Ernährung zu gewöhnen, mit 3 x 50 % täglich auskommen können, so würde das ein erheblich höheres Arbeitseinkommen voraussetzen, als die Masse unserer Arbeiter es hat. Es gibt sicher nicht viele Arbeiter, die lediglich für die Ernährung ihrer Familie jährlich eben über 4 x 1200 ausgeben können. Die meisten müssen von einem Einkommen in dieser Höhe, und oft noch mit viel weniger, die ganze Existenz ihrer Familie, außer der Nahrung, die Wohnung, die Kleidung, Steuern, Schulgeld und so viele andere notwendige Ausgaben bestreiten.

Daß die proletarische Masse zu Unterernährung und Not und Elend aller Art verurteilt ist, ist offenkundige Tatsache. Aber wenn die Lebenshaltung so, dann ist ihre Lage menschenwürdig gestalten zu können, dann zielt das Unternehmertum und die ganze staats-erhaltende Gesellschaft über „Privatgüter“ und „maßlose Begehrlichkeit“. Schreiten die Arbeiter, um bescheidene Forderungen durchzusetzen, gar gezwungen durch die Unmöglichkeit des Arbeitsvertrages zum Streik, dann ist Staat und Gesellschaft in Gefahr. Zwar hat man in Deutschland unter Hinweis auf die Steigerung der Preise schon mehrfach die Zivilisten regierenden Rürsten betrieblieh erhöht. Das ist aber auch, ganz etwas anderes, als wenn Arbeiter und kleine Beamte bessere Bezahlung verlangen, um sich und ihre Familie vor den schmerzhaften Entbehrungen zu bewahren.

Die schmerzhaften Ungerechtigkeiten, die in der kapitalistischen Gesellschaft begangen werden, richten sich aber immer gegen die Arbeiter. Sie müssen dulden, und dann macht man ihnen auch noch aus ihrem Verbrechen, ihr Arbeitseinkommen zu erhöhen, ein Verbrechen.“

Eine Kommission zur Schlichtung von Streitigkeiten zwischen Arbeitern und Unternehmern ist vor einem Jahre in Berlin in Folge der Ereignisse eingesetzt worden. Sie hat sich, wie berichtet wird, auf das Beste bewährt. Bei allen Verhandlungen der Kommission ist fast stets ein Einvernehmen erzielt worden; nur ein einziges Mal mußte das Einigungsamt angerufen werden. Dabei haben 270 Unternehmungen der beiderseitigen Beauftragten und 69 Erledigungen durch die Kommission selber stattgefunden. Zu bemerken ist, daß die Schlichtungskommission lediglich für solche Firmen zuständig ist, die den Organisationen der Arbeitgeber als Mitglieder angehören, die mit den Arbeitnehmerorganisationen der Tarifvertrag geschlossen haben. Dieser steht zunächst noch bis Ende des laufenden Jahres in Kraft.

Es ist das ein neuer Beweis dafür, wie ungerecht und unnützlich es ist, wenn man die organisierte Arbeiterkraft beschuldigt, daß sie geleitet sei von den Tendenzen, unter allen Umständen Streiks in Werk zu setzen. Bei ihr war immer der gute Wille und das reiche Verstehen, Differenzen mit den Unternehmern auf dem Wege der Verhandlung zum Austrag zu bringen.

sein dürfte, selbst die Arbeiterpartei in zwei Lager zu teilen. Der eine Arbeiter glaubt, daß er nur bei einem haushohen Stützpunkt sich über Wasser zu halten vermag, der andere ist gerade der entgegengesetzten Meinung; daß der beste Weg aus diesem Dilemma, das Volk darüber abstimmen zu lassen, was es eigentlich will. Alles dies sind im Grunde genommen jedoch Wahrsagen, die irgend eine bürgerliche Partei, ohne deswegen in den Grund sozialistischer Umtriebe zu geraten, befürworten und in ihr Programm aufnehmen kann.

Anders ist es mit den nun folgenden Gesetzesvorlagen, die, wie wir oben schon angeführt haben, den ausgesprochenen Zweck haben, der Verwirklichung des sozialistischen Zukunftsstaates den Weg zu ebnen. Da ist zunächst das Amendement zum Schiedsgerichtsgesetz, wie es vor einem Jahre vom Parlament zur Annahme gelangte. Die Parteiführer hatten namentlich gegen die befürchtete Gesetzesnovelle eingewunden, daß sie nicht dem organisierten Arbeiter vor kein nichtorganisierten den Vorrang einräume; und ferner, daß die Verwirklichung nicht gesungen würde; daß ebenfalls dem Schiedsgerichtsbuch zu unterwerfen. Es gewinnt namentlich dieser letzte Punkt für den Fall an Bedeutung, daß die Verstaatlichung industrieller Betriebe zur Tat wird. Die Regelung der Schiedsgerichtsordnungen scheint auf den ersten Blick nicht so wichtig zu sein, insofern nämlich der ganze Bereich zur Zeit in den Händen britischer und ausländischer Hände liegt. Aber die Behandlung australischer Seeleute bei diesen Firmen hat häufig Anlaß zu Beschwerden gegeben, die nun endgültig gehoben werden sollen. Die Altersversorgung dürfte ganz besonders dazu angetan sein, die Sympathien der breitesten Schichten zu erregen; zur Zeit besteht sie nur in einem einzigen Staate, in Neu-Schweden, und hat sich dort gerade so gut bewährt wie in Neu-Seeland, wo sie zuerst eingeführt wurde. Die Kosten belaufen sich pro Jahr auf 2½ Millionen Dollars oder pro Kopf der Bevölkerung auf ungefähr 1½ Dollar. Dies ist ziemlich teuer; es würde sich bedeutend billiger gestalten, wenn sie allgemein eingeführt würde, weil nämlich Neu-Schweden einer der ältesten Staaten ist und deswegen auch den größten Prozentsatz von Altersversorgungsbedürftigen in sich schließt. Wir kommen nun zu der Legislaturvorlage, die geeignet sein dürfte, die Gemüter



Die Notwendigkeit der Gewerkschaftsorganisation behandelte einer der Führer der „Christlichen“, der Reichstagsabgeordnete Giesberts, M. Gladbach, in der in Berlin erschienenen „Monatsschrift für christliche Sozialreform“. Er schreibt da:

„Ueber dieses Kapitel sollte man eigentlich nichts mehr zu sagen brauchen. Die Geschichte der Gewerkschaftsorganisationen aller Kulturländer, ihre Erfolge in Bezug auf die wirtschaftliche und moralische Hebung der Arbeiterklasse sagt uns deutlich, daß dieselben eines der vornehmsten Mittel sind, um die Lage der Arbeiter zu verbessern. Aber es gibt in manchen noch weite Kreise, nicht bloß der bürgerlichen Stände, sondern auch weite Kreise der Arbeiter selbst, die von dem Nutzen und der Notwendigkeit der Gewerkschaftsorganisation nicht überzeugt sind. Gewiß ist es richtig, daß auch die Gewerkschaft nicht die ultima ratio aller sozialpolitischen Weisheit ist, daß sie allein nicht in der Lage ist, die soziale Frage zu lösen. Sicher ist jedoch, daß die Gewerkschaft eines der wichtigsten, tatkräftigsten und erfolgreichsten Mittel zu diesem Ziele. Bis zu einer gewissen Grenze kann die Gesetzgebung dem Arbeiter, seinen Wünschen und Forderungen entgegenkommen (Arbeitschutz, Arbeiterberufsgesetze usw.). Aber darüber hinaus ist die freie Selbsthilfe durch die Organisation als Ergänzung unbedingt erforderlich. Ja, die soziale Gesetzgebung selbst wird nur dann erfolgreich wirken können, wenn an ihrer Durchführung die Arbeiter mittels ihrer Organisationen tatkräftig mitwirken.“

Das haben nun allerdings im wesentlichen lange vor dem Aufkommen der „christlichen“ Arbeiterorganisationen auch die bösen Sozialdemokraten gesagt. Aber auf jene Organisationen trifft dieses Urteil, genau betrachtet, gar nicht zu. Sind sie doch geschaffen worden zu dem Zweck, die freie und selbständige gewerkschaftliche Arbeiterbewegung und ihren entscheidenden Kampf gegen das Unternehmertum zu verhindern oder wenigstens zu schwächen. Die christlichen Organisationen haben profitiert von den Errungenschaften der freien Organisationen. Auf sich selbst und sich allein angewiesen, haben sie für die Verbesserung der Lage der Arbeiter noch nichts geleistet. Wohl aber sind sie schon oft den kämpfenden freien Organisationen in den Rücken gefallen. Wer, wie Herr Giesberts, Vertreter einer Richtung ist, die die Arbeiterbewegung in den Dienst kirchlicher Interessen zieht, der hat eigentlich kein Recht, sich auf die allgemeine Bedeutung der Gewerkschaftsorganisationen und ihren Wert zu berufen.

## Maurerbewegung.

**Streiks, Aussperrungen, Maßregelungen, Differenzen.** Sperren, über die nicht mindestens alle vier Wochen berichtet wird, werden fernerhin nicht mehr veröffentlicht. Zuzug von Maurern und Bauarbeitern ist fernzuhalten:

### Deutschland:

#### Schleswig-Holstein:

Barmstedt (Sperre über Rathjens, in Hemdingen), Itzehoe (Streik der Bauarbeiter);

#### Mecklenburg:

Schwerin (Sperre über Ferd. Stange), Bützow (Differenzen);

#### Pommern:

Gollnow (Sperre über Küster), Jarmen (Sperre über Brandt und Heidschmidt);

#### Ost- und Westpreußen:

Könitz, Marienwerder (Differenzen);

#### Schlesien:

Rauschwalde 6. Görlitz (Sperre über Unternehmer Pauls), Waldenburg (Sperre über die Spiegelhütte auf Kolonie Sandberg);

am heftigsten zu erregen, nämlich zu der Besteuerung brachliegenden Landes. Es gibt in Australien Weideplätze für Schafe und Rinder, die Hunderttausende von Aekern, ja in einzelnen Fällen nahezu eine Million Aekern umfassen. Selbstverständlich gehören die Eigentümer dieser Weiden der bestehenden Klasse an, die gegen eine derartige Einschränkung ihres Einkommens entschiedene Front machen und alles in ihren Kräften Strebende tun wird, um die Partei, die ihre altererblichen Rechte angestraften mag, aus dem Wege zu schaffen, oder jedenfalls am Stimmzettel eine gehörige Niederlage zu bereiten. Darauf ist man aber auch vorbereitet und wird die nötigen Abwehrmittel nicht unterlassen, um so weniger, als man es zum Teil mit Leuten zu tun hat, die nicht einmal im Lande wohnen, sondern ihre Einkünfte in anderen Ländern beziehen, somit lediglich als Blutsauger zu betrachten sind und demgemäß behandelt werden sollen.

Schließlich haben wir es noch mit der Verstaatlichung aller Monopole zu tun; dieses Vorhaben ist natürlich etwas ungenau definiert und schließt Fragen in sich, die sich schwerlich im voraus genau präzisieren lassen. Man muß nicht etwa annehmen, daß die Arbeiterpartei sich unterfangen würde, falls sie ans Ruder kommt, nummehr mit einem Male allen Privatunternehmungen den Garaus zu machen. Sie ist nicht so töricht, sondern wird sich darauf beschränken, allmählich und langsam in der angegebenen Richtung vorzugehen. Sie wird mit einer der wichtigsten Industrien beginnen, und erst, wenn sie an dieser nachgewiesen, daß sie sehr wohl Staatsunternehmungen rentieren können, die nachher in Angriff nehmen. Es ist wirklich nicht einzusehen, warum der Staat nicht imstande sein sollte, das auszuführen, was ein Teil seiner Gesamtheit für sich in Anspruch nimmt.

Die Einschränkung, daß die Sozialisierung der Produktion nur schrittweise geschehen soll, ist wohl selbstverständlich. Ja, selbst von dem, was als die ersten Maßnahmen geplant ist, dürfte manches noch nicht völlig verwirklicht werden können. Es wäre also verfehlt, wollte man sofort eine vollständig sozialistische Gesellschaft erwarten. Der entscheidende Schritt besteht darin, daß der Sozialismus am Staatsrecht hergehoben wird. Unter diesem Gesichtspunkt wird sich die politische

### Brandenburg:

Strassburg 1. d. Vorkerm. (Sperre über Döring);

### Königreich Sachsen:

Leipzig (Gesperst ist die Firma Marien & Kunze, Bahnhofsbauteile);

### Thüringen:

Erfurt (Sperre über Wagner), Coburg (Differenzen), Eisenach (Sperre über Wagner), Gera (Sperre über Hirsch);

### Rheinprovinz und Westfalen:

Beunath bei Düsseldorf (Sperre über Judick);

### Hannover, Oldenburg und Lippe:

Burgdorf (Sperre über Allerding), Pyrmont (Streik);

### Baden-Pfalz:

Kaiserslautern (Sperre über den Unternehmer Neurohr), Mundenheim (Sperre über die Fabrik Giulini);

### Elsass-Lothringen:

St. Ludwig (Differenzen bei der Firma Mätter aus Strassburg).

**Auf der Suche.** Wie alljährlich, so richten unsere Unternehmer auch in diesem Jahre ihre Blicke nach Italien, besonders nach der Provinz Lombar, um williges Menschenmaterial von dort nach Deutschland zu locken, das hier die Lohnbewegungen der Bauhandwerker erschrecken soll. Einer von den mit einem solchen Schreiben beauftragten Kolonnenführern hat es der Redaktion des „L'Operaio“ übermitteln, ein Zeilen, das auch die italienischen Arbeiter allmählich die Schwach fühlen, die ihnen von den deutschen Unternehmern zugeworfen wird. Es lautet: „Deutscher Arbeitgeberverband für das Baugewerbe.“

Da uns zahlreiche baugewerbliche Korporationen und Baugewerbetreibende jährlich zum Beginn der Bauzeit nach Italien nach Italien schicken oder anderer fremder Arbeiter, besonders Maurer und Bauhandwerker, ersuchen, so haben wir seit einer Reihe von Jahren Adressen von Personen, in der Regel Maurerpolizisten, bekannt gegeben, durch deren Vermittlung derartige Leute bezogen werden konnten.

Da Sie, verehrter Herr, früher ebenfalls nebst Berufsgehilfen in Deutschland gearbeitet und zu Zeiten die Veranlassung von Arbeitern übernommen hatten, so gestatten wir uns, um gefällige kurze Nachträge zu bitten, ob Sie auch für den nächsten Bauwinter hierzu bereit sind. Wie Ihnen ja bekannt ist, ist in Deutschland öfter Mangel an Bauarbeitern, die häufiger in Orten benötigt werden, in denen Streiks ausgebrochen sind, aber doch auch in solchen Orten, wo keine Arbeitsbeschäftigung besteht. Wir gestatten uns deshalb die ergebene Anfrage, ob Sie bereit sind in der Lage sind, für die bevorstehende Saison Arbeiter (besonders Maurer und Handarbeiter) nachzuweisen, und ob Sie die Vermittlung für alle Fälle, oder nur für solche Orte übernehmen wollen, in denen keine Lohnbewegungen bestehen. Bei der Antworterstattung bitten wir um gefällige Angabe, wieviel Leute Sie von beiden vorbezeichneten Arbeitergruppen nachzuweisen vermögen.

Einer baldgefalligen Antwort entgegengehend, zeichnet unter Erhaltung verbindlichen Dankes für die erwachte Mühe

### Geschäftsbüro

### Geschäftsbüro

des Deutschen Arbeitgeberverbandes für das Baugewerbe,

Berlin SW, Köditz 3.

W. König, Geschäftsführer.

NB. Wir bitten, bei der Beantwortung dieses Schreibens Ihre wertvolle Hilfe recht deutlich anzugeben. Der Umstand, daß uns dieses Schreiben zugänglich gemacht wird, ist ein Zeichen, daß die Zeiten bald vorüber sind, wo sich die Italiener unbehagen zu jeder Arbeit hergeben. Die Unternehmer werden sich bald nach anderen Streikbrecherquellen umsehen müssen.

und wirtschaftliche Tätigkeit der Arbeiterpartei abspielen — wenn sie zur Herrschaft kommt. Das wird von den nächsten Wahlen zum Bundesparlament abhängen. Ueber deren Ausgang aber läßt sich eine sichere Prognose nicht aufstellen. Mr. Aust schreibt am Schluss seines Artikels darüber:

„Daß die bevorstehende Wahlkampfzeit eine der heftigsten und erregendsten werden wird, die hier jemals ausgetragenen wurde, darüber sind sich alle klar. Ich für meinen Teil muß offen sagen, daß ich der festen Überzeugung bin, daß die Arbeiterpartei siegreich aus dem Kampfe hervorgehen wird. Es würde zu weit führen, wollte ich den Versuch machen, in diesem Artikel die Gründe anzuführen, die mich in dieser Annahme bestärken. Auch uns wird die Zukunft lehren, ob wir recht geraten haben oder ob bei uns auch wieder einmal der Wunsch der Vater des Gedankens gewesen ist.“

Ich bin mir darüber klar, daß diese Darstellung der Lage des Sozialismus in Australien vielen und gewichtigen Zweifeln begegnen wird. Das ist nur zu natürlich. Uns muß die Hoffnung, in naher Zukunft in einem Lande die Grundgedanken des Sozialismus verwirklicht zu sehen, um so vermehrter erscheinen, da wir noch tagtäglich um die unbedeutendsten und in Australien längst selbstverständlich gewordenen Rechte und Freiheiten kämpfen müssen. Bei uns herrscht der Absolutismus, verschleierte durch einen Scheinparlamentarismus; bei uns sind der Gendarmen, die uns von der Eroberung der politischen Macht trennen, noch so viele, und sie sind so groß, daß die Jünglinge von uns kaum zu hoffen wagen, ihre Betätigung zu erreichen. Bei uns Reaktion und Gewalt Herrschaft ringen; das verengert uns den Sinn für fremde Verhältnisse. Wenn man das alles in Betracht zieht, dann erscheinen uns die Hoffnungen der australischen Genossen weit weniger gesonnen. Auf jeden Fall wird es nötig sein, der Entwicklung der politischen Kämpfe in Australien in Zukunft mehr Teilnahme zu widmen, als es bisher geschehen ist. So jung die sozialistische Bewegung unter der australischen Arbeiterpartei ist: wir können von ihr lernen.

A. W.

Die Unternehmer in Könitz machen fleißigste Anstrengungen, arbeitswillige Maurer heranzuziehen. An all verfügbaren Adressen verlangen sie ihre Arbeitsangebote. Jetzt haben sie sich sogar an einige unserer Vertrauensmänner gewandt. Einige erhielten folgendes Schreiben:

Auf Ihre Werbung teilen wir Ihnen mit, daß wir 38 bis 40 fremde Stundenlohn, je nach Leistung, bei elfstündiger Arbeitszeit zahlen; Reute aber nur einstellen, welche sich durch Arbeitsvertrag verpflichten, bis zum Spätherbst zu arbeiten. Solche erhalten 50 bis 65 fremde Stundenlohn, und können bei dem starken Angebot nur berücksichtigt werden, wenn dieselben mit 10 bis 15 Mann antreten. Beginn der Arbeit, sobald es das Wetter gestattet. Könitz, den 9. Februar 1906.

Die Baugeschäfte.

H. Wundt, H. Herrmann, D. Gillebrand,

C. Wobbe, P. Biese.

Erwähnenswert ist, daß diese Schreiben in Ruberitz mit dem Ausdruck „Bau-Fremde“ versehen worden. Es ist lächerlich, wenn diese Eulen von einem starken „Angebot“ schreiben; wozu denn noch die elende „Anleihe“? Kein Maurer, der auf Ehre hält, wird sich von diesen Herren nach Könitz locken lassen. Ein rechtschaffener Mann hätte sich zu gut, um Streikbrecherdienste zu leisten! Die Unternehmer haben übrigens bei dem starken Angebot nur berücksichtigt werden, wenn dieselben mit 10 bis 15 Mann antreten. Beginn der Arbeit, sobald es das Wetter gestattet.

**Gau Berlin.** Im Nr. 60 des „Grundstein“ vom Jahre 1903 konnten wir berichten, daß für den Stadt- und Landkreis Großen a. d. O. ein Vertrag abgeschlossen sei, der nicht nur für die bei städtischen Unternehmern beschäftigten Maurer gelte, sondern auch für die bei Landunternehmern in Arbeit stehenden. Während in der Stadt nur drei Arbeitgeber vorhanden sind, sind es im Landkreis 22. Erstere beschäftigten im August vorigen Jahres 84 Gesellen und 24 Lehrlinge, letztere 89 Gesellen und 23 Lehrlinge. Mühte man bei Abschließung der Verträge Zweifel hegen, daß von den Landgehilfen, die noch größtenteils der Organisation fernstünden, die zehnstündige Arbeitszeit nicht eingehalten werden würde, so mußte zu unserer Freude in der Verhandlung zur Verlängerung des Vertrages von Seiten der Arbeitgeber konstatiert werden, daß die Abmachungen von den Beteiligten gehalten worden seien und daß damit eine ganz bedeutende Verbesserung eingetreten wäre. Besonders sei der Schmutzkonkurrenz doch ein beträchtlicher Einhalt getan worden. Die Verhandlungen ergaben, daß der Lohn in diesem Jahre um 2 1/2 % und im nächsten Jahre um weitere 2 1/2 % erhöht wird, so daß er dann 34 1/2 beträgt. An den Sonnabenden wird eine halbe Stunde Vergütigung gewährt; auch noch einige andere Verbesserungen des alten Vertrages sind vorgenommen worden. Dieser Fall könnte als Schulbeispiel dafür dienen, daß auch die Arbeitgeber etwas zur Beseitigung der Mißstände beitragen könnten, wenn sie den ernstlichen Willen dazu hätten. In jeder Verhandlung steht bei den Arbeitgebern das Mädchen aus der Fremde, das Argument wieder: „Ja wir würden gerne etwas zulegen oder die Forderung bewilligen, aber sehen Sie unsere Landunternehmer, die unsere Konkurrenten sind, die zahlen einen viel geringeren Lohn und nehmen uns alle Arbeit fort; sorgen Sie erst dafür, daß auch die mehr zahlen, dann sind auch wir dazu bereit.“

Die Tatsache stimmt, aber es ist nicht richtig, daß die Herren nur den Arbeitern die Last der Abänderung dieses Verhältnisses aufbürden wollen. Uns möchten sie die Lasten dieser Arbeit aufbürden, während sie ihren Vertrag zum größten Teil für sich in Anspruch nehmen wollen. Die Herren Arbeitnehmer in Großen haben für ihren Teil auf ihre Kollegen einzuwirken gesucht und dabei erreicht, daß auch diese sich an der Vertragsabschließung beteiligten. Was noch vor zwei bis drei Jahren ein elf- bis zwölfstündiger, ja im Sommer ein unbegrenzter Arbeitstag bestand, wird heute zehn Stunden gearbeitet, und der Lohn ist von M. 1,80 bis M. 2,30 pro Tag heute auf 32 1/2 pro Stunde gestiegen.

Solche Zustände, wie sie hier vor dem Vertragsabschluß bestanden, herrschen in unserem Gau noch in vielen „Kohnbezirken“. Da er einen fast landwirtschaftlichen Charakter trägt, so ist in jedem Kohnbezirk der Bauunternehmer stark vertreten. Eine ganze Reihe Löhne bringen es mit sich, daß die Gesellen dieser Unternehmer der Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen nicht die gleiche Aufmerksamkeit widmen, wie die bei städtischen Unternehmern beschäftigten. Ursachen und Wirkungen zu untersuchen ist hier nicht der Platz, doch sei bemerkt, daß in den letzten zwei Jahren in einer Reihe von Kohnbezirken die gleichen Lohn- und Arbeitsbedingungen durchgeführt werden konnten. Auch in der kommenden Zeit wird der Gaubestand diesem Ziele seine besondere Aufmerksamkeit widmen.

**Waldenburg i. Schl.** Am 21. Februar legten in der Spiegelhütte, Kolonie Sandberg, 30 Kollegen die Arbeit nieder, weil ihnen nicht der ordentliche Lohn von 30 1/2 pro Stunde, sondern nur 29 1/2 gezahlt wurden. Von den 30 Kollegen waren 7 nicht organisiert, 4 unorganisierte Kollegen sind jedoch stehen geblieben, doch können diese die Spiegelhütte nicht aus ihrer Verlegenheit herausreißen. Zudem ist Aussicht vorhanden, viele ebenfalls noch herauszubringen. Die Kollegen legten sich, mit einem Stundenlohn von 29 1/2 auszukommen, ist nicht möglich, und zudem wäre es in dem Augenblick, wo wir höhere Forderungen an unsere Meister stellen wollen, ein blutiger Lohn gewesen, für diesen Lohn zu arbeiten. Charakteristisch ist es, daß der Direktor der Fabrik unserem Vertreter gegenüber erklärte, es käme dem Werke nicht auf die paar Pfennige an, aber er könne aus Prinzip nicht bewilligen, denn die übrigen Arbeiter der Fabrik würden sich sagen, nun, wenn wir die Arbeit ein oder anderthalb Tag nur niederlegen brauchen, um zu erhalten, was wir wünschen, dann tun wir es auch. Oder auf Deutsch gesagt, wenn die übrigen Arbeiter dort den Nutzen der Organisation so handgreiflich vor Augen sehen würden, dann würden sie sich sicher der Organisation anschließen. Wir müssen dem Herrn Direktor recht geben, aber wie reimt sich das mit der Humanität zusammen, die der Herr Direktor seinen Arbeitern gegenüber zu haben meint? Diese „Humanität“ fürchtet sich vor ihren eigenen Konsequenzen! Doch wir werden unsere Forderungen auch ohne diese Humanität durchzubringen suchen. Die Stimmung ist unter den Kollegen gut, und wenn die Meister hier nicht gegen ihre eigenen Interessen handeln wollen, dann müssen sie unser Vorgehen nur begreifen. An den Kollegen selbst wird es dann liegen, ob wir einen Sieg erringen. Bis jetzt haben wir leider schon einen Streikbrecher zu verzeichnen, das frühere Mitglied Paul Schwarzer. Der Webermeister hat seine Frau mit dem Handschässel nach der Arbeit geschrien.







**Aufgefordert**, vom Zweigverein Kienep der Kollege Karl Bau, geboren am 9. Oktober 1887 in Sed, Verbands-Mr. 265 690. Derselbe soll angeblich in Wiesdorf gewesen sein. Kollegen, denen der Aufenthalt der Genannten bekannt ist, werden ersucht, den betreffenden Zweigverein oder uns Mitteilung zu machen.

Der Verbandsvorsitzende.

## Bekanntmachungen der Gauvorstände.

### Gau Breslau.

Im Einverständnis mit dem Verbandsvorsitzenden berufen wir hiermit auf Sonntag, den 1. April, eine Gaukonferenz nach Breslau. Sie beginnt Vormittags 10 Uhr im Breslauer Gewerkschaftshaus, Margarethenstr. 17. Die Tagesordnung ist vorläufig wie folgt festgelegt: 1. Geschäfts- und Mitgliedschaftsbericht des Gauvorsitzenden; 2. Lohnbewegungen; 3. Mitteilungen; 4. Wahl des Gauvorstandes.

Wir ersuchen die einzelnen Zweigvereine, in der nächsten Mitgliederversammlung die Wahl der Delegierten vorzunehmen. Über die Besetzung der Konferenz besagt unser Reglement in § 7: Zur Vertretung auf der Konferenz ist jeder Zweigverein verpflichtet. Die Zahl der Delegierten richtet sich nach der Stärke der Mitgliedschaft und beträgt bei einer Mitgliederzahl bis 150 einen, bis 600 zwei, und für jedes weitere volle 600 einen Delegierten mehr. Die Wahl derselben erfolgt in Mitgliederversammlungen mittels geheimer Abstimmung; absolute Stimmenmehrheit entscheidet.

Das Mandat und Mitgliedsbuch ist mitzubringen.

Der Gauvorsitzende. J. A. Heinrich Müller.

## Jahresberichte der Gauvorstände.

### Gau Berlin.

Das abgelaufene Berichtsjahr stand unter dem Zeichen einer guten Konjunktur, und nur in wenigen Lohnbezirken war die Bautätigkeit schlecht.

In der Stadt Kopen waren, gegenüber dem Vorjahre, 25 pSt. Kollegen weniger beschäftigt. In den zu unserem Gau gehörenden Städten der Provinz war die Konjunktur in sechs auf, in sieben mittelmäßig und in einer schlecht. Die Anzeichen für dieses Jahr deuten auf eine stärkere Belebung der Bauwirtschaft.

Die Orte in der Neumark hatten bedeutend bessere Beschäftigung als im Vorjahre, dagegen war die Arbeitslosigkeit im Oberbezirk durchgängig mittelmäßig und nur in Wiesgen und Goggenmühle besser. Auch der nördliche Bezirk, einschließlich Westfalenburg-Sieglitz, kam außer Lychen, Behnd, Neustettin und Mirow über mittelmäßig nicht hinaus. Aus dem Bezirk zwischen Rathenow und Sagenow wird aus sieben eine gute und aus zehn Bezirken eine mittelmäßige Konjunktur gemeldet. Im südlichen Teil unseres Gaues hatten nur Wittenberg, Mühlberg und Fallanden gute Arbeitsverhältnisse. In den übrigen Orten war sie mittelmäßig und in Schwiebus schlecht. In der Provinz war eine bedeutende Besserung zu verzeichnen; nur im Zentralpunkt der Provinz, in Cottbus, war eine recht schlechte Bautätigkeit vorhanden, die sich aber gegen Ende der Saison etwas besserte.

Bestimmend für den Grad der Beschäftigungsmöglichkeit für die Kollegen unseres Gaues und für noch weitere Kollegenkreise ist die Bautätigkeit in Groß-Berlin und die im Bereich des Vorortverkehrs; und hier war sie in diesem Jahre außerordentlich stark und dürfte alles bisher dagewesene überbieten haben.

Kommen wir im Vorjahre berichten, daß im Berliner Vertragsgebiet 17 000 Maurer Beschäftigung gefunden hatten, so ergaben unsere Feststellungen, daß in der Hochkonjunktur hier 19 309 Maurer beschäftigt waren. Dazu kommen 3714 Puffer, 4288 in der Gips- und Zementbranche organisierte Arbeiter, 470 Stieffenarbeiter, 84 Badofen- und 30 Kunstfeintreppenhauer.

Einen annähernden Schluß über die Bautätigkeit gewährt ein Blick in das „Statistische Jahrbuch der Stadt Berlin“ und den Bericht des „Berliner Grund- und Hypothekensammlers“. Leider fehlen die Angaben über die in den 61 zum Berliner Vertragsgebiet gehörenden Orten fertiggestellten Neubauten. Danach wurden 913 Häuser gebrauchsfertig mit 19 827 Wohnungen gegen 685 Häuser mit 17 874 Wohnungen im Vorjahre. Daß die zum Lohngebiet gehörenden Orte Berlin in der Bautätigkeit nicht nachhinken, zeigen die nachfolgenden Ziffern über den Umfang bebauter und unbebauter Grundstücke der bedeutendsten Gemeinden.

	1905	1904	1903
Berlin	710532000		
Charlottenburg	141060000		
Schöneberg	86000000		
Wilmersdorf	75000000		
Mittdorf	58600000	42000000	38000000
Steglitz	25855000	12000000	
Vorhangen-Hummelsberg	15600000	19500000	5500000
Zehl	14000000	2000000	1400000
Friedrichshagen	10835000	10000000	6000000
Schwargendorf	8000000		
Rehdenow	6915000		
Neuendorf	6500000		
Friedrichsberg u. Karlshorst	5000000		
Tempelhof	4500000	8500000	2800000
Tempelhof	4490000	3100000	1800000
Oberbaumgarten	4000000		
Helmsdorf	1750000		
Witz	1380000		
Summa	1175267000		

Dem „Verein der Grund- und Hypothekensammler“ scheinen aber einige Bedenken aufzusteigen, ob die Entwicklung eine gesunde ist, und diese geschäftlichen und sachlichen Fragen lassen sich wie folgt vernehmen:

„Es läßt sich nur schwer beurteilen, ob die steigenden Bodenpreise in allen Stadtilagen, sowie die enorme ge-

steigerte Bautätigkeit nicht den Bedürfnissen vorausseilt und Rückschlüsse zu erwarten sind. Die gesteigerte Zahl der leerstehenden Wohnungen in Berlin sollte eigentlich zu Bedenken Veranlassung geben, doch hängt dies auch damit zusammen, daß ein Teil auf Rechnung des Zuges nach den westlichen Vororten zu fließen ist.“

Statistik der in Berlin leerstehenden Wohnungen ohne Gewerberäume:

Jahr	Zimmerzahl										unbe- nutzt	leer- stehend
	0	1	2	3	4	5	6	7	8	9		
1905	22	2209	2711	1287	645	382	218	380	41	7845		
1904	20	1289	1473	1049	654	374	239	357	131	5436		
1903	14	989	1236	868	429	298	223	367	105	4529		
1902	12	761	533	357	245	203	182	284	7	2584		
1901	7	619	288	182	159	206	136	284	4	1761		
1900	30	1179	662	380	333	276	202	269	63	3230		

Die Zahl der leerstehenden Wohnungen mit Räumen aus gewerblichen Zwecken stieg von 482 auf 661 und die der Geschäftslöcher von 3433 auf 3530. Insgesamt standen 1904 9351 Gefasse mit einem Mietswert von M 9 706 320 und 1905 11 936 Gefasse mit einem Mietswert von M 10 329 320 leer. Die in den Vororten leerstehenden Gefasse sind uns nicht bekannt.

Leider ist auch die Zahl der zur Substation genommenen Gebäude gestiegen, und zwar in den zum Berliner Gebiet gehörenden Orten, des Nieder-Varminer Kreises, und in Charlottenburg, Rixdorf und an den Randgerichten Berlin I und II, wogegen in Wilmersdorf, Gr.-Lichterfelde und Weissensee eine Abnahme zu verzeichnen ist.

Die Zinsätze haben sich in einzelnen Positionen wenig geändert. Die in Klammern beigefügten Zahlen sind die des Vorjahres. Größtenteils Eintragungen 3 1/2 - 3 3/4 pSt. (3 1/2 - 3 3/4); Bank- und Versicherungsgelder 4 - 4 1/2 pSt. (4 - 4 1/2); Vorortshypotheken 4 1/2 - 4 3/4 pSt. (4 1/2 - 4 3/4); Abkühlungsprovision und Einstützungsgelder 1/2 - 1 1/2 pSt. (1/2 - 1 1/2); Baugelder 4 1/2 bis 5 - 5 1/2 pSt. (durchschnittlich 5 pSt.). Zweifelhafte Eintragungen 4 1/2 - 5 1/2 pSt. (4 1/2 - 5 1/2). Der Bericht bemerkt aber, daß gegen Ende des Jahres das Kreditkapital und die Versicherungsgesellschaften zurückgehalten wurden und die Zinsätze sich erhöhten und der Wandbriefverkehr und das Konversions-Spekulationsgeschäft sich ungünstig gestaltete; die Ursachen werden in den ungünstigen Geldverhältnissen und in den Wirren in Rußland gesucht.

Trotz dieser gerade nicht günstigen Zeichen ist dennoch die Abnahme berechtigt, daß auch im kommenden Baujahr in Berlin mit seinen Vororten wie auch in den übrigen Teilen unseres Gaues die Bautätigkeit sich verhältnismäßig gut entwickeln wird.

Infolge des milden Winters trat auch im verfloßenen Frühjahr ein ganz bedeutender Mangel an Steinen ein. Schon im März war ein solcher in Berlin, Bernau, Landsberg und Trebbin zu verzeichnen und er machte sich bis in die Monate Mai und Anfang Juni in einzelnen Orten bemerkbar. Außer den genannten Orten fehlte es an diesem Material in Rudow, Bismarck, Krone, Fiechne, Forst, Gnesen, Guben, Lieberose, Lübbau und Ziesing. In dem vor uns liegenden Frühjahr werden wir mit dieser Kalamität aufs neue rechnen müssen; die flotte Bautätigkeit, die bei diesem kalten Winter dauernd fortgesetzt werden konnte, seiht das Material vollends auf und schon sieht in einzelnen Orten, wie Guben, der Mangel vor der Tür. Dieser Umstand sollte bei der Lohnbewegung im Frühjahr mehr als bisher Berücksichtigung finden.

Besondere, die Öffentlichkeit interessierende Fragen haben sich in diesem Jahre nicht ereignet. Die Lohnbewegung wickelte sich verhältnismäßig ruhig ab, eine Folge der guten Konjunktur und einigermaßen zufriedengehender Organisation, doch kann nicht verschwiegen werden, daß in einigen Lohnbezirken eine Verärgerung der Arbeiterzeit unter 11 und 10 Stunden zu erreichen gewesen wäre, wenn die Kollegen den ernsthaften Willen und das Verständnis von der Bedeutung davon gehabt hätten.

Der Bezirksverband der Unternehmer für den südlichen Teil des Regierungsbezirks Frankfurt arbeitete auch in diesem Jahre nach folgenden Grundsätzen: 1. Verweigerung der Anerkennung der Organisation und ihrer Forderungen, wo sie bereits besteht. 2. Fortsetzung oder Spaltung der bestehenden Zweigvereine des Bauerverbandes und Gründung von Gesellenvereinen nach den Wünschen der Unternehmer. 3. Tarifgewerkschaft und Forderung der bestehenden Tarife. 4. Bei Forderungen der Gesellen und Arbeiter entsetzt nur der Bezirksverband. Den Lokalverbänden ist jedes selbständige Vorgehen untersagt.

Trotz dieser Grundsätze haben die Herren ihre Organisation auf keinen grünen Zweig bringen können und die positiven Erfolge sind recht mager. Die Zahl der Vereine blieb seit dem Vorjahre auf acht stehen und die Mitgliederzahl stieg von 125 auf 131. Die moralischen Erfolge sind aber noch dürftiger ausgefallen. Nur in Cottbus, dem Sitz des Bezirksverbandes, ging unsere Mitgliederzahl zurück; wir hatten zur Zeit der Gründung des Bezirksverbandes 204 und im Jahre 1905 im Durchschnitt 146 Mitglieder. Die Ursachen liegen in der äußerst schlechten Konjunktur und dem nicht ganz einwandfreien, wenig mutigen Verhalten unserer Kollegen. Dem von den Meistern gegründeten, finanziell unterstützt und protegierten „Alten Gewerkschaft“ dürften aber nur wenige angehören, denn im August waren in den zum Lohngebiet gehörenden fünf Orten nur 20 Gesellen und 239 Gesellen beschäftigt.

Mit dieser Ausnahme hat sich unsere Organisation sehr wohl befunden und prächtige Fortschritte gemacht. Die Zahl der Zweigvereine stieg von 18 auf 21, und die der Mitglieder von 2125 = 40,41 pSt. der im Bezirk beschäftigten Maurer auf 2595 = 49,27 pSt. im vierten Quartal 1905. Die Zahl der Tarifverträge ist von 8 auf 12 gestiegen. Wir bekommen also bei dieser nach berühmten Mustern geführten Kampagne rote Baden und pralle Beiden, und die Kollegen des Bezirks werden dafür zu sorgen haben, daß unsere Entwicklung sich in noch schnellerem Tempo nach vorwärts bewegt; was wir dazu helfen können, soll herzlich gern geschehen.

## Andere Organisationen.

Es bestehen zur Zeit im Gau: 1. Die lokalen Maurerorganisationen, deren Zahl, Stärke und Entwicklung wir in einer besonderen Tabelle darstellen. 2. Die christlichen Organisationen. Von dieser Richtung bestehen im Brandenburgischen vier Zählstellen mit 844 Mitgliedern. Die Berliner Zählstelle der Maurer hat in diesem Jahre einige Mitglieder aufgenommen, was auf Rechnung der guten Konjunktur zu setzen ist, da dadurch viele Kollegen aus dem Osten und auch christliche Mitglieder aus Streifen nach Berlin gezogen wurden. Im Rosenfeld ist die Zahl der Vereine und auch die der Mitglieder zurückgegangen. Berechnet nach der Halbjahresabrechnung in der „Baugewerkschaft“ beträgt die Mitgliederzahl 551 in neun Vereinen. Im Jahre 1903 waren in diesem Bezirk zwölf Vereine mit 712 Mitgliedern vorhanden. 3. In Cottbus besteht neben unserem Zweigverein noch ein alter Maurerverein und nur in Cottbus das bereits erwähnte „Alte Gewerkschaft“. 4. In Berlin existieren die „Kolonnen der Arbeiter“, die lokalorganisierten Maurer, eine Zählstelle für Arbeiter.

Sieht man von der Schädlichkeit ab, die die Organisationsverflechtung zur Folge hat, so hat dieser Vorgang insoweit ein Interesse, als daß diese Kolonnen der Arbeiterarbeit hiermit augenscheinlich den Weg zu ebnen beginnen, auf dem die Hamburger Affordamauerforone, genannt „Freiwillige Vereinigung“, der unentgeltlichen freien Vereinigung der Maurer Deutschlands angeführt werden soll.

Außerdem besteht im Fugergewerbe der sogenannte „Verein der Sackmosen“ mit 250, und dann sind noch die „Mauern“ mit 100 und die „Christlichen“ mit 55 bis 60 Mitgliedern vorhanden. Im Maurerberuf besteht außer dem Lokalverein und dem Verein der Christlichen noch ein Verein der Affordamauer, und im Stieffenberuf besteht neben unserer 170 Mitglieder zählenden Sektion der Lokalverein mit 235 Mitgliedern; die Christlichen sind in diesem Beruf mit zehn Mann vertreten.

5. In Kopen besteht neben unserem Verbands eine christliche Zählstelle, ein Ortsverein der Kirch- und Wanderschaften mit 50-60 Mitgliedern, und in neuester Zeit beginnen die Nationalpölen mit der Gründung von polnischen Gewerkschaften.

Die Entwicklung des Verbandes und der Lokalorganisation veranschaulicht folgendes Aufstellung:

Im s. Quartal	Mitglieder Zählstellen	Verband		Lokalorgani- sationen	
		Mitglieder	Prozent	Mitglieder	Prozent
Im Gau Berlin	1903 25667	22818	88,90	2849	11,10
	1904 32745	29780	90,95	2965	9,05
	1905 36438	33473	91,86	2965	8,14
Im Lohngebiet Berlin, einschließlich der Mitglieder, die außerhalb organisiert sind und im Gau Berlin arbeiten	1903 15825	12976	82,00	2849	18,00
	1904 21653	18688	86,30	2965	13,70
	1905 23625	21106	89,34	2519	10,66

Die Zahl der Verbandsmittelglieder, die in Berlin arbeiten und auswärtigen Zweigvereinen angehören, die nach § 4 c Abs. 2 des Statuts die Berliner Beitragsmarken entnehmen müßten, beträgt in diesem Jahre im Durchschnitt 4355. Es wurden an die auswärtigen Vereine insgesamt 151 919 Beitragsmarken verabfolgt. Davon für Maurer 120 785, für Puffer 23 290 und für Mitglieder der „Gips- und Zementbranche 2844.

Im Gau Berlin stehen uns zur Zeit noch keine genauen Zahlen über den Mitgliederbestand der Lokalorganisierten zur Verfügung; wir waren deshalb auf die schon einmal angeführten Zahlen aus ihrem 14. Konferenzprotokoll angewiesen.

Im Lohngebiet Berlin haben wir die Mitgliederzahlen aus dem Geschäftsbericht des „Vereins zur Wahrung der Interessen der Maurer Berlins“ entnommen. In diesem Mitgliederbestand sind die lokalen Ortsvereine Wittenberger, Alt-Glienitz, Zühlendorf, Schildow, Bernau mit einbezogen. Aus dem im Bericht angeführten Marken ergibt sich ferner, daß hier aus den Provinzen Brandenburg und Pommern 136 lokalorganisierte Maurere beschäftigt waren.

Zweigvereins- und Mitgliederbewegung im Gau.

Im Jahre 1891/92 bestanden	10 Zählstellen	mit 1036 Mitgl.
„ „ 1893	21	1352
„ „ 1894	23	1646
„ „ 1895	25	1694
„ „ 1896	26	1588
„ „ 1897	77	9374
„ „ 1898	107	12958
„ „ 1899	140	18598
„ „ 1900	166	19870
„ „ 1901	196	21108
„ „ 1902	175 Zweigvereine	22886
„ „ 1903	184	24657
„ „ 1904	188	29780
„ „ 1905	191	33473

Im Jahre 1905 wurden 8 neue Zweigvereine errichtet: Drossen, Schmiegel, Mühlberg a. Elbe, Biesenthal, Lieberose, Gnesen, Fallenberg und Bräher. Auf Grund des § 4 a Absatz 2 des Statuts wurden die Zweigvereine Eichmühle und Königsrufterhausen sowie Groß-Räthen mit Genfingen verflochten. Die Zweigvereine Eichenwerda, Kirchhain, Schroda, Naagau und Ruckitz lösten sich auf. Aufgenommen wurden 8386 Mitglieder, von diesen gehörten 1511 schon einmal dem Verbands an. Zugeworben waren 5463, abgereist und regelrecht abgemeldet haben sich 4908, gestorben sind 195, zum Militär eingezogen wurden 729. Ausgeschlossen mußten 287 werden; ausgetreten sind 536, und wegen rückständiger Beiträge mußten 2872 gestrichen werden.



# Zahnforforderungen und die Erfolge davon in den Jahren 1895-1905.

Jahre	Die Forderungen wurden erledigt						Die Forderungen hatten vollen resp. teilweisen Erfolg		Erfolg wurde		
	a) Durch Entgegenkommen der Unternehmer		b) Durch Zwangsmaßnahmen der Behörden		Streiks		Sees.	pSt.	Schlichtung für Bauern	Gerüttung der Gesellschaft für Bauern	
	Befehl	pSt.	Befehl	pSt.	Befehl	pSt.					
1895	1	—	—	—	—	—	1	100	146	—	
1896	7	8	43,00	—	4	57,00	7	100	1210	9800	
1897	14	8	21,43	5	35,71	7	42,86	9	64,59	9507	4201
1898	39	15	38,46	2	5,13	22	56,41	31	79,49	5512	1297
1899	66	20	30,30	17	25,76	29	43,94	58	87,88	16317	2488
1900	75	41	54,67	11	14,67	23	30,66	62	82,67	5445	1933
1901	62	32	51,61	23	37,10	7	11,29	38	61,29	4044	1886
1902	54	17	31,48	17	31,48	20	37,04	31	57,40	3857	566
1903	62	36	56,00	16	25,85	10	16,15	45	72,60	14150	4211
1904	73	46	68,01	12	16,44	15	20,55	60	82,19	13864	4985
1905	82	63	76,83	7	8,54	12	14,63	78	89,02	31005	2658

Wie aus vorstehender Tabelle ersichtlich, erreichen wir im Berichtsjahre die höchste Zahl an Forderungen seit den letzten zehn Jahren. Nicht ohne Befriedigung können wir weiter konstatieren, daß der Prozentsatz der Erfolge ebenfalls gestiegen ist.

Von den 92 Vereinen, die Forderungen stellten, wurden überall Unterhandlungen bei den Unternehmern nachgesucht. In 66 Vereinen fanden Verhandlungen statt, und zwar in 61 Fällen mit dem Zweigvereinsvorstand oder der Lohnkommission. In einem Falle wurde die Lohnfrage gelegentlich einer Krankentagungsverammlung geregelt, und in 4 Fällen direkt zwischen den Parteien. In 32 Verhandlungen nahm ein Vertreter des Bauvorstandes teil. Nur in 16 Fällen wurden die Verhandlungen abgelehnt.

In 33 Fällen kam es zu einer Einigung, gleichzeitig kam es hierbei zur Aufhebung von 35 Arbeitsverträgen. In 10 Vereinen wurden die Forderungen stillschweigend bewilligt und in weiteren 10 Vereinen kam es zum Streik. Ausperrungen hatten wir zwei zu verzeichnen: Wagners und Wilsnads. Im ersteren Orte war die Aufhebung der Forderung die Ursache, während im letzteren Ort die Unternehmer die Durchführung der zehnstündigen Arbeitszeit verhindern wollten.

Von den zuletzt angeführten zehn Streiks und zwei Ausperrungen anderten fünf mit vollem und fünf mit teilweisem Erfolg; Verträge kamen sechs zu stande. Die beiden Bewegungen in Fische und Wreschen waren ohne Erfolg. In sieben Vereinen mußten die Forderungen zurückgezogen werden.

Zu den letzten gebildeten allgemeinen Lohnbewegungen kommen noch fünf Angriffs- und 30 Abwehrperrern hinzu, von denen 24 mit vollem, zwei mit teilweisem und neun ohne Erfolg beendet wurden.

Durch Bauarbeiter in Mitleidenhaft gezogen wurden unsere Kollegen in 16 Fällen.

In 14 Bezirken war es bei 35 Landunternehmern möglich, die Lohn- und Arbeitsbedingungen durchzusetzen, die im Vorort des Zweigvereinsgebietes üblich sind.

Eine Lohnaufbesserung, ohne Forderungen zu stellen, erhielten die Kollegen in vier Bezirken, weil der Lohn im Nachbarbezirk erhöht wurde. Nachfolgende Tabelle soll einen näheren Einblick in die Bewegung ermöglichen.

	Anzahl an Forderungen	Anzahl an Forderungen, die stillschweigend bewilligt wurden	Lohnerhöhung		Veränderung der Arbeitszeit
			pro Tag	pro Jahr	
			M.	St.	
1. Bei 63 Forderungen, die durch Verhandlung erledigt wurden	2456	24472	10864	32	2802688
2. Bei 10 Forderungen, die stillschweigend bewilligt wurden	389	389	100	95	23795
3. Bei Streiks	6188	6067	2384	26	154643
4. Bei Forderungen, die zurückgezogen wurden	363	—	—	—	—
5. Ausperrungen	85	56	7	84	1905
6. 5 Angriffsperren	51	38	18	07	4041
7. 30 Abwehrperrern	824	—	—	—	—
8. In Mitleidenhaft gezogen d. verwandte Berufs	562	—	—	—	—
9. Berliner Malwarenperrern	1210	—	—	—	—
10. Bei Landunternehmern in 14 Bezirken	341	341	81	51	19325
11. Bei 4 Bezirken, die keine Forderungen stellten	72	72	40	—	9480
Summa	34531	31835	12946	95	2767898

Die Bewegung erfolgte somit 34531 Kollegen, von denen allerdings mehrere Kollegen einige Male in Aktion treten mußten. Es wurde erreicht:

In 2 Vereinen 10 & Lohnerböhung pro Stb. für		28 Kollegen	
1. Berlin	11	1487	4
In der Section der Gips- und Zementindustrie zu Berlin	12	1508	5
	7	1959	1
	10	260	1
	12	260	1

Zusammen 98 Vereine mit 18195 Kollegen  
In Durchschnitt wurde eine Lohnerböhung von 5/100 & pro Stunde erreicht.  
An Nebenforderungen wurde außerdem erreicht:  
Aufschlag für Ueberstunden, Nacht- und Sonntagsarbeiten in 5 Fällen  
Aufschlag bei Kessel-, Wasser- und Feuerungsarbeit 1 Fall  
Befreiung der Stemmzeuge, Spaten, Schlemppinsel durch die Unternehmer 8 Fällen  
Verlängerung der Arbeitszeit an den Sonntagen 8  
Lohnzahlung auf der Baustelle 4  
Abzahlung der Vorkasse 1 Fall  
Anzahlung und Kaufgeld am Montag u. Sonntagen 3 Fällen  
Zugulassung 1 Fall  
Regelung der Arbeitszeit 2 Fällen  
Gehaltserhöhung der Reinigungsfreie auf drei Tage 1 Fall  
Abzahlung der Kündigungsfrist 4 Fällen  
Bessere Baubeden und Wohnen 1 Fall

In Aussicht auf die im Frühjahr sich aus den Vorarbeiten zur Einleitung der Lohnbewegungen und aus der Teilnahme an Verhandlungen für die Angelegten ergebenden Arbeiten, war es im vorangehenden Jahre nicht möglich, gleich im Frühjahr in der Agitation angreifswert vorzugehen. Während wir im Vorjahre erst im hohen Frühjahr unsere Anregungen geben konnten, war es dieses Mal möglich, schon im Januar eine Konferenz für den Norddeutschen Agitationsbezirk nach Fürstentberg in Mecklenburg einzuberufen und dort die Maßnahmen zu erörtern, die zur Förderung der Agitation und Organisation im Bezirk notwendig erschienen.

Im Februar wandten wir uns mit einem Rundschreiben an die Bezirke, wo die Kollegen zu versammeln, um die Durchführung der Arbeitszeit heranzuziehen. Ein weiteres Rundschreiben war an die Bezirke mit zehn stündiger Arbeitszeit und einem Stundenlohn von 35 & gerichtet, um zu veranlassen, daß in diesen Bezirken ein Stundenlohn von mindestens 35 & eingeführt wird. Beide Rundschreiben wiesen darauf hin, daß in diesen Bezirken ferner noch zu erreichen sei: a) Einführung der Stundenlohn; b) Aufhebung der Kündigung; c) Verbesserung der Bauarbeiterlöhne und der Einrichtung zur Verhütung von Unfällen; d) bei Ueberlandarbeiten ein angemessenes Nachlohn.

Anfang März behandelte ein Rundschreiben die Resultate, die wir bei der Hausagitation erzielt hatten und gab gleichzeitig Nachschüsse, wie das Flugblatt des Hauptvorstandes am zweckmäßigsten zu verbreiten sei. Vier Rundschreiben wurden gleichzeitig mit den Quartalsberichten versandt. Sie behandelten die Agitation, die Hausagitation, gaben Nachschüsse bezüglich Durchführung des Kartellvertrages sowie der Einleitung von Lohnbewegungen; des weiteren wurden Anregungen zur Aufschaffung von Bibliotheken gegeben und auf sonstige verwaltungsmäßige Maßnahmen hingewiesen.

Im August folgten dann noch drei Rundschreiben, die die Statistik des Vorstandes, die Lohn- und Arbeitszeit in den Jahren 1895 bis 1900, und das Verzeichnis der Unternehmer und der im Durchschnitt bei ihnen beschäftigten Gesellen und Lehrlinge behandelte. Die Feststellungen wurden im allgemeinen gut durchgegriffen.

Das Flugblatt des Vorstandes ist in 40 000 Exemplaren verbreitet worden. 25 000 Flugblätter, die den Bedürfnissen der Zweigvereine entsprachen, ein Flugblatt in deutscher und polnischer Sprache für den Bezirk Posen, und ein größerer Posten an älteren Protokollen wurden bei der Wautenagitation verbreitet.

Von einer Reihe von Zweigvereinen ist die Hausagitation in den benachbarten schlecht organisierten Bezirken getrieben worden; überall dort, wo die Agitation planmäßig betrieben wurde, ist auch ein erfreulicher Fortschritt zu verzeichnen.

Obwohl in jedem Quartal die Vorstände in den Rundschreiben auf die Vorteile der Hausagitation hingewiesen wurden, ist die Zahl der Vereine, in denen die Beiträge abgefordert werden, nicht gestiegen. Nur in vier Vereinen mit 459 Mitgliedern, die in der unten angeführten Tabelle nicht mitgezählt wurden, hat man die Hausagitation in diesem Jahre für den Vorort des Zweigvereins eingeführt, während die Kollegen aus der weiteren Umgebung ihre Beiträge selbst bringen mußten.

Als besonderes Merkmal verdient hervorgehoben zu werden, daß gerade in mittleren und großen Zweigvereinen, deren Gebiet oft recht zerstückelt ist, die Hausagitation eingeführt ist. Von den 88 Zweigvereinen mit Hausagitation haben 34 über 100 Mitglieder, während von den 98 ohne Hausagitation nur 13 Zweigvereine über 100 Mitglieder haben. Berlin ist dabei nicht mitgezählt, ebenso fehlen in der obigen Aufstellung die Vereine Neudamm, Neuenhagen, Reiz und Soldin, weil sie keine Angaben gemacht haben. 2414 Berliner Rucker haben die Hausagitation eingeführt.

Im Jahre:	Hausagitation		Ohne Hausagitation	
	Vereine	Mitglieder	Vereine	Mitglieder
1902	50	4549	121	8068
1903	83	7784	81	6281
1904	83	8823	100	5973
1905	83	10298	98	6701
In Berlin 1904	—	5892	—	7337
" 1905	—	7604	—	6883

Ueber die Vereins- und Versammlungstätigkeit sollen folgende Zahlen Aufschluß geben: Mitgliedsversammlungen wurden 2255 und öffentliche Versammlungen 161 abgehalten. Vorstandssitzungen fanden 1101 statt. Kassensitzungen durch den Zweigvereinsvorstand wurden 887, durch die Revisionen 972 vorgenommen.

Durch den Bauvorstand wurden Kollegen entsandt: zu Agitationsversammlungen und Versprechungen 320 mal, Kollegen als Referenten, bei Lohnbewegungen und zu ihrer Vorberatung 232 mal, bei statistischen Aufnahmen 80 mal, bei Verhandlungen 21 mal, bei Extrarevisionen, die der Bauvorstand vornahm, 56 mal.

Obwohl im allgemeinen eine Besserung der Kassen- und Buchführung eingetreten ist, kommt es doch noch vor, daß in einigen Vereinen die Revisionen ihre Pflicht in ganz grober Weise verlegen, indem sie sich nur jedesmal am Quartalschluß von der Richtigkeit der Kasse überzeugen. Darauf ist es auch nur zurückzuführen, daß im Berichtsjahre in zehn Vereinen Unterschlüsse vorgekommen sind. Zwei ungetreue Beamte sind dem Staatsanwalt übergeben worden; sie erhielten einen Monat resp. eine Woche Gefängnis. Die übrigen Angetretenen zahlten ab.

**Bibliotheken.**  
Wenn wir über Bibliotheken berichten, dann darf dabei nicht an große Sammlungen gedacht werden; es sind im Gegenteil in den meisten Orten erst recht bescheidene Anlagen. Im Vorjahre haben wir die erste Erhebung darüber angestellt und dabei gefunden, daß recht häufig bei den Vorstandsmitgliedern Protokolle, Gesetzbücher, Broschüren usw. vorhanden sind, die dadurch, daß sie sich in verschiedenen Händen befinden, von niemand beachtet werden und beim Wechsel der Posten leicht verloren gehen können.

Im nun zu jeder Zeit am Zweigvereinsort die notwendigen Bücher, die sich auf unsere Organisation beziehen, zur Hand zu haben, und um den jüngeren Kollegen die Möglichkeit zu geben, sich durch Lesen selbst zu informieren und zu bilden, haben wir versucht, die Vorstände für Anlegung von kleinen Bibliotheken zu gewinnen.

Im allgemeinen ist der Erfolg nicht sehr groß; einige Vorstände dagegen bringen der Sache großes Interesse entgegen und haben im Laufe des Jahres gute Neuanschaffungen vorgenommen. Hervorgehoben hierbei ist Posen, Wernau, Behndorf und Rehm. Soweit es dem Bauvorstand nur immer möglich war, ist er bemüht gewesen, beim Ankauf von Büchern beschüssig zu sein, damit nicht für Schulbibliothek Geld ausgegeben wird.

Die Zahl der Bände ist gestiegen; zur Zeit bestehen in 35 Vereinen eigene Bibliotheken mit zusammen 2112 Bänden. Die größte mit 1540 Bänden befindet sich in Berlin; ihr folgt Posen mit 113 Bänden; weitere 4 Vereine haben eine genaue Zahl nicht angegeben. Aus 9 Zweigvereinsorten wird gemeldet, daß sich dort gemeinsame Gewerkschafts- und Parteibibliotheken befinden, woran den Kollegen das Benutzungsrecht zusteht.

**Statistik.**  
In statistischen Arbeiten hatte der Bauvorstand auszuführen resp. daran mitzuarbeiten:

1. Statistische Erhebungen 1905. (Tabelle I.)
2. Statistik über die Lohn- und Streikbewegung und deren Erfolge im Jahre 1905.
3. Statistik über Lohn- und Arbeitszeit, Zahl der Gesellen und Lehrlinge bei allen im Bau wohnenden Unternehmern, einschließlich der Landunternehmer, geordnet nach Lohnbezirken.
4. Ferner hatte der Bauvorstand vier Quartalsberichte mit einem Jahresabschlussbericht anzufertigen.

Die Ausführung der Quartalsberichte ist gut; die Zweigvereinsvorstände haben sich so daran gewöhnt, daß es nur noch ganz weniger Nachfragen bedarf; auch diese könnten vermieden werden, wenn beim Wechsel des Vorstandes die Nachfolger genau instruiert werden.

**Bauarbeiterfisch.**  
Aus allen unseren Berichten geht hervor, daß dem Bauarbeiterfisch seitens der Aufsicht führenden Organe sehr wenig Interesse entgegengebracht wird. In den größeren Orten unseres Bezirkes müssen die Arbeiter immer erst in ihren Versammlungen darauf hingewiesen, daß die zur Zeit schon bestehenden 87 Verordnungen auf diesem oder jenem Bau nicht innegehalten werden, um Abhilfe zu schaffen. In den ländlichen Bezirken schaltet und waltet der Unternehmer nach Gutdünken.

Auf Grund einer derartigen Veranlassung wurde unser Vertrauensmann in Wittenberg wohl zum Polizeikommissar beschicken, um diesem geeignete Reformvorschlüsse zu machen. Dieses ist geschehen, aber eine strengere Kontrolle oder Befreiung der Verhältnisse ist trotzdem nicht zu erwarten.

In Posen wurden Anträge auf bessere Durchführung der vom Regierungspräsidenten vor Jahren erlassenen Vorschriften, sowie das Ersuchen auf Anstellung von Baukontrolleuren an das Polizeipräsidium gerichtet. Eine Antwort ist nicht erfolgt.

Weitere Anträge sind in Alt-Glienitz, Teltow und Luckenwalde gestellt worden. Der Erfolg ist uns zur Zeit noch nicht bekannt.

Im vorjährigen Bericht wiesen wir schon darauf hin, daß auf eine Eingabe unserer Posenener Organisation die dortige Polizeiverwaltung geantwortet hatte, die größte Zahl der Unfälle käme auf Konto der Sorglosigkeit der Arbeiter; prallig gebildete Baukontrolleure seien nicht angebracht. Nachdem in den Versammlungen die sich häufenden Mißstände immer wieder kritisiert wurden, erhielt der Vorsitzende des dortigen Gewerkschaftskartells am 28. Mai 1905 ein ähnliches Schreiben im Vorjahre, nur mit dem Unterschied, daß der Beamte selbst zugab, Unfälle seien in den letzten Jahren recht vielfach vorgekommen. Statt die gewünschten Baukontrolleure anzustellen, empfahl der Herr unseren Genossen, geeignete Vorträge in den einzelnen Bezirken zu halten, versprach aber auch, auf erfolgte Anzeige einzutreten zu wollen.

Der Polizeipräsident in Berlin macht sich die Sache noch bequemer. Er erließ am 24. November 1905 eine Warnung dahingehend, daß die Benutzung von offenen Korbkörben für die Gesundheit gefährlich sei; mehrere Unglücksfälle (Beispielen), ja selbst Todesfälle, seien dabei vorgekommen, die auf die den Korbkörben entzündenden giftigen Gase zurückzuführen seien. So fürstlich diese Warnung erscheint, so verblüffend wirkt es aber, daß jemand, der die Schädlichkeit einer Einrichtung genau kennt und in dessen Nachvollkommenheit es liegt, diese



Einrichtung zu befehligen resp. ihre Benutzung zu verbieten, nur einfache Warnungen erläßt.

Im Anfall wurden uns 101 gemeldet. Darunter befanden sich 52 schwere und 49 leichte. Von den ersten hatten 10 den Tod zur Folge. Leider ist die Berichtserstattung über Unfälle noch sehr mangelhaft, so daß es uns nicht möglich ist, ein genaues Bild zu bieten. Nach den uns gemachten Angaben verunglückten:

Durch Abbruch von Mähten und Leitern ..... 21 Personen  
Ausgleiten und Bruch von Mähten ..... 35  
Einsturz von Gebäuden, Mauern u. Gemälden 24  
herabfallende Gegenstände verlegt ..... 5  
Infolge Durchschlüssen durch Träger und Balken ..... 6 Personen  
Schleichen oder mangelhafter Mähten und Abdrücken ..... 12  
Explosion einer Petroleumlampe ..... 2  
niederer bezeichneter Unfälle ..... 15

**Polizeiliches und Gerichtliches.**  
Im Polizeier Teil des Gaus entspann Bürgermeister und Polizeiverwaltungen eine rege Tätigkeit, um die Gaskräfte zu beeinflussen, ihre Lokale zu Versammlungen nicht herzugeben. Darauf ist es zurückzuführen, daß fast im ganzen Bezirk, in den Orten Grünberg, Solms, Kester, Oborn, Rothenberg, Schöda, Franke und Gießen, keine Versammlungen im Lokal abgehalten werden können.

In Oborn erhielten unser Kassierer und der Gaskraft ein Strafmandat von je 15, weil ein Gespräch an Viehtrieb als Versammlung angesehen wurde. Unser Kassierer legte Berufung ein und wurde freigesprochen, der Gaskraft jedoch, weil er meinte, größeren Scherereien damit aus dem Wege zu gehen.

In Schmiedel lag ein ähnlicher Fall vor; dort wurde aber die eingelegte Berufung vom Gericht verworfen. Das Strafmandat, das der Gaskraftsbeamte erhalten hatte, mußte bezahlt werden.

In Ronke bieten unsere Kollegen ihre Versammlung in einer Wohnung ab. Der Distriktskommissar erließ darin eine Gefahr für die Gesundheit der Versammlungsteilnehmer und verbot diese Versammlung.

Auch im übrigen Teil des Gaus macht sich die Gaskraftserei härter bemerkbar. Während 1903 von 184 Vereinen 25 kein Lokal zur Verfügung hatten, waren es 1904 von 188 Vereinen nur 20; in diesem Jahre sind es von 191 Vereinen 31, die sich ohne Lokal behelfen müssen.

Auch um die Beträge und Stiftungen der Vereine kümmern sich die Kollegen in neuerer Zeit wieder recht angelegentlich. Sie geht von der Voraussetzung aus, daß die Vergütungen öffentliche Veranstaltungen sind, verweigert die Genehmigung oder verbietet sie rundweg. Nachdem uns aus Lindow, Fiechne und Seyda dieses gemeldet, nahmen wir Veranlassung, im letzten Ort wieder einmal eine Entscheidung herbeizuführen. Die Kollegen in Seyda brachten trotz Verbots ihr geschlossenes Vergütungs ab, wiesen den Polizeikommissar, der sie hören wollte, unter Hinweis auf ihr Hausrecht, aus dem Lokal. Die Leiter des Vergütungs erhielten darauf ein Strafmandat von je 15. Dagegen wurde Berufung eingelegt. Schon in erster Instanz wurden die Klagen freigesprochen. Der Appellant legte dagegen Berufung ein. Die Sache kam bis zum Kassationsgericht. Hier erfolgte wieder die Freisprechung; die Kosten wurden der Staatskasse auferlegt.

In Königsberg verurteilten die Kollegen die Polizeibehörde wegen Verstoßes gegen § 9 des preussischen Preßgesetzes, monach, Anklagegericht und Klatsche, die einen anderen Inhalt haben, als die tatsächlichen Verhältnisse, über geschlossene, verlorene oder gefundene Gegenstände, über Verurteile oder andere Nachrichten für den gewöhnlichen Verkehr, nicht angeordnet, angeordnet oder in sonstiger Weise öffentlich ausgestellt werden dürfen. Den Kollegen in Königsberg wurden haben wir empfohlen, sich den Wortlaut des Urteils auf Holz malen zu lassen. Dieses ist geschehen.

Wegen Verstoßes gegen die §§ 240 und 253 des Strafgesetzbuchs (Mötung) wurden fünf Kollegen angeklagt; einer erhielt 6 Monate, einer 3 Wochen Gefängnis; drei Kollegen wurden freigesprochen.

Wegen Verstoßes gegen die §§ 185, 194, 196 und 223 des Strafgesetzbuchs (Verleumdung), standen 10 Kollegen unter Anklage. In einem Fall konnte der Strafantrag seitens des Staatsanwalts nicht aufrecht erhalten werden; fünf weitere Kollegen wurden freigesprochen, zwei erhielten in zweiter Instanz je 30 bzw. 30 Geldstrafe; einer bekam einen Monat Gefängnis subdit.

Wegen Verstoßes gegen § 153 der Gewerbeordnung erhielten zwei Kollegen eine Woche und ein Kollege zwei Wochen Gefängnis; einer wurde freigesprochen.

Für angebliche Übertretung der Straßenpolizeiverordnung und Verleumdung beim Streikpostenstreiken erhielten zwei Kollegen je 20 Geldstrafe auferlegt; einer wurde freigesprochen.

Die Geschäfte des Gausverbandes wurden in sieben Sitzungen erledigt; Revisionen der Gausliste fanden fünf statt.

Die Korrespondenz umfaßte 7090 Sendungen. Es gingen an Briefen, Karten, Dankschreiben, Plakaten und Postanweisungen 2885 ein, hinausgegangen wurden 4176 Sendungen aller Art.

**Sonstige Einnahmen:**

An Lohntarifen und Protokollen .....	M. 10,65
Agitation Silberquindt .....	200,--
<b>Summa .....</b>	<b>M. 42176,52</b>

**Ausgabe:**

Für Beamtengeld .....	M. 4350,--
emigrierten Arbeitsverdienst an andere Kollegen .....	1052,80
Diäten .....	3216,25
Fahrtgeld .....	2861,06
Druckkosten .....	185,25
Büro- und Schreibmaterial .....	579,24
Bordausch an Vertrauensleute zur Agitation .....	305,06
Bureauanteile, Einrichtung, Reinigung, Licht und Heizung .....	610,11
Revisionen und Störungen des Bordausch .....	92,85
Vericherung der Angestellten .....	112,82
Zeitungsbekommen und Protokolle .....	45,48
<b>Summa .....</b>	<b>M. 13410,20</b>

**Bilanz:**

Einnahme .....	M. 42176,52
Ausgabe .....	13410,20
<b>Kassenbestand .....</b>	<b>28766,32</b>
davon per Bank belegt .....	26992,03

G. Silberquindt, Vorsitzender. Otto Behmann, Kassierer.  
Max Anton, Wilhelm Kamm, Alwin Rudolf.

### Gau Danzig (Osten).

In dem Berichtsjahre 1905 war der Fortschritt unserer Organisation nicht in dem Maße zu verzeichnen, als in den letzten drei Jahren, obgleich im ganzen Osten bis auf den Gumbinner Bezirk eine sehr gute Bautenentwicklung vorherrschend war. Einige zurückgebliebene Orte haben sich auch im vergangenen Jahre recht kräftig entwickelt und bedeutend an Mitgliederzahl zugenommen. Aber was in diesen Orten gewonnen wurde, ging im Königsberger Lohnbezirk so ziemlich wieder verloren. So daß die Zunahme an Mitgliedern, nach den vorhergehenden Jahren gerechnet, jenseit weniger beträchtlich, als in Königsberg und Umgegend verloren gegangen sind.

Auch von den großen weltgeschichtlichen Ereignissen, die sich im Ausland in dem letzten Jahre in einer dramatischen Weise abgespielt haben, war hier in diesem Bezirk nichts zu merken, obgleich der Gau im Revolutionsgebiet eingeschlossen liegt. Die prüfenden Funken der Opferfreudigkeit und Begeisterung des russischen Volkes für die Befreiung aus der Knechtschaft sind über Ost- und Westpreußen ohne jegliche Wirkung hinweggeglitten. Was an Agitationsarbeit vollbracht wurde, mußte durch die jährliche Arbeit erreicht werden. Der Idealismus für die große Sache des internationalen Proletariats ist hier noch sehr mangelhaft entwickelt, was besonders in der politischen Unwissenheit seine Ursache findet. Der großen Mehrzahl der Arbeiter fehlt noch immer die Willensstärke, die notwendig ist, um das Klassenbewußtsein zu fördern. Alle Mittel, die gefordert werden, um das Wissen der Arbeiter zu erweitern, werden als weggeworfen betrachtet. Auch die sozialdemokratische Presse ist wenig verbreitet; selbst in Königsberg, wo die „Vollzeitung“ erscheint, bleibt noch recht viel zu wünschen übrig. Viele Arbeiter halten diese Zeitung nicht, weil sie zu wenig Arbeiterpapier liefert; den Inhalt betrachten sie als nebensächlich. Daraus muß noch recht viel für Aufklärung geleistet werden. Auch der Erfolg, den die Unternehmer in Königsberg mit ihrer „gelben“ oder Streikbrecher-Organisation zu verzeichnen haben, beruht auf dem fälschlichen Indifferentismus vieler Königsberger Arbeiter. Würde etwas mehr Klassenbewußtsein in den Mauern fester, dann wäre das Schauspiel, das sich im letzten Jahre in Königsberg abgespielt hat, nicht möglich gewesen. Durch den Terrorismus der Unternehmer, der wohl alles bis jetzt in dieser Hinsicht dem Gemeinen in den Schatten gestellt hat, wäre es nicht allein möglich gewesen, unserer Organisation zu schaden. Nur die Gleichgültigkeit und Kurzsichtigkeit unserer Mitglieder war es, die den Unternehmern zu Erfolgen verhalf. Wäre nur etwas mehr Moral und politisches Verständnis unter den Arbeitern vorhanden gewesen, dann hätten sich die Bauhandwerker nicht in der Weise von einigen fälschlich-fügigen und prophezeiten Unternehmern behandeln lassen, sondern sie hätten sich energisch zur Wehr gesetzt. Dann wäre die ganze Herrschaft des Geldsüßes, Gnaden, die nur auf Freiheit und Ungeheuerlichkeit beruht, und nur die Arbeiter wieder auch politisch ins Schlepp genommen hätte, in kurzer Zeit zusammengebrochen. Eine Veranlassung, sich terrorisieren zu lassen, lag für die Kollegen im vergangenen Frühjahr nicht vor; denn an Arbeit fehlte es in Königsberg nicht. Die Kollegen brauchten sich nicht in die Streikbrecherorganisation hineinzuweisen zu lassen. Nur dadurch, daß sich eine große Anzahl Arbeiter fügte und sich diese Schmach gefallen ließ, ohne mit der Wimper zu zucken, wurden die Unternehmer und ihre Trabanten zu weiteren Schandtaten ermächtigt. Aber diese Gewalttätigkeit einiger Unternehmer wird nicht von langer Dauer sein. Der Verfall bewies schon, daß eine große Anzahl Kollegen nicht mehr gewillt waren, sich die schändliche Behandlung gefallen zu lassen. Es wird in diesem Jahre wohl Aufbruch der Wunden sein, das Verlorene wieder einzulösen. Der Wunsch der Königsberger Arbeiter, den Zentralverband der Arbeiter Deutschlands in Königsberg zu verlegen, wird nicht in Erfüllung gehen. Die Herren werden bald einsehen lernen, daß sie die Arbeiterbewegung in Königsberg nicht in ihre Hände bekommen. Sie werden auch hier verurteilt müssen, sich damit abzufinden.

Erfreulicherweise ist ein Wadung der Mitglieder mit in Königsberg zu verzeichnen. In fast allen anderen Orten hat die Organisation im vergangenen Jahre ganz wesentlich bestanden. Ergebnis an Mitgliedern zugenommen haben besonders die Zweigvereine Bromberg, Danzig, Königsberg, Marienwerder, Memel, Elb- und Elb-Fluss. Neugegründet sind die Zweigvereine Angermünde, Gohensalza und Oetelsburg. Außerdem sind in Danzig die Zahlstellen Neuteich, Liegenhof, Schönberg, Schönbaum, Stettin, Stegen, in Königsberg Wartenstein und in Bromberg Kalk und Egin neu gegründet worden; in Königsberg Schlochau. Begraben worden ist nur der Zweigverein Labian; dieser lag aber schon im vorigen Jahre im Sterben, so daß der Verlust nicht sehr bitter war. Die Agitation konnte im Berichtsjahre nicht sehr stark nach außen bergehen werden, sondern das Hauptgewicht mußte auf den Ausbau der bestehenden Vereine gelegt werden, damit diese Stützpunkte beständig wurden. Auch ist es ziemlich gelungen, in den größeren Orten fast alle beschäftigten Arbeiter der Organisation zuzuführen, so daß diese Vereine einen besseren Halt bekommen haben. Auch die Verwaltungsgeschäfte haben sich im vergangenen Jahre besser abgemittelt, so daß am Schlusse des Jahres ziemlich Ordnung herrschte. Recht große Schwierigkeiten machte die Lokalfrage. Nur in wenigen Orten steht ein Lokal zur Abhaltung von Versammlungen zur Verfügung. Immer noch ist die Polizeibehörde sehr besorgt, daß die Vorschriften über Versammlungsräume nicht sorgfältig erfüllt werden. Bei dem kleinsten Mangel wird die Abhaltung von Versammlungen verboten, auch wenn solche vorher unbeanstandet stattgefunden haben. Die Angst der Gaskräfte vor den politischen Scherereien ist hier epidemisch. Die meisten lassen sich lieber von einem Freundemädchen, euphemistisch Kellnerin genannt, ernähren, als daß sie Arbeitern ihr Lokal zur Verfügung stellen. Auch sonst waren noch mancherlei Schwierigkeiten zu überwinden. Zu der Dreieinigkeits, Unternehmer, Farmer und Polizei, haben sich als vierte im Bunde die Organisationszerstörer, die sogenannten christlichen Gewerkschaften, hinzugesellt; auch sind in letzter Zeit noch politische Gewerkschaften dazugekommen. Dies sind Leute, von denen selbst schon einer zugegeben hat, daß er nicht allein von Arbeitern bezahlt werde, und somit auch noch andere Interessen zu vertreten habe. Wahrscheinlich stellt der Reichsverband, der zur Vernichtung der Sozialdemokratie und der Arbeiterbewegung gegründet worden ist, Mittel zur Verfügung, und sehr alles daran, um die Arbeiter, die jetzt schon schwer zur Organisation zu bewegen sind, noch verwirrt zu machen. Unter dem Vorwande, die Verbände wollen die Religion abschaffen, werden die größten Lügen verbreitet und die religiösen Gefühle mancher Arbeiter mißbraucht. Werden diese Lügen nicht geglaubt — denn allzu viel traut man selbst hier dieser Gesellschaft nicht mehr zu —, dann werden die Personen, die an der Spitze stehen, verurteilt. Was auf Königsberg, wo der Oberhaupt und Schatzmeister, sowie der zweimal vom Papst deflorierte Lauffer ist, den sich die Organisationszerstörer zur Ausführung ihrer teuflischen Pläne gegen die Arbeiter nützlich machen, haben sie keinen Erfolg erzielt. Hier haben ihnen die Unternehmer laßig auf Erfolge verzichtet, indem unsere Mitglieder unter Androhung der Entlassung gezwungen wurden, dem christlichen Verbande beizutreten. Und mit diesen Erfolgen wird dann auf den Konferenzen und Versammlungen renomméiert. Besser kann sich diese Gesellschaft nicht charakterisieren. Es fehlt nur noch, daß Lauffer zum Ehrenmitglied des christlichen Bauhandwerkerverbandes ernannt wird; verdient hat er es wirklich, denn ihm hat dieser Verband seine ganzen Erfolge in Ostpreußen zu verdanken. Wieviel gegen diese Feinde dazu an, das Verfaulende nachzuholen. Ehre, wenn Ehre gebührt!

Trotz dieser Schwierigkeiten hat die Mitgliederzahl im vergangenen Jahre zugenommen. Im dritten Quartal 1904 bestanden 40 Zweigvereine mit 4451 Mitgliedern. Im dritten Quartal 1905 waren es 37 Zweigvereine und 20 Zahlstellen mit 4753 Mitgliedern. Es ist somit eine Steigerung von 302 Mitgliedern eingetreten. Würde der Ausfall in Königsberg nicht zu verzeichnen gewesen sein, so hätte uns auch dieses Jahr eine ziemlich gute Wachstumsbewegung gebracht. In finanzieller Beziehung war im vergangenen Jahre der Fortschritt besser als die Zunahme der Mitglieder, was von einer besseren Stabilität zeugt. Es wurden Waren verkauft in den letzten Jahren:

	1901	1902	1903	1904	1905
Erstes Quartal .....	—	1839	11226	14509	15080
Zweites „ .....	9419	13727	29426	41795	45411
Drittes „ .....	12948	18467	34944	44168	51683
Viertes „ .....	3732	18329	28950	28106	42849
	31549	52302	104546	128576	154992

Der durchschnittliche Warenumsatz betrug pro Mitglied im Jahre 1902: 21,9, im Jahre 1903: 30,3, im Jahre 1904: 38,8, im Jahre 1905: 39,8, Beitragsmarken.

Die schon erwähnt, war die Vielartigkeit im vergangenen Jahre fast in allen Orten gut, so daß schon im Monat April eine Nachfrage nach Waren vorhanden war. Diese Nachfrage hielt auch bis spät in den Herbst an. Besonders wurde die Nachfrage durch die Ostermarkenpolitik hervorgerufen. Infolge der Güterpreiserhöhung fanden viele Arbeiter, die auf den Dörfern wohnten, dort Arbeit, so daß das Angebot in den Städten dadurch ganz bedeutend vermindert wurde; auch wurde recht lebhaft in vielen Städten gekauft. Besonders waren es Kaufmannshäuser sowie Beamtenhäuser, die den Arbeitsmarkt beeinflussten. Die Privatbaulustigkeit war in Königsberg und Danzig außerordentlich lebhaft. Auch dieses Jahr scheint sich wieder gut anzulegen. In einigen Städten sind die Kaufmannshäuser, die zum Teil von der Stadterneuerung, zum Teil auch von Privatpersonen gebaut und dann an die Militärbehörde veräußert werden, noch im Bau. So in Memel, Graudenz und Thorn. Auch sind für dieses Jahr noch einige weitere Bauten geplant. Dann werden einige Eisenbahnstrecken neu erbaut, wozu auch eine neue Eisenbahn bei Marienwerder notwendig wird. Weiter sind mehrere Schulhäuser sowie sonstige größere Gebäude vorgesehen. Auch die Wilhelmsche Germanisierungspolitik hält sich noch immer auf der Höhe, so daß auch hierdurch wieder recht viele Arbeiter beschäftigt werden werden. Somit können wir auch für dieses Jahr wieder recht hoffnungsvoll in die Zukunft schauen und manchen Fortschritt machen, wenn die Kollegen einmütigen guten Mutes zugunsten sind und sich von den „Gritzen“ nicht allzu sehr betreiben lassen. Die Arbeiterbewegung war noch viel reger als im Jahre



1904, hat aber an den meisten Orten mit einem guten Erfolge geendet. Nur in Angerburg, wo die Mitglieder recht unvorbereitet in den Kampf traten, wurde kein Erfolg erzielt. Die Unternehmer siegten. Aber auch diesen Sieg haben sie recht teuer erkauft. Ob sie sich noch öfter nach solchen Siegen sehnen, ist fraglich. Die Herren hatten, um sicher zu gehen, sich einige Kolonnen Italiener geholt. Diesen zahlte sie 50–55 pro Stunde und gewährten außerdem freies Logis. Unsere Kollegen verlangten nur 33 pro Stunde und Abschaffung der zwölfsten Stunde. Die Unternehmer beharrten auf der zwölfständigen Arbeitszeit und bewiesen auch, daß das Gehalt der Unternehmer — das bei jeder Lohnforderung angestimmt wird — sie hätten die geforderten Löhne nicht zahlen, nur Ängerei ist. Im ganzen wurden in 22 Orten Lohnforderungen gestellt. In zwei Orten wurde auf die Durchführung der Forderungen wegen der geringen Bautätigkeit verzichtet. In sechs Orten wurden die Forderungen durch Verhandlungen bewilligt und in 14 Orten kam es zum Streik. Die Streiks mißfielen sich verhältnismäßig alle recht glatt ab. Der Königsberger Streik schien den Unternehmern nicht gefallen zu haben. Nur in Angerburg, Königsberg, Memel, Osterode, Rastenburg und Wandenburg sträubten sich die Unternehmer einige Wochen, bevor sie die Forderungen der Gesellen anerkannten. In Memel, wo der gefährdete Hofmaurermeister Wubau aus Jüterburg einen Kasernebau ausführen ließ und Lohn- und Arbeitsbedingungen nach seinem Geldsacksinteresse regelte, kam es zu ernsthaften Differenzen. Wubau, der sein Geschäft besonders durch die Lehrlingszucht macht, die er im großen betreibt, kann sich nicht daran gewöhnen, die Gesellen auch ein Wort über die Lohn- und Arbeitsbedingungen mitreden zu lassen. Darum ließ er seine Schutztruppe, die er infolge seiner großartigen Zucht besitzt, mit Revolvern ausrüsten, damit die unverschämten Memeler Maurer, die sogar von dem privilegierten Wubau die Innehaltung der ursprünglichen Arbeitsbedingungen verlangen, niedergeschossen werden könnten. Hierzu ist es nun nicht gekommen; die Kollegen waren so vernünftig und gingen diesen Kaufholden aus dem Wege, sobald sie merkten, daß sie es nur mit aufgekochten Dummköpfen zu tun hatten. Somit konnte der Profit durch diese bedauernswerten Geschöpfe nicht ganz gerettet werden, sondern Wubau mußte zusehen, wenn er den Bauplatz besetzen wollte. Nur die zwölfständige Arbeitszeit wurde nicht zur Anerkennung gebracht, da die Maurer, die dort beschäftigt waren, 11 Stunden arbeiten wollten. In allen anderen Orten wurden günstige Resultate erzielt, so daß für 1900 Maurer eine durchschnittliche Erhöhung des Lohnes von 3,08 pro Stunde erreicht wurde. Das jährliche Einkommen des einzelnen Maurers stieg um 88,32. Dieses war nur der direkte Erfolg. Daß durch diese Erhöhungen auch die Löhne der anderen Bauhandwerker beeinflusst sind, ist wohl für jeden klar. Außerdem wurde für sechs Zweigvereine die Arbeitszeit um eine Stunde und für einen Ort um eine halbe Stunde vergrößert, was auch aus nachfolgender Tabelle ersichtlich ist.

Ort	Lohnsteigerung vor dem Streik A	Stunden- lohn nach dem Streik B	Arbeitszeit	
			vor dem Streik Stunden	nach dem Streik Stunden
Braunsberg	3,50–4,00	38	12	11
Bromberg	4,20	44	10	10
Danzig	4,70	48	10	10
Di. Eylau	3,20–3,50	38	11	10
Goldau	3,30–3,50	37	11	11
Gohershausen	3,00–3,20	35	11	11
Johannisburg	3,50–4,00	38	12	11
Königsberg i. Pr.	5,00	56	10	10
König.	3,20–3,50	36	11	11
Lützen	3,50–3,70	42	11	10
Marienburg	—	42	11	10
Osterode i. Pr.	3,00–3,50	38	11	10½
Rastenburg	3,80–4,00	40	11	10
Sensburg	3,0–3,60	37	11	11
Stolp	3,80–4,40	45	10	10
Tilsit	3,30–3,50	40	10	10
Wandenburg	3,00–3,20	34	11	11
Wittau	3,50–3,60	40	11	11
Wiel.	3,20–3,30	35	11	11
Wiel.	3,80–4,20	44	11	11

Außer diesen ganz bedeutenden Lohnsteigerungen wurden noch Verbesserungen bezüglich der Ueberstunden und Randzulagen erzielt, sowie sonstige Neuerungen betreffs Wohnzulage und familiärer Einrichtungen geschaffen. In Gumbinnen gelang es, durch eine ein tägliche Sperre den alten reduzierten Lohn wieder hochzubringen. Dann sind noch mehrere Bauplätze in Danzig, Königsberg, Graudenz, Rastenburg und Elbing über verschiedene Differenzpunkte verhandelt worden. Bis auf einige, die in Königsberg und Danzig von unseren „Brüdern in Christo“ verborgen wurden, konnten alle erfolgreich beendet werden, so daß uns der Kleinkrieg auch ein günstiges Resultat gebracht hat.

Auch in Königsberg haben die Unternehmer die 5 prozentige Lohnsteigerung vom 1. April 1905 an gezahlt, die ihnen durch den langen Streik 1904 abgezogen wurde. Somit ist der Stundenlohn in Königsberg vom Jahre 1902 bis zum Jahre 1905 um 12–14 prozent gestiegen. Wäre ein guter Erfolg, der durch das Wirken unseres Verbandes erzielt worden ist. Aber trotz dieses großen Erfolges läßt die Organisation, wie schon zu Anfang erwähnt, recht viel zu wünschen übrig. Anstatt das Errungene in Ehren zu halten und zu weiteren Erfolgen zu rufen, hat sich eine große Anzahl Königsberger Maurer zur Ruhe begeben, um sich an den Errungenen zu laben. Viele Maurer haben sich die Schlafmüde über die Ohren gezogen und lassen die Unternehmer für das Weitere sorgen. Ob sie diese Schlafmüdigkeit nicht noch werden bereuen müssen, wird die Zeit lehren.

Aber auch unsere „jetzen“ Brüder haben so etwas wie eine Lohnbewegung im Berichtsjahre gehabt und auch Siege errufen. Nur haben sie diese Siege nicht über unsere

natürlichen Gegner, die Unternehmer, erzielt — dabei sind sie immer glänzend abgeblüht —, sondern über ihre Arbeitsgenossen aus dem Zentralverband in Königsberg. Bei drei Bauplätzen, die unsere Mitglieder verhängten, um den Terrorismus der Unternehmer zu brechen, haben sich diese Leute als Schutztruppe gut bewährt. Mit Aufbietung ihres ganzen Einflusses ist es ihnen über kurz oder lang gelungen, die gesperrten Bauern zu beugen. Und die Unternehmer konnten ihre Siege über ihre Opfer feiern. Die Unternehmer haben sich den „Christen“ gegenüber auch sehr dankbar gezeigt. Sie zwingen unsere Mitglieder durch ihren Arbeitsnachweis in diesen Streikbrecherverein hinein, und damit sich keiner trüben kann, müssen die Polizei die Mitgliedsbücher revidieren, damit der christliche Verband seinen Zulasstößen erhält. Durch diese ebenso brutale wie ungeschickliche Handlung der Polizei und Konfiscation war es möglich, den Maurern, 8000 Silberlinge abzulassen, die in die Kasse des christlichen Verbandes mit seinem Sitz in Berlin gesteckt sind. Aber hier scheint sich das Sprichwort: „Unredet Gut gehet nicht“ noch zu bewahrheiten; denn an anderen Orten, wo diese Organisation mit diesem Gelde gegen die Unternehmer kämpften, hat sie nichts erreicht, sondern ist glatt abgefallen. So mußte in Neustadt, wo die „Christen“ wochenlang gestreikt haben, der Streik bedingungslos aufgegeben werden. In Joppo haben die christlichen Vertreter nach der Beendigung des Streiks noch einen Vertrag mit den Unternehmern abgeschlossen, in dem die Löhne noch niedriger vorgegeben sind, als sie schon vor dem Streik waren. Auch eine Glanzleistung! Da bei der Abschließung dieses Vertrages unsere Mitglieder abgewiesen wurden, behielten wir freie Hand, wodurch es dann durch unseren Einfluß gelang, den Lohn auf 48–50 prozent zu bringen, so daß die Joppoer Maurer noch auf ihre Rechnung kamen. In Allenstein wurde von den „Christen“ im Einverständnis mit der Polizeibehörde eine Lohnbewegung durchgeführt. Sie ergab einen Lohn von 40 prozent für elfstündige Arbeitszeit. Die Unternehmer mußten später — um genügend Maurer zu bekommen — 45 prozent zahlen. Die Allensteiner standen ihnen für 40 prozent zur Verfügung. Auch ist es später mit leichter Mühe möglich gewesen, die zwölfständige Arbeitszeit einzuführen. Somit kann man aus dieser Lohnbewegung sagen, daß die Interessen der Unternehmer nicht gewahrt wurden, als die der Gesellen. In Bromberg, wo wir wieder in ein Vertragsverhältnis mit den Unternehmern traten, ließen einige Wochen später die „Christen“ auch zu den Unternehmern und bateten sie, ihre Unterzeichnung auch unter den Vertrag setzen zu dürfen. Da dieses die Unternehmer nicht schmerzte, wurde ihr harmloser Wunsch erfüllt. Später wurde mit dem Erfolg erinnert. Das ist so die ganze Herrlichkeit, die diese Leute vollbracht haben. Will man gerecht sein, so kann man getrost sagen: unsere „Brüder in Christo“ haben ähnliche Siege zu verzeichnen, wie die Russen in der Wandfäule. Auch diese waren am erfolgreichsten in der Notwehr.

In der Agitation ist noch eine große Arbeit zu vollbringen. In den größeren Orten bis zu 5000 Cinnobauern sind die meisten Maurer organisiert; aber in den kleineren Städten und Dörfern, wo besonders viele Maurer und sonstige Bauhandwerker wohnen, sind wir noch wenig vorgebracht. Die Maurer in diesen Orten zu organisieren, muß unsere nächste Aufgabe sein, denn gerade hier sind die Lohn- und Arbeitsbedingungen noch die allergeringsten. Aber auch die Mischständigkeit und Abhängigkeit der Arbeiter hier am größten, so daß hier noch größere Schwierigkeiten zu überwinden sind, als in den Städten. Da es sich aber um eine große Zahl von Kollegen handelt, auch unsere Erfolge in den größeren Städten durch die Mischständigkeit der Maurer in den kleineren Orten in Frage gestellt werden, darf uns dieses nicht abhalten, sondern wir müssen unsere ganze Kraft einsetzen, um auch hier Erfolge zu erzielen. Darum ist es jetzt Pflicht aller Zweigvereine, daß sie dafür sorgen, daß alle Maurer, die in der Umgebung der kleineren Orte wohnen, der Organisation zugeführt werden. Wird jeder Zweigverein seine Pflicht tun, dann wird auch hier der Erfolg nicht ausbleiben.

Bezüglich des Bauarbeiterchases hat sich nichts geändert. Das Leben der Bauarbeiter ist noch nicht im Werte gestiegen und wird von jedem Bauprojekt ungekräftigt gestützt. Auch die Verordnungen stehen nur auf dem Papier; irgend eine praktische Bedeutung ist nicht dabei herausgekommen. Eine Ueberwachungsbehörde besteht hier noch in keinem Orte. Die Aufsicht führt noch die Straßenpolizei. Würde diese aber die Hälfte Energie anwenden, die aufgegeben wird, sobald ein Verfallungsraum in Frage kommt, dann würde auch schon manches besser sein. Aber leider wird dieses wohl ein frommer Wunsch bleiben. Die Verhältnisse werden auch auf diesem Gebiete nicht besser werden, bevor nicht die Arbeiter die Erkenntnis und die Macht besitzen, um selbst Remedur schaffen zu können.

An Arbeit hat es auch in diesem Jahre für den Bauvorstand nicht gefehlt; oftmals konnten nicht alle Anforderungen berücksichtigt werden, so daß keine Zeit zur weiteren Werbung von Mitgliedern in Orten, wo wir noch keine Verbindung haben, übrig blieb. Aber auch dieses wird besser werden. Die Zweigvereinsvorstandsmitglieder haben sich in vielen Orten, schon besser in die Verwaltungs-geschäfte eingearbeitet und werden mit dem Geist der Arbeiterbewegung besser vertraut, so daß sie bald manche Sache selbst erledigen werden, wozu sonst immer Anleitung notwendig war. Außer den vielen Versammlungen und Sitzungen, die vom Bauvorstand und dessen Beauftragten abgehalten sind, mußte auch eine umfangreiche Korrespondenz erledigt werden. Es wurden 1223 Briefe, Karten, Druckfachen und 67 Telegramme ausgefandt; 908 Briefe, Karten und sonstige Druckfachen und 47 Telegramme sind eingegangen. Wie aus diesen wenigen Zahlen ersichtlich wurde die Agitation ziemlich rege betrieben. Trotzdem ist der Erfolg bezüglich der Verbesserungen der Lohn- und Arbeitsbedingungen größer, als der Erfolg bezüglich der Zunahme der Mitglieder. Das ist ein Beweis dafür, daß die Kollegen nicht immer ihre Pflicht erfüllt haben, sondern sich oftmals, sobald sie den Erfolg eingestimmt hatten, auf der Fährtenbaut ausgerutscht haben. Das darf in der Zukunft nicht sein, sondern stets müssen wir auf der Wacht bleiben. Erst dann ist es uns möglich, das Errungene festzuhalten und weitere Erfolge zu erzielen.

## Einnahme.

Kassenbestand am Schlusse des vorigen Jahres	M. 537,45
Vom Verbandsdrat auf Grund des Statuts erhalten	2103,48
An Juteid	1706,07
Auslagen für Streik	1527,30
Beiträge der Zweigvereine	892,65
<b>Summa</b>	<b>M. 6756,90</b>

## Ausgabe.

Gehalt	M. 2160,—
Entgangener Arbeitsdienst	147,60
Diäten	1904,15
Fahrtgeld	150,20
Druckfachen und Zeitungen	195,21
Porto- und Schreibmaterialien	185,44
Bureaukosten, Reinigung, Heizing und Licht	245,—
Beihilfsbeiträge	36,—
Reisefkosten	10,20
Ausgaben für die Konferenz in Elbing	13,80
Sonstiges	2,04
Kassamiete	4,—
<b>Summa</b>	<b>M. 6588,64</b>

## Abfluß.

Einnahme	M. 6756,90
Ausgabe	6588,64
<b>Bestand am 1. Januar 1906</b>	<b>M. 168,26</b>

Carl Schwarz, Bauvorstand.

## Die Revisoren:

Franz Treinhs, Karl Wroawski, Wilhelm Müd.

Zu der Abrechnung ist noch zu bemerken, daß verschiedene Vereine es noch immer nicht so ernst mit den Gaudeträgern nehmen, sonst müßte dieser Posten größer sein. Darum ist es notwendig, daß auch hier eine Beförderung in der Zukunft eintritt; denn die Ausgaben für die Agitation sind nicht kleiner, sondern größer geworden. Auch ist noch recht viel zu tun übrig geblieben, so daß für dieses Jahr noch große Arbeiten und viele Ausgaben bevorstehen. Deshalb mit Mut und Energie an die Organisationsarbeit, dann wird auch der Maurer bald als Mensch unter Menschen leben können. D. D.

## Gau Hannover.

Die Bautätigkeit ist im ganzen Gaubezirk fast durchweg gut; für einige Orte ist der Ausbruch „sehr gut“ sogar am Platz. Am schlechtesten war sie, wie im Vorjahre, in Hameln. Allzu gute Aussichten sind dort auch im kommenden Jahre nicht vorhanden. Nennlich so dürfte es aber auch in anderen Bezirken des Gaus vorübergehend im Laufe des Frühjahres gehen. Durch den bis jetzt gelinden Winter sind die in Ausführung begriffenen Bauten ziemlich vorgekommen; andererseits ist das vorhandene Baumaterial ziemlich gelichtet, so daß auch hierin ein Mangel einzutreten droht. Im übrigen dürfte im allgemeinen eine gute Konjunktur in Aussicht stehen. Speziell Hannover mit seinen unzähligen Vororten dürfte auf Jahre hinaus mit guten Konjunkturen zu rechnen haben. Die Erweiterung des Bahnhofes im Grunde mit der Umgehungsbahn wird eine Verdrängung des Verkehrs mit sich bringen. Stadtviertel, die sich bisher als Steinfelder der Stadt fühlten, werden geschäftlich belebt werden, und wird sich dort ein gesundes Bauquartier herausbilden. Andererseits müssen auch die seit Jahren im Vordergrund stehenden staatlichen und kommunalen Projekte realisiert werden, was ganz belebend auf die Bautätigkeit einwirken wird. Und wenn dann noch der Mittellandkanal hinzukommt, so ist für Hannover auf Jahre hinaus eine gute Bautonjunktur gesichert. Mit der Entwicklung der Bautätigkeit hält aber auch mehr und mehr der ausländische Arbeiter seinen Einzug bei uns, im Baubetrieb der Italiener. Leider ist es unterlassen worden, bei der statistischen Erhebung hierüber genaue Feststellungen zu machen; gering ist die Zahl aber nicht. Bei den Ueberbrückungen der Umgehungsbahn sind fast nur Italiener tätig gewesen. Diese für die Organisation zu gewinnen, dürfte auf Jahre hinaus noch mit Schwierigkeiten verknüpft sein. Die sogenannten Polier kann mit Leuten, die organisiert sind, nicht arbeiten; müssen sie doch jeden Augenblick bereit sein, in irgend einem Orte als Streikbrecher einzupringen. Und daß sie minderwertiger sind, wissen sie so gut wie der Unternehmer. So lange sich der italienische Maurer keine größere Fertigkeit und Leistungsfähigkeit angeeignet hat, solange er auf seinen Polier zur Erlangung von Arbeit angewiesen ist, solange ihm die Fertigkeit des deutschen Maurers fehlt, müssen wir uns mit ihm, als Streikbrecher auch abzufinden verhehen.

Auch der Unternehmer Markhorst in Bielefeld, der bestimmt mit einem Streik rechnete, hatte sich 70–80 Italiener mit Beginn der Saison verschafft, um eventuell die nötigen Arbeiten vollführen zu können. Und tatsächlich war es denn auch Markhorst, der alles mögliche daran setzte, um eine Einigung zu hinterstreben, war es doch durch seine Italiener „genügend gesichert“. Seine Kollegen merkten aber die Absichten und erklärten ihm, unter diesen Umständen die Gefolgschaft kündigen zu müssen. Und wenn im Berichtsjahre in Bielefeld ein harter, langwieriger Kampf vermieden wurde, so hat Markhorst hieran wohllich seine Schuld.

Ein gerätes und empfindliches Unternehmertum zu besitzen, haben unsere letzten Kollegen die Ehre. Bei der Lohnbewegung im Jahre 1904 hat man alle mit der Bewegung in nähere Berührung kommende Kollegen von der Arbeit ausgeschlossen. Durch diese Erfahrung klüger geworden, hat man dann die Forderung für 1905 durch den Bauvorstand einreichen lassen. Diesem wurde aber unter dem 4. März die Mitteilung, daß die Unternehmer zu ihm auf „keinen Fall“ zu tun haben wollten, sondern nur mit „eigenen Leuten“. Eine Verammlung wählte eine solche Kommission; aber auch diese lehnten die Forderung ab, weil es dieser nach ihrer, der Unternehmer, Auffassung, an Lebenserfahrung und Ueberblick über die tatsächliche Lage der Arbeitsverhältnisse fehle. Unsere letzteren Kol-



legen ließen sich die Sache nicht verdrängen, sondern wählten eine andere Kommission, doch auch diese fand keine Gnade vor den Augen der Herren.

Da man sich aber anscheinend nicht traute, den Maurern eine vierte Wahl zuzumuten, wählte man sich selbst vier Kollegen aus. Von diesen hatte bis zum Stattfinden der Sitzung aber auch noch einer die hohe Gnade bewirkt. Er mußte sich mit seinem Stuhl außerhalb des Sitzungszimmers nach einem geeigneten Plaze umsehen. Die so gewählte Kommission ist dann ordentlich abgerückt worden, hat aber doch 2 1/2 Lohn bewilligt bekommen, und damit war die Lohnbewegung abgeschlossen. Alle Leitung vor der von den Unternehmern selbst gewählten Kommission! Über den Lehrling Maurern mußte die Schamröte ins Gesicht steigen, daß sie sich so den Fuß von den Unternehmern in den Waden setzen lassen, um so mehr, als dort im letzten Jahre eine überaus günstige Baufonjunktur vorhanden war.

Nun einmal vernünftig, glauben die Lehrling Unternehmern sich solche Mühe im hannoverschen Lohngebiet auch erziehen zu dürfen. Der Unternehmer Wichmann hatte in einer Wiesburger Zementfabrik Arbeiten auszuführen und dachte dort mit Lehrling Löhnen auszukommen. Einen Versuch des persönlichen Vortreffens seitens des Bauvorstandes beantwortete der gute Herr Wichmann mit einer Anfrage wegen Hautlebensbruchs. Hatte es nach dem Willen dieses Herrn gegangen, ein Jahr Zuchthaus wäre die Mindeststrafe gewesen.

Nachdem nun eine Sperre unabweislich geworden war und diese anging, Herrn Wichmann unbedenken zu werden, mußte er auch andere Löhne angestimmen. So schrieb er unterm 17. Juni, am 13. war die Sperre verhängt worden:

Wie mir bekannt geworden ist, haben Sie, trotzdem mir es an einer gütigen Auseinandersetzung gelegen war (Wer laßt da nicht! D. Red.), auf meine Arbeitnehmer, welche in anderen beschäftigt sind, einen Druck ausgeübt, ohne mich in irgend einer Weise davon in Kenntnis zu setzen.

Ich bin daher genötigt, die Lohnforderung vorläufig zu zahlen Hochachtend A. Wichmann.

Obgleich in dem Schreiben der Tatbestand auf den Kopf gestellt ist, wurde die Sperre auch „vorläufig“ aufgehoben. Herr Wichmann ist aber um die Erfahrung flüger, daß er nicht schalten und walten konnte, wie es ihm beliebt.

Mit der Weiterentwicklung der einzelnen Zweigvereine kann man im großen und ganzen wohl zufrieden sein. Die größten Leistungen in Gewinnung neuer Mitglieder und Sinauschiebung der Grenzspäre der Zweigvereine haben wohl Wiefeld, Celle, Gronau, Hannover, Hildesheim, Holzminnen und Minden gemacht. Keinem Ort, oder richtiger den dortigen Kollegen, ist aber unbedingt die Palme für die größte Leistung zuzusprechen. Der Zweigverein Minden hat seine Mitgliederzahl von 385 im dritten Quartal 1904 auf 635 im dritten Quartal 1905 gebracht. Die Konjunktur in Minden selbst war zwar, aber die neuen Mitglieder sind auch nicht in Minden angeworben, sondern in der weitesten Umgebung tatsächlich aufgefunden worden. Bei unseren dortigen Kollegen galt der Grundsatz: Alles, was in den Grenzlinien von Bückeburg, Nienburg und Oeynhausen an Maurern treucht und flucht, mußte in diesem Jahre organisiert sein. Sie sind ihrem Grundsatze treu geblieben. Der Hofmaurermeister Krauß in Bückeburg ist bei dieser Mobilisationsarbeit unserer Mindener Kollegen beratend in Efflässe geraten, daß er hat Vorkühnen dieses Vereins werden wollen und A. 50 in die Vereinskasse zahlen, wenn — ja wenn es ein „drüßlicher Verein“ würdel. Vielleicht Achten sich die Grüßlichen die Adresse und beginnen dort ihr Berfürsorgeamt.

Auch alle anderen Vereine haben in der Gewinnung neuer Mitglieder erfreuliches geleistet. Die Mitgliederzahl ist hierdurch im dritten Quartal nahezu auf 6000 gestiegen.

An Neugründungen haben wir Bünde und Stadtkontoren zu vergleichen, denen sich Blomberg und Stadthagen in den nächsten Wochen anschließen werden. Und so werden der Gieber in der Reihe der Zweigvereine immer mehr werden. Es ist schwerer, einen Zweigverein auf der Höhe zu erhalten, als einen Verein neu zu gründen, namentlich wenn noch ein Fehlglied in den Personen des Vorstandes gemacht ist. Daß der Höhepunkt der Organisation im Gau Hannover noch lange nicht erreicht ist, beweist, daß bei der Aufnahme der Lohn- und Arbeitsverhältnisse im August vorigen Jahres für 8037 Kollegen die bezügliche Bestimmung gemacht wurde.

Aufgelöst hat sich der Zweigverein Bodenwerder. Dort herrscht noch die efflündige Arbeitszeit bei 26 1/2 Stundenlohn. Nun hatten die Kollegen beschlossen, die zehn-stündige Arbeitszeit und 31 1/2 Stundenlohn zu fordern. Dies haben die dortigen Unternehmern unseren Kollegen ziemlich übel genommen; da ihnen aber die Unternehmernfreundschaft mehr wert war als eine Lohnverhöhung und Vertüzung der Arbeitszeit, so hat man die Lohnbewegung mit samt dem Zweigverein begraben. Und sieht da, heute machen die Meister wieder ein freundliches Gesicht! Daß auch sonst noch in manchem Zweigverein manches zu bessern ist, braucht wohl nur nebenbei bemerkt zu werden.

Die unangenehmsten Erscheinungen sind die im letzten Jahre vorgekommenen vielen Unterzahlungen; in einem Falle sind es nicht weniger als A. 840; unter A. 100 wird es selten gemacht. Wenn auch, was wir gerne gesehen wollen, die Untertreuen sich nach der Unterzahlung Mühe geben, die unterzahlten Summen zurückzuführen, so muß man immer wieder darauf hinweisen, in der Wahl der Kassierer mehr Voricht walten zu lassen.

Dem Gau gehören am Schluß des dritten Quartals 28 Zweigvereine mit 5871 Mitgliedern an. Folgende Tabelle veranschaulicht die Verteilung auf die Zweigvereine.

Zweigverein	Mitgliederbewegung							
	Quartal 1. 1905	Quartal 2. 1905	Quartal 3. 1905	Quartal 4. 1905	Quartal 1. 1906	Quartal 2. 1906	Quartal 3. 1906	Quartal 4. 1906
Alfeld	12	18	33	39	32	40	89	
Wiefeld	419	215	275	414	520	500	623	
Bünde	—	—	—	—	—	—	—	—
Burgdorf	13	12	17	11	14	13	17	
Bodenwerder	—	62	55	38	—	—	—	—
Celle	175	225	265	218	227	279	277	
Delmold	8	13	8	12	9	8	13	
Eintracht	136	129	125	125	96	98	92	
Elbgen	—	22	6	6	6	7	7	
Freden	—	—	—	25	25	23	23	
Gronau	78	84	98	105	115	100	130	
Elze	30	18	22	22	12	8	12	
Hameln	216	207	212	215	180	200	200	
Hannover	1990	2010	1996	1968	2163	2411	2548	
Hersford	63	72	125	125	126	193	150	
Hildesheim	188	213	190	220	220	265	268	
Holzminnen	—	42	53	80	80	102	104	
Holzhausen	66	44	96	70	70	56	75	
Lehrte	40	39	25	48	48	47	59	
Mindere	8	16	18	17	17	16	8	
Minden	207	648	885	861	861	458	635	
Nienburg	52	62	70	61	61	71	65	
Norheim	64	82	92	157	157	201	215	
Okerode	162	168	181	164	164	170	190	
Rethem	6	4	14	14	14	6	6	
Sarstedt	29	30	37	36	36	52	40	
Salzdorf	—	—	39	40	40	40	15	
Stadtkontor	—	—	—	—	—	—	—	—
Waldorfe	38	55	40	45	45	62	45	
Summa	8990	4190	4356	4555	4837	5450	5871	

Bei der Entwicklung unserer Gaus, bei Neugründungen von Zweigvereinen und Injanzierung von Lohnbewegungen finden wir stets in dem Arbeitgeberverband einen guten Schrittmacher. Wenn dadurch nach § 2 der Satzungen des Arbeitgeberbundes die gebliebenen Verhältnisse zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer herbeigeführt würden, so wäre ja ein solch Wettrennen mit Freuden zu begrüßen. Aber umgekehrt wird immer ein Schuh daraus. Es gibt ein Sprichwort, das heißt: „Wer erst zu rauchen, saufen, freien oder wetten, ist nicht mehr zu retten.“ Die Unternehmern glauben nun wohl, daß die Maurer für solche Sachen ganz besonders infimieren, denn sie haben das Fröhnen dieser Laster auf den Baupläzen verboten, auch während der Pausen. Ja, der Herr Arbeitgeber Schönefeld, der die ganze Woche Maurermeister ist, und Sonntags in Bademöbeler Touren oder sonstwo auf Arbeiterreisen Auf, Sozialisten, schlägt die Reiben“, spielt, meinte auf dem Arbeitgeberverbandstage in Gronau, an dem der Herr Landrat wegen gleichzeitiger Tagung des Frauenvereins nicht teilnehmen konnte, daß das „Bandelegiertenstümme“ eine Institution sei, das entbehrlich und deshalb abzuschaffen sei. Unsere Kollegen werden gut tun, sich einen solchen Ruffanten etwas näher anzusehen und nach seiner Weise nicht mehr zu tanzen. Im übrigen herrschte auch auf diesem Schornachtag eine ziemlich gebückte Stimmung, die ihren Höhepunkt erreichte, als der Arbeitgeberverband in Bremerhaven beantragte, ihm zur Dedung der durch die letzte Aussperrung entstandenen Kosten eine Unterstüßung von A. 10 000 zu gewähren. So viel Geld gab es ja gar nicht, d. h. in der Kasse des Arbeitgeberbundes.

Es herrschte, wie gesagt, eine gebückte Stimmung. Heberall Reinfall, alle aufgewogenen Seiten bringen immer Disharmonie. „Aber wartet nur bis zum Jahre 1908, da haben wir unsere Bilanz geschlossen, da werden wir der Gesellschaft den Raum schon anlegen.“ So ungefähr klang eine Rede des Herrn Behrens, der noch besonders glaubte, darauf hinweisen zu müssen, daß Verträge über den 31. März 1908 hinaus nicht abgeschlossen werden könnten. Aber wie die Münberger auch nicht eher einen hängen, als bis sie ihn haben, so muß man auch andere Töne der Raute zu entlocken. So meinte der Herr Bohm, Vorstandemittelglied, in einer anderen Versammlung: „Ja, meine Herren, damit müssen wir uns abfinden, daß wir im Jahre 1910 den achtstündigen Arbeitstag haben; und im Grunde genommen, haben wir denn Schaden davon?“ Wie gesagt, man kann auch anders. Daß wir nun dem prophetischen Blick des Herrn Bohm Ehre machen, dafür werden unsere Kollegen schon sorgen.

Eine Stempelsteuer von A. 150 glaubte der Amtmann des Amtes Ennigloh bei Gründung des Zweigvereins Bünde erheben zu müssen. Im Auftrage des Zweigvereinsvorstandes hat dann der Gauvorstand die Zurückgabe der zu Unrecht erhobenen A. 150 verlangt.

Die diesbezügliche Eingabe hat dann das Amt Ennigloh zur weiteren Erlebigung dem königlichen Stempel- und Erbschaftsteueramt in Münster i. W. überreicht. Aber auch hier war man sich über die zu Unrecht geforderte Verwendung der Stempelmarke nicht im klaren und verlangte Gründe für unser Vergeh, die im folgenden Schreiben unsererseits zum Ausdruck gebracht wurden.

An das königliche Stempel- und Erbschaftsteueramt Abt. II, Münster i. W.

Die Verwendung der Stempelmarke von A. 150 für das Statut des neugegründeten Vereins der Maurer von Bünde und Umgebung seitens des Amtes Ennigloh ist nach meiner Auffassung aus folgenden Gründen zu Unrecht geschehen:

Die dortige Behörde scheint sich bei Verwendung der Marke und Eingiehung des Betrages auf Art. 25 e des Preussischen Stempelsteuertarifs zu stützen. Dieser lautet:

Gegenstand der Besteuerung. Wenn sie betreffen: e) die erstmalige Bestimmung des Statuts von Gesellschaften aller Art, Gewerkschaften, Genossenschaften, Korporationen,

Stiftungen, Vereine und Anstalten in der Form von Verträgen oder Beschlüssen, sofern nicht nach den vorstehenden Bestimmungen ein höherer Stempel zu entrichten ist, A. 1,50.

Schon der Wortlaut dieser Tarifstellen läßt erkennen, daß die Stempelgebühr nur von solchen Gesellschaften und Vereinen erhoben werden soll, die vermögensrechtliche Vereinbarungen treffen oder Erwerb bezwecken. Der Begriff „Gewerkschaften“ kann und soll an dieser Stelle nur Bezug haben auf die in Berg- und Hüttenwesen bestehenden Gewerkschaften, welche diesen Namen führen.

Eine Beurkundung der Statuten gewerkschaftlicher Organisationen wird weder durch das Vereinsgesetz gefordert, noch von denen, die das Statut einreichen, verlangt. Es handelt sich lediglich um eine Verpflichtung, die das Vereinsgesetz den Vorstehern von Vereinen, welche die Erörterung öffentlicher Angelegenheiten bezwecken, auferlegt, und die Behörde hat die Erfüllung dieser Verpflichtung zu beschleunigen, damit der Verpflichtete jederzeit ausweisen kann, daß er den gesetzlichen Bestimmungen gemäß gehandelt hat. Das Statut ist von der Behörde weder zu genehmigen noch zu beurkunden.

Ich bitte deshalb, dem Amt Ennigloh Anweisung zu geben, die zu Unrecht erhobenen A. 150 an den Empfangsberechtigten zurückzugeben.

Auf dieses Schreiben, datiert vom 16. September 1905, erhielten wir unter dem Datum des 16. November 1905 folgendes Schreiben:

Der Amtmann des Amtes Ennigloh An Herr Louis Barnhorst, Gauvorstand des Maurerverbandes, Hannover, Langestr. 2.

Auf Ihren Antrag vom 15. August d. J. um Erstattung des zu den Statuten der hiesigen Zweigstelle des Maurerverbandes verbandenen Stempelsteuerbetrages, teile ich mit, daß der Betrag laut Mitteilung des Steueramtes in A. 150 von diesem dem Maurerpolier Heidemann in Ennigloh, der seinerzeit den Stempel bezahlt hat, erstattet worden ist.

An Versammlungsverboten aus allen möglichen, man möchte fast sagen auch unmöglichen Gründen, hat es, wie in früheren, so auch nicht in diesem Jahre gefehlt. Eine Versammlung unter freiem Himmel auf dem Grundstücke unseres Kollegen August Wieders in Wolfen wurde am 12. März stattfinden. Der Landrat des Kreises Springe hatte auch die Genehmigung erteilt. Aber im letzten Augenblick wurde unser Kollege Wieders von einer gewissen Krankheit befallen, die man sehr oft in Zentrumsabgeordnetenkreisen antrifft. Aus der Versammlung wurde deshalb nichts. Die Landratskreise Gronau, Alfeld und Springe sind gegenseitig miteinander verbunden; in Betracht kommen hier die Zweigvereine Alfeld, Gronau und Elze. Wir haben es dann einmal hüben und auch einmal drüben versucht. Am 24. September sollte auf dem Grundstücke des Kollegen August Wieders in Elfeld eine Versammlung stattfinden. Da das Grundstück nur von einem Privatwege (Interessentenwege) zu erreichen ist, mußte das Landratsamt des Kreises Gronau die Genehmigung leider verweigern, weil eine Gefährdung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung zu befürchten sei. Am selben Sonntage sollte im Lokale des Herrn Wieders in Alfeld eine Versammlung stattfinden. Auch diese wurde unterlagert, weil das genannte Lokal nur für 25 Mitglieder Raum biete. Auf Grund einer Beschwerde beim Landratsamt Alfeld erhielten wir die Antwort, daß das so ganz richtig sei.

In der Zwischenzeit, und zwar schon auf den 1. Oktober, war für dasselbe Lokal, aber nur für 25 Auswählte, eine Versammlung angemeldet. Hiergegen hatte die königliche Polizei von Alfeld nichts einzuwenden. Sie hat aber auch, das ist wenigstens anzunehmen, in dieser Versammlung, die Erfahrung gemacht, daß die erste Versammlungsunterstüßung doch wohl ein bißchen zu weit gegriffen war, denn von 40 Mitgliedern des Zweigvereins waren nur sechs erschienen.

Einen lang gehegten Wunsch in Erfüllung zu bringen, ein Lokal selbst zu mieten, ist dann versucht worden. Aber wenn der arme nichts haben soll, fällt ihm selbst das Brot aus der Kiepe. Das Lokal, ein schöner, geräumiger Saal, girt 150 Personen fassend, fand keine Gnade vor dem Auge des uns Leben und Gesundheit seiner Kreiseangehörigen besorgten Herrn Landrats, wie folgendes Schreiben bezeugt:

„Springe, den 19. Oktober 1905, Auf die Eingabe vom 18. d. M.“

Die für den 22. d. M., Nachmittags 3 Uhr, angemeldete öffentliche Versammlung kann in dem Wohnhause des Bierhändlers Carl Hirschhausen zu Wülfringen nicht stattfinden, weil das Lokal, in welchem die Versammlung stattfinden soll, den Bestimmungen der Polizeiverordnungen vom 31. Oktober 1889 gegen 21. April 1893 nicht entspricht.

b. Laer, Landrat.

An Herrn A. Pinfepant, Hildesheim. Damit noch nicht genug, daß wir die Miete ohne irgend ein Äquivalent zu zahlen haben, hat es auch noch der diensthabende Gendarm für seine Antspästigkeit gehalten, gegen die Frau des Hausigentümers Anzeige zu erstatten wegen Vergehens gegen die Gemeindeordnung (Handel mit falschen Briefen), trotzdem der Beamte vom Gegenteil überzeugt worden ist. Die Frau hat es aber unterlassen, gegen den Strafbefehl, der mit Kosten A. 22,10 ausmacht, rechtzeitig gerichtliche Entscheidung zu beantragen, und so hieß es für uns: zahlen!

Die Erfolge der Lohn- und Streikbewegung sind im Berichtsjahre günstiger als im Vorjahre.

Zu Arbeitsvereinigungen ist es in Wiefeld, Celle, Walsinghamen, Burgheimen, Ronnenberg, Wunhorst, Bückeburg und Oeynhausen gekommen.



## Die Erfolge veranschaulicht folgende Aufstellung:

Zweigverein	Anzahl der Maurer	pro Stunde	pro Tag	pro Kopf im Jahr	Wohn- leistung für alle Berechnungen
*Hiesfeld	577	8	173,10	69	38813
*Brachweide	46	8	18,80	69	8174
*Schilfde	43	8	12,90	69	2967
*Galefeld	15	2	8	46	690
*Gelle	162	2	32,40	46	7362
*Ginde	96	1	9,60	23	2208
*Hannover	2043	8	582,25	69	141167
*Wassinghausen	41	5	20,50	115	4715
*Bellingen	25	5	12,50	115	2875
*Burgstücken	18	24	4	57,60	1035
*Reudorf	28	5	14	115	3220
*Battenien	42	4	16,80	92	3884
*Nonnenberg	36	5	18	115	4140
*Erlinge	25	8	7,50	69	1725
*Wimflor	79	8	23,70	69	5451
*Gerford	229	2	45,80	46	10534
*Holschaufen	35	5	17,50	115	4025
*Solminben	125	2	25	46	5750
*Behre	70	2	14	46	3220
*Wiedburg	76	5	38	115	8720
*Dennhausen	161	8	46,80	69	11109
*Northeim	265	5	102,50	115	23575
*Carlsb.	62	8	15,60	69	3588
*Walzgrube	55	8	16,50	69	3795
	4384	—	1248,50	68,27	299312

In den mit einem \* bezeichneten Orten sind die Erfolge durch einen Lohnkampf erzwingen worden.

Ueber die Kassenverhältnisse gibt die nachfolgende Jahresabrechnung Aufschluß:

Einnahmen.	
Kassenbestand vom vorigen Jahre	M. 1609,42
Vom Verbandsvorstand erhalten laut Statut	2985,90
Ausgaben für Streikleitung zurück	203,50
An Beiträgen der Zweigvereine	1023,40
Sonstige Einnahmen	29,72
<b>Summa</b>	<b>M. 5551,94</b>

Ausgaben.	
Entschädigung des Kassierers	M. 1800,—
Entgangener Arbeitsverdienst anderer Kollegen	25,—
Diensten	4,32
Fahrtgeld	948,40
Büroausgaben	890,20
Druckkosten	204,—
Wort und Schriftmaterial	17,—
Sonstige	54,67
<b>Summa</b>	<b>M. 4097,11</b>

Bilanz.	
Einnahmen	M. 5551,94
Ausgaben	4097,11
<b>Bestand</b>	<b>M. 1754,83</b>

2. Varnstorf, Vorsitzender: O. Seitmeyer, Kassierer: F. für die Revisoren: P. Vitz, G. Kuth, R. Oelghof.

## Berichte.

Berichte über wichtige Versammlungsbeschlüsse und sonstige Fortschritte sendet man sofort an die Redaktion des Nachrichtenorgans. Nur kurze Mitteilungen können noch Dienstag Morgens für die laufende Nummer besprochen werden.

Wir machen wiederholt darauf aufmerksam, daß Gesetzkunden und Adressenveränderungen nur dann für die laufende Nummer berücksichtigt werden können, wenn sie Dienstags Vormittags in unserer Händen sind.

## Ungetreuer Kassierer.

Der Maurer Karl Ohnes, der im vorigen Jahre Bezirkskassierer in Ulm war, unterwarf in dieser Eigenschaft M. 17,35 Verbandsgeid. Er erhielt dafür vom Amtsgericht Ulm am 20. Februar 14 Tage Gefängnis.

**Mittelfeld.** Sonntag, den 4. Februar, hielt der hiesige Zweigverein seine regelmäßige Mitgliederversammlung ab, die gut besucht war. Zunächst wurde die Wahl eines Kassierers (Stellvertreter) vorgenommen. Dann wurden vier Kollegen aufgenommen. Ferner wurde der Verbandsrat mitgeteilt, daß sich die Ortschaft Wölferstedt unserem Verbande angeschlossen hat und dort ein Hilfskassierer bestellt worden ist. Auf dem Kalbweg Hagenb. wurde ebenfalls ein Hilfskassierer gewählt. Auch in der Ortschaft Mittelhausen ist ein Hilfskassierer tätig. Die Lohnfrage (einheitslicher Lohn) am Hilfskassierer (Hagenb.) soll Kollege Herrmann regeln. Die Sache betreffs des Kollegen Reime wurde vorläufig seinen Kollegen zur Regelung anvertraut. Zum Schluß der Versammlung erklärte Kollege Otto Weder, daß er in der nächsten Versammlung einen Vortrag über: „Organisation“ halten wolle.

**Augsburg.** Die am 27. Januar hier abgehaltene Jahreshauptversammlung hatte sich mit einer außerordentlich reichhaltigen Tagesordnung zu beschäftigen. Im Vordergrund der Tagesordnung stand die Annahme eines besoldeten Lokalbeamten sowie die Stellungnahme zur beabsichtigten Errichtung eines Arbeiterretariats durch die hiesigen Gewerkschaften. Zu der Versammlung, die infolge ihrer ausgebreiteten Tagesordnung unterbrochen und auf den 4. Februar vertagt werden mußte, hatten sich auch die Baubeamten, die Kollegen Sartl und Schäfer aus München,

eingefunden. Nach Eröffnung des Jahres- und Kassenberichts, die erfreulicherweise ein Bild fortwährender Entwicklung der hiesigen Filiale gaben, sowie nach Bekanntgabe des Revisionsberichts der Kasse und Wäcker durch den Kollegen Schäfer aus München und Anerkennung beider Berichte durch die Versammlung, erfolgte die Neuwahl der Vorstands- und Ausschussmitglieder. Aus derselben gingen für die engere Verwaltung des Verbandes hervor: Anton März, erster Vorsitzender; Mich. Stimmund, erster Kassierer. In der auf den 4. Februar vertagten Versammlung behandelte Kollege Sartl in einem ausführlichen Referat die von der hiesigen Filiale beabsichtigte Anstellung eines eigenen Lokalbeamten. Referent verbreitete sich in seinen Ausführungen über das reiche Arbeitsfeld der Organisationen einerseits und die Notwendigkeit und Zweckmäßigkeit tüchtiger Arbeitskräfte zur Leitung umfangreicher Verbandsgeschäfte andererseits. Nur durch dessen Unabhängigkeit gegenüber dem Unternehmer sei ihm eine vollkommen freie Entfaltung seiner Arbeitskraft im Dienste der Organisation möglich. Es sei nun für die Augsburger Kollegen vor allem aber die eine Frage zu ventilieren, ob sie sich in ihrer Zusammensetzung als Verbandskollegen finanziell stark und einig genug fühlen, zur Leitung ihrer Verbandsgeschäfte einen eigenen Geschäftsführer anzustellen und ausreichend zu besolden. Die Versammlung beschloß, die Angelegenheit in einer außerordentlichen Generalversammlung zum endgültigen Abschluß zu bringen. Als Delegierte zur Konferenz am 18. und 19. März in München werden entsandt die Kollegen März, Käfer, Rerlinger und Döwisch. Nach einem kräftigen Appell seitens des Gewerkschaften an die Mitglieder, abgesetzt intensiver der Arbeit zu sein am inneren und äußeren Ausbau des Maurerverbandes zur Erreichung des gemeinsamen Zieles: Hebung der wirtschaftlichen Lage der Berufscollegen, Achtung und Anerkennung ihrer Menschenwürde durch die kapitalistische Gesellschaft, schloß der Vorsitzende mit einem begeistert aufgenommenen Hoch auf den Zentralverband der Maurer die Versammlung.

**Berlin.** Die Rabighammer hielten am 7. Februar ihre Mitgliederversammlung ab. Auf der Tagesordnung stand: 1. Bericht und Neuwahl des Gruppenvorstandes; 2. Aufstellung von Kandidaten zum Sektionsvorstand; 3. Bericht des Vorstands. Vor Eintritt in die Tagesordnung wurden die verstorbenen Kollegen durch Erheben von den Plätzen geehrt. Der Kollege Grundmann als Vorsitzender gab den Jahresbericht für die Gruppe der Rabighammer bekannt. Es haben stattgefunden: 11 reguläre und 1 außerordentliche Mitgliederversammlung, 16 Sektionsvorstandsversammlungen, 10 erweiterte Sektionsvorstandsversammlungen, 14 Vertreterversammlungen, 8 Sitzungen der Schlichtungskommission; 2 Sitzungen vor dem Einigungsamt, 2 große Sitzungen mit dem Vorstand der Bauarbeiter betreffs der Grenzstreitigkeiten und 1 kombinierte Versammlung mit den Spannern und Büchern über die Affordarbeit. An der Diskussion beteiligten sich einige Kollegen, die sich im allgemeinen mit dem Bericht einverstanden erklärten und meinten, in dem Vertrag, der jetzt zu hande gekommen ist, müßte der Passus über die Entlohnung geändert werden; auch sollen in diesem Jahre mehr Beiträge geboten werden als in dem vorigen. Ebenso soll der Sektionsvorstand mit dem Vorstand der Sektoreure in Verbindung treten um die Rabighamer nicht mehr in Afford auszuführen. Der Kollege Brangstall stellte zur Geschäftsordnung den Antrag, dem Vorstände Decharge zu erteilen. Der Antrag wurde einstimmig angenommen. Der Kollege Grundmann gab bekannt, daß von der erweiterten Vorstandssitzung der vorgeschlagene Kollege Karl Werdelow zum ersten Vorsitzenden gewählt wurde. Als Kandidaten zum Sektionsvorstand wurden folgende Kollegen vorgeschlagen: Zum ersten Vorsitzenden Kollege Grundmann und zum Kassierer Kollege Hoele. Der Kollege Herrmann kündete, der im vorigen Jahre ausgeschloffen wurde, erschien in der Versammlung und stellte den Antrag auf Wiedereinnahme, der Antrag wurde dem Sektionsvorstand zur weiteren Untersuchung überwiesen, dann folgte Schluß der Versammlung um 12 Uhr.

**Mittwoch, den 21. Februar,** tagte die regelmäßige Mitgliederversammlung der Zählstelle Charlottenburg. Bei der Neuwahl der örtlichen Verwaltung bewandte Kollege Neubauer, daß der Antrag der Zählstelle, wonach jedes Jahr zwei Kollegen aus der Leitung auszuscheiden haben und Wiedereinnahme nicht zulässig ist, von dem Zweigverein abgelehnt worden sei. Ueber die zur Wahl stehenden Kandidaten entwickelte sich eine längere Diskussion, die damit endete, daß die vorgeschlagenen Kollegen gewählt wurden. Hierauf gab Kollege Heinrich Schwiemann den Bericht des Vertreters. Dann wurden Wünsche auf Bauten kritisiert. Ein Kollege protestierte gegen seinen Ausschuß; er behauptete, er sei zu Unrecht ausgeschloffen worden. Die Versammlung stimmte den Ausführungen dieses Kollegen zu. Der Kollege Karl Buchholz, Wismanstraße 50, gab bekannt, daß ein Kollege, der ebenfalls Buchholz heißt, dem Hölzer M. 5 pro Woche geboten habe, wenn er ihn in Arbeit stelle.

**Bunzlau.** Der hiesige Zweigverein hielt am 17. Februar seine regelmäßige Mitgliederversammlung ab; die erfreulicherweise einmal gut besucht war. Zum ersten Punkt der Tagesordnung hielt Kollege Kupsch einen Vortrag über: „Die Waffen im Kampfe des Sozialismus und Recht.“ Die vorrätigen Ausführungen des Referenten wurden mit Beifall aufgenommen. Die Versammlung bewilligte sodann M. 50 für die russischen Freiheitskämpfer und nahm den Bericht des Gewerkschaftsretariats entgegen. Nach Erledigung einiger interner Angelegenheiten wurde die gut verlaufene Versammlung mit der Mahnung an die Kollegen geschlossen, sich reger an den Versammlungen und an der Agitation zu beteiligen, damit wir bald daran gehen können, unsere Lage aufzubessern.

**Danzig.** Die hiesige Baufirma C. & E. Körner sucht in dem „Graubitzer Gefängnis“ eine große Anzahl Maurer. Da die Bauamtigkeit jedoch noch in keiner Weise entwickelt ist, warnen wir die Kollegen, nach hier zu kommen, da sie nur das Herz der Arbeitslosen vermehren. Kollegen, die auf dieses Anerbieten nach hier kommen, werden durch mehrere Fälle zu beweisen, ist nicht eingeführt, sondern auf einige Wochen vertagt. Am Orte selbst sind 150 bis 200 Kollegen arbeitslos.

**Darß-Zingst.** Sonntag, den 18. Februar, hielt unser Zweigverein eine Versammlung ab, zu der auch unser Gauvorsitzender, Kollege Obermeyer, aus Braunsberg er-

schienen war, um uns über alle Verbandsangelegenheiten Aufklärung zu geben, was ihm auch zur Freude aller Mitglieder in vorzüglicher Weise gelang.

**Darmstadt.** (Fortschreibung.) Wie in den früheren Jahren, so war auch im Frühjahr des Geschäftsjahres 1906 die Arbeitslosigkeit schlecht, wie aus der Arbeitslosenabteilung ersichtlich ist, die von der Organisation vom 15. Januar bis 15. März vorgenommen wurde. Die Arbeitslosenabteilung erstreckte sich auf 20 Orte mit 823 Kollegen. Davon sind berberichtet 524 Arbeitslose im Verlaufe waren 680, im Verlaufe tätig 168; anderweitig in Arbeit (Holzmachern u. dergl.) 264, wegen Krankheit waren 28 arbeitslos, ganz ohne Arbeit waren 388 Kollegen. Diese Statistik zeigt so recht deutlich, daß Not und Elend in den Gärten der Maurer vorherrschend sind. Die Statistik beweist auch, daß die Maurer gewissermaßen gezwungen sind, bei Eintreten der guten Baukonjunktur den Unterbauern Forderungen zu unterbreiten. Dies ist denn auch in vorliegenden Zahlen festgehalten. In Eberstadt und Mosdorf erkannten die Unternehmer bei den Unterhandlungen den Darß-Zingster Tarif an. In Münster bei Dieburg unterhandelten die Unternehmer nicht, bezahlten aber den dort organisierten Kollegen den geforderten Lohn, nämlich 40  $\frac{1}{2}$  statt 32  $\frac{1}{2}$ ; nur die einheimische Arbeitszeit blieb bestehen, weil leider verdrückte Kollegen gegen die geforderte Arbeitszeit waren; diese Kollegen meinen, wenn es wegen dieses Punktes zum Kampf käme, würden die nichtorganisierten Elemente bei der Arbeit bleiben und den Unternehmern aus der Verlegenheit helfen. Die Zeitung nahm vom Streik Abstand, weil nach Lage der Verhältnisse es eine schwierige Sache war, mit solchen Leuten einen Kampf zu führen. In Ober-Kamstadt kam es zum Streik, der elf Wochen dauerte und eine Ausgabe von M. 948,87 verursachte; in Betracht kamen fünf Unternehmer mit 40 Maurern. Am Streik haben sich beteiligt 29 Kollegen, die während des Streiks einen Verlust von 885 Tagen und M. 1573,50 Arbeitsverdienst hatten. Als „Arbeitswillige“ blieben elf Maurer stehen. Trotzdem erkannten drei Unternehmer nach fünf Wochen den Tarif, wie er in Darmstadt besteht, an, und bei den anderen zwei Unternehmern mußte nach elf Wochen der Streik aufgehoben werden, weil keine Aussicht auf ein gutes Resultat vorhanden war. Erhielten hatten die zwei genannten Unternehmer „Arbeitswillige“ genug, um ihre Arbeit fertig zu machen, und auf der anderen Seite waren unsere Kollegen zu mager, den festschreibenden Elementen klar zu machen, was sie als Arbeiter ihren Nebenkollegen schuldig sind. Es ist aber in diesem Frühjahr den beiden Unternehmern die Forderung erneut gegangen, und nun liegt es an den Kollegen von Ober-Kamstadt, dafür zu sorgen, daß sie uns noch fernstehenden Kollegen Mitglieder unserer Organisation werden, damit wir einen einheitlichen Vertrag bekommen für sämtliche Unternehmern von Ober-Kamstadt. Wenn auch in allen Orten das nicht erreicht worden ist, was wir erreichen wollten, so liegt dies an den Kollegen, die nicht den nötigen Mut bezeugen, an die Unternehmer heranzutreten. Den Beweis haben die Kollegen an der Vergrößerung gebracht. Welche Zustände dort noch herrschen, braucht man hier nicht weiter auszuführen; das es aber auf dem Gebiete Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen noch viel zu arbeiten gibt, zeigt folgende Statistik über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse in den einzelnen Orten, die in der ersten Woche im Monat August 1906 festgelegt worden ist:

Der Durchschnittslohn und die Arbeitszeit in nachfolgenden Orten beträgt:

Ort	Durchschnittslohn pro Stunde	Arbeitszeit pro Woche
	Stunde	Stunden
Arbelgen	44,2	60
Bensheim	38,04	65
Darmstadt	43,7	58 $\frac{1}{2}$
Dieburg	39,4	65
Eberstadt	43,2	58 $\frac{1}{2}$
Griethem	41,3	60
Gr.-Kamstadt	31,4	65
Griethem	35,1	65
Gr.-Zimmern	39,6	65
Heppenheim	38,1	65
Münster	35,9	65
O.-Kamstadt-Trafal	42,2	60
Wismuthaus	38,6	60
Gr.-Gurau	37,1	65

Die Bauamtigkeit war vom 1. April an im allgemeinen gut; unter deren Einfluß gestiegene sich die Agitation im Zweigverein denn auch recht lebhaft. Es muß aber hier der Wunsch ausgesprochen werden, daß die Kollegen die Arbeit nicht nur den Vorständen überlassen. Jeder Kollege ist verpflichtet, soweit es in seinen Kräften liegt, bei der Warten- sowie Hausagitation mitzuwirken, damit die uns noch fernstehenden gewonnen werden, um nicht nur zu ernten, was andere gesät haben, sondern mit uns zu kämpfen und Opfer zu bringen für die Befreiung der Arbeiterklasse aus den Klauen der Feudalherren und Geldgötzen. Die Mitgliederbewegung gestaltete sich folgendermaßen: Am Schluß des Jahres 1904 hatten wir 29 Mitglieder, im Jahre 1905 1188 Mitglieder. Im Jahre 1906 wurden geglaubt 10 Mitglieder aufgenommen und aufgenommen 626 Mitglieder, davon waren schon einmal Mitglieder 38. Geworben sind 8, ausgeschloffen 21, zum Tode eingezogen 49, ausgeschieden 89, wegen rückständiger Beiträge gestrichen 57, bleibt Bestand am Schluß des Jahres 1657 Mitglieder. Das ist eine Zunahme von 369 Mitgliedern. Die durchschnittliche Mitgliederzahl betrug 1467. Die Einnahmen inklusive Kassenbestand zum Jahre 1904 (M. 998,98) betrugen M. 2838,98. Ausgaben: An die Hauptkasse abbezahlt M. 17 070,27, Streikunterstützung M. 945, Reiseunterstützung M. 84, Reichsbeitrag M. 26,20, Mahnungsbewertung in 14 Fällen M. 99,25, Krankenunterstützung in 19 Fällen M. 267,65, Sektionsunterstützung in 6 Fällen M. 240, Ausgaben im Zweigverein M. 3906,68, in den Zählstellen M. 2596,80, Summa M. 25 235,95, Einnahmen im Zweigverein M. 5998,95, Ausgaben M. 3906,68, Kassenbestand am Jahreschluß M. 2092,27, Einnahmen der Zählstellen M. 8505,51, Ausgaben M. 2596,80, Kassenbestand M. 1008,71. Zum Berichtsjahre haben hangefunden: Mitglieder- versammlungen 172, öffentliche 89, Vorstandssitzungen 182, Revisionen 82. Die Korrespondenz betrug vom 1. April 1905 bis 1. Januar 1906 an Eingängen 726, an Ausgängen 1818. Wenn man auch im allgemeinen mit der Entwicklung des Zweig-



vereins zufrieden sein kann, so darf man aber nicht vergessen, daß noch viel Arbeit geleistet werden muß; wozu doch noch Hunderte von Mann in unserem Bezirk, die uns noch fernsehen. Diese zu organisieren, muß die Parole eines jeden einzelnen Mitgliedes sein. Zu jeder seine Pflicht, so müssen wir das erreichen, was wir schon längst hätten erreichen müssen.

**Ederförde.** Am 20. Februar fand hier eine gemeinsame Versammlung der Maurer und Zimmerer statt. Anwesend waren der Bauvorsteher der Maurer, Kollege Kober, sowie der Bauvorsteher der Zimmerer, Kollege Gols. Vom Bauvorsteher wurde zunächst die Antwort der Sitzung auf unsere Forderung betreffs Erhöhung des Lohnes von 48 % auf 50 % pro Stunde vorgelesen. Sie lautet folgendermaßen:

„In der Fachverein der Maurer und Zimmerer in Ederförde-Borby, a. d. Herren D. Hebe und W. Stöckel auf das Schreiben vom 18. v. Mts., betreffend Erhöhung des Stundenlohnes für Maurer und Zimmerer von 48 % auf 50 %, teile ich Ihnen hierdurch mit, daß der Antrag in der vorliegenden Form in der letzten abgehaltenen Versammlung der Zuhörer der hiesigen und Borbyer Bauvereine abgelehnt wurde. Im Auftrage der letzteren teile ich Ihnen jedoch mit, daß die hiesigen Mitglieder der Sitzung „Bauhilfe“ bereit sind, vom 1. April d. J. den Lohn für eine Stunde richtige Arbeitszeit auf 48 %, gültig für mindestens zwei Jahre, festzusetzen, mit der Bedingung, daß die selbstständig arbeitenden Mitglieder des Fachvereins den Stundenlohn auf 50 % festlegen. Die Forderung, die Bäume auf den Bauten auszuheben, muß den betreffenden Unternehmern und deren Geleuten zur Regelung überlassen bleiben, gleichfalls die der Baubuten.“

Im Auftrage der „Bauhilfe“:  
F. H. Reich.

Nach eingehender Debatte wurde auf Vorschlag der beiden Bauvereine einstimmig beschlossen, den Meistern folgende Antwort zu unterbreiten: „Die am 20. Februar 1906 tagende gemeinsame Mitgliederversammlung der Maurer und Zimmerer hat Kenntnis genommen von dem Angebot der Sitzung, nach dem der Stundenlohn von 48 % für die beiden Jahre 1906 und 1907 vertraglich festgelegt werden soll. In Betracht der obwaltenden wirtschaftlichen Verhältnisse lehnt die Versammlung das Angebot der Sitzung ab, unter dem Vorbehalt, zu gegebener Zeit die Forderung zu wiederholen.“ Nachdem die Bauvereine noch einige Erläuterungen über die Lohnbewegung gegeben und die Versammlung aufgelöst hatten, ruhig der Dinge zu gedenken, die da kommen, erfolgte Schluß der Versammlung.

**Erlangen.** Am 11. Februar hielt der hiesige Zweigverein seine Generalversammlung ab, die leider schlecht besucht war. Der Vorsitzende, Kollege Heiser, eröffnete die Versammlung unter Bekanntgabe des Jahresberichtes und betonte, daß die vorjährige Lohnbewegung nur teilweise Erfolg hatte, weil die Baukonjunktur nicht sehr günstig war. Die Unternehmer Pannemüller, Schmidt und Mühlgruber genehmigten unsere Forderungen nicht, weshalb wir bei einer besseren Bauwirtschaft nochmals vorstellig werden müßten. Voraussetzungsweise werde die Bauwirtschaft bald eine regere sein; denn 40 % Stundenlohn genügt nicht zu der teuren Lebensunterhaltung, die wir jetzt haben. Wir müßten deshalb gründliche Agitation betreiben, hauptsächlich in den landlichen Ortschaften; darum agitiert an allen Ecken und bei jeder Gelegenheit, damit wir im Frühjahr den Kampf besser führen können. Sodann verlas der Kassierer, Kollege Neubauer, die Quartals- und Jahresabrechnung. Aus dem Bericht ist ersichtlich, daß verschiedene Kollegen mit ihren Beiträgen im Rückstand sind. Der Kassierer machte auf diesbezügliche Verlangen der Kollegen die über zwei Monate rückständigen Mitglieder namhaft. Einige Rückständige erklärten dem Kassierer, daß sie weiterzahlen würden, wenn sie wieder in Arbeit kämen. Es wurde der Antrag gestellt, den rückständigen Kollegen eine Frist bis zum 1. April d. J. zu geben. Wer bis zu diesem Termin nicht alles in Ordnung hat, wird nach dem Statut § 37c Abs. 1 und 2 behandelt. Eine größere Debatte entpinn sich über die Beitragszahlung. Da verschiedene Kollegen von der Umgebung Erlangens in Kirch und Nürnberg beschäftigt sind, richtet sich deren Beitrag je nach der Lohnhöhe. Es ist für Erlangen am 25. Juni 1905 beschlossen worden, vom 1. Juli 1905 ab, den Beitrag auf 40 % festzusetzen. Kollege Meyer rügte die Einführung von 30 % und 35 %-Marken von Schöpföder Kollegen, die auch in Nürnberg beschäftigt sind und die nach dem Tarif höhere Beiträge zahlen müßten.

**Frankfurt a. d. O.** Der hiesige Zweigverein hielt am 20. Februar eine Versammlung ab. Die Tagesordnung lautete: Bekanntgabe des Antwortschreibens der Unternehmer auf unsere im November v. J. eingereichte Lohnforderung für 1906 und unsere Stellungnahme dazu. Dieses Thema sollte schon in der vorigen Versammlung vom 6. Februar erledigt werden, doch waren außer dem Vorstand nur noch elf Mitglieder erschienen, und diesmal war es nicht viel besser; denn von 350 Mitgliedern waren nur 37 anwesend. Wahrscheinlich ein trauriges Zeichen! Man sollte es nicht für möglich halten, daß hier in der nächsten Nähe Berlins eine solche Gleichgültigkeit und Interesselosigkeit der Kollegen anzutreffen wäre. Oder sind die Kollegen der Meinung, daß die Unternehmer aus freiem Antriebe die Löhne erhöhen und auf den Bauten bessere Zustände einführen? Die Hälfte unserer Mitglieder wohnt in der unmittelbaren Nähe und kommt zum großen Teil regelmäßig der Arbeit nach Frankfurt; aber alle vier Wochen mal zwei oder drei Stunden für eine Versammlung zu opfern, das fällt ihnen nicht ein. Man könnte fast glauben, es mit ganz unkultivierten Menschen aus Wäldern oder Wäldchen zu tun zu haben, die von dem Wert und Zweck der Organisation keine flasse Ahnung haben. So waren beispielsweise anwesend von den Daten Tscheknow von 44 Mitgliedern 1, von Bollen von 24 Mitgliedern 1, von Lebus, Soffow, Schweitz, Reipzig, Reu-Lebus war gar kein Kollege erschienen. Und so war der Versammlungsbuch während des ganzen Winters. Da darf man sich nicht wundern, wenn hier Klassenhölle geschäft werden, wie sie in keinem Orte der Provinz vorkommen. Von einer Beschäftigung des Antwortschreibens der Unternehmer wurde das schlechte Befinden wegen Abstand genommen. Kollege Bauffe führte auf der Hand

der veröffentlichten Statistiken den Kollegen vor Augen, wie rasch in den letzten Jahren die Preise der Lebensmittel gestiegen sind und nach Inkrafttreten des neuen Zolltarifs noch weiter steigen werden, womit unsere Wohnverhältnisse der letzten Jahre lange nicht Schritt gehalten haben. Also ein Grund mehr, uns fest zusammenzuschließen, um für uns und ein menschenwürdiges Dasein zu kämpfen. Nach Mitteilung des Vorsitzenden, daß am 4. März zu Berlin die Bundeskonferenz der Provinz Brandenburg stattfindet, wurde dazu Kollege G. Schulz als Delegierter gewählt.

**Frankfurt a. M.** In Offenbach tagte am 21. Februar eine stark besuchte Mitgliederversammlung. Dieselbe nahm Stellung zu den Beitragspflichten der Verbandsmitglieder und den verschiedenen Durchbrechungen der tariflichen Vereinbarungen. Der Kassierer des Zweigvereins Frankfurt a. M., Kollege Roth, hatte zu beiden Punkten das Referat übernommen. Er führte aus, daß es im Zentralverband der Maurer Regel sei, daß der Verbandsbeitrag sich nach dem Stundenlohn richte. Durch die Lohnbewegung im Jahre 1904 im Zweigvereinsbezirk wurden die Stundenlöhne um 1 und 2 % gesteigert. Dadurch sind die Verbandsmitglieder in eine höhere Beitragsklasse aufgerückt. Leider sei eine Opposition gegen die Beitragshöhe zu konstatieren, und es sei Stimmung vorhanden, den bisherigen Beitragsaufschlag von 10 % auf 5 % zu reduzieren. Demgegenüber weist Redner mit treffenden Worten die Notwendigkeit des Beitragsaufschlages nach. Es habe sich schon bei der Aussparung von 1904 die Notwendigkeit eines Beitragsaufschlages für verarbeitete Kollegen in Stadt und Land herausgestellt und das werde sich in erhöhtem Maße in späteren Lohnkämpfen, welche infolge der niedrigen Lohnverhältnisse der Maurer im Bezirk nicht zu umgehen sind, zeigen. Die christliche Organisation suche eine Zersplitterung unter der Kollegenchaft herbeizuführen und zur Abwehr habe der Zweigverein 18.500 abgegeben müssen. Zum Jahre 1908 laufe der Tarifvertrag ab und die Unternehmer haben sich in großer Zahl dem Arbeitgeberverband angeschlossen, dessen Prinzip es ist, die Arbeiterorganisation nicht anzuerkennen. Die Abschließung von Tarifverträgen sei nur ein scharfer Schatz; man rüste zum Kampf, um die Organisationen der Arbeiter zu zerschlagen. Es sei vorauszusetzen, daß durch den Zolltarif ein gewaltiger Niedergang und dadurch eine Steigerung der Arbeitslosigkeit im Verlaufe eintreten werde. Aus diesem Grunde müsse die Organisation auch auf eine weitere Verärgerung der Arbeitszeit denken. Es stehe daher fest, daß es im Jahre 1908 einen harten Kampf geben werde, und hierfür zu rüsten sei Pflicht aller Mitglieder. Eine Erniedrigung des Beitragsaufschlages wäre eine Schwächung der Organisation und eine Waffe für die Schmachmacher. Der erhöhte Verbandsbeitrag garantierte eine höhere Streit-, Kranken- und Sterbeunterstützung. Der Verband habe einen erfreulichen Aufschwung genommen, er umfasse 165.000 zahlende Mitglieder und besitze ein Vermögen von 1 1/2 Millionen Mark. Jort, daß auch das Vermögen des Zweigvereins auf 100.000 bis 120.000 anwachsen, dann ist die Organisation gerüstet. Es wird dann nicht nur möglich sein, die Pläne der Schmachmacher zu jähden zu machen, sondern auch bessere Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu erlangen. Redner beifall lobte den Redner. In der Diskussion sprachen sich sämtliche Kollegen für Beibehaltung des bisherigen Beitragsaufschlages von 10 % pro Woche aus, und wurde ein dahingehender Antrag einstimmig angenommen. Zum zweiten Punkt der Tagesordnung kritisierte Referent, daß die Arbeiter sich schwer an die tarifliche Ordnung gewöhnen und hierdurch den Unternehmern Vorwurf zur Durchbrechung des Tarifvertrages geben. So werden besonders die Frühstücks- und Bepfer-, sowie auch die Mittagspausen durchbrochen. Die Kollegen sollten auch einmal eine vorübergehende Unannehmlichkeit in Kauf nehmen. Die Verwaltung des Zweigvereins werde durch Eingaben an die Eisenbahnenverwaltung dahin wirken, daß die Arbeiterträge dementsprechend verlegt werden. Pflicht aller Verbandsmitglieder sei, die Durchführung des Tarifs zu überwachen und Verstöße bei der Schlichtungskommission zu melden. Die Kollegen sollen nicht mit allem zufrieden sein, ihre Bedürfnisse müssen sich erhöhen. Notwendig sei es auch, sich der einzig wirklichen Arbeiterpartei, der Sozialdemokratie, anzuschließen und ihre neue Mitglieder zuzuführen. Mit Recht habe Genosse Regien gesagt: „Was nützt es uns, wenn wir durch schwere Lohnkämpfe Lohnsteigerungen durchführen, wenn andererseits, wie durch den Zolltarif, die Erfolgs- und Wirtlichkeit gemacht werden.“ Die Arbeiterkraft muß ihren Einfluß auf die Gesetzgebung vergrößern. Dies sei besonders auch notwendig hinsichtlich eines durchgreifenden Bauarbeiter-schutzes. Notwendig sei es auch, sich in der Arbeiterbewegung gewerkschaftlich wie politisch einzuleben, und dies könne erreicht werden durch die Unterstützung der Arbeiterpresse. In der Diskussion wurde festgestellt, daß eine ganze Anzahl Unternehmer den Tarif durchbrechen; u. a. die Firmen Gebr. Hasenbach, Phil. Forster & Söhne, R. Stod III. Der Vorsitzende der Schlichtungskommission teilte mit, daß 27 Beschwerden an die Schlichtungskommission gekommen sind. In der Diskussion wurde die oft mangelhafte Solidarität kritisiert und auf die Notwendigkeit des Vertrauensmännerbüros hingewiesen. Nach einem feurigen Schlusswort des Referenten schloß der Vorsitzende die Versammlung mit einem Hoch auf den Zentralverband der Maurer.

**Freiburg i. S.** Sonntag, den 18. Februar, fand im Gasthof „Zum Kuckuck“ in Colmzig eine leider schwach besuchte Maurerverammlung statt. Zum ersten Punkt der Tagesordnung: Die wirtschaftliche und politische Lage in Deutschland, hielt Kollege Paul aus Dresden einen interessanten Vortrag. Im Punkt „Gewerkschaftliches“ kritisierte Kollege Wehl die Mißstände bei den hiesigen Bauunternehmern. Ebenfalls das Verhalten der hiesigen Maurer und Zimmerer betreffs der Arbeitszeit scharf verurteilt. Die Kollegen finden nicht dazu zu bewegen, eine längere Arbeitszeit anzutreten. Das ganze Jahr begnügen sich die Leute damit, nur eine halbe Stunde Mittag zu machen. Kollege Geißler wünschte eine rege Agitation, vielleicht seien auch diese Kollegen noch für uns zu gewinnen. Sodann wurde noch gerügt, daß die Verbandskollegen noch bürgerliche Blätter lesen; es wäre doch Pflicht

eines jeden Kollegen, diejenige Zeitung zu lesen, die für seine Interessen eintritt, und das seien die sozialdemokratischen Zeitungen. In seinem Schlusswort forderte Kollege Paul die Anwesenden zur Agitation auf; das sei die heiligste Pflicht jedes Arbeiters.

**Freihau.** (Jahresbericht.) Am 11. d. M. hielt der hiesige Zweigverein seine regelmäßige Mitgliederversammlung ab, die hauptsächlich der Neuwahl gewidmet war. Vor Eintritt in die Tagesordnung wurde das Andenken des verstorbenen Kollegen Dittmann durch Erheben von den Plätzen geehrt. Hiernach verlas der Kassierer die Abrechnung vom 4. Quartal nebst dem Jahresbericht. Dem Kassierer wurde durch Erheben von den Plätzen Entlassung erteilt. Alsdann erstattete der erste Vorsitzende, Kollege Mohr, seinen Jahresbericht, der mit großem Interesse entgegengenommen wurde. Trotz eifriger Arbeit und Agitations ist es nicht gelungen, alle Mitglieder an den Verband zu fesseln. Eine ganze Anzahl Kollegen mußte wegen Schulden gestrichen werden. Auch nicht alle Verbandsmitglieder haben ihrer Pflicht im vollen Maße genügt. Trotzdem sei jeder Sitzung, die ersichtlich eingeladen wurden, hellen sie es nicht für nötig, zu erscheinen. Es wurden im verfloffenen Jahre 14 Versammlungen abgehalten, und zwar fünf öffentliche und sieben Mitgliederversammlungen. Im Verlauf der Versammlungen machte sich eine große Rauferei bemerkbar, denn von 400 Mitgliedern, die der Zweigverein zählt, entfallen durchschnittlich höchstens 50 Mann auf jede Versammlung, was als durchaus schlecht bezeichnet werden muß. Weiter wird in dem Vorstandsbericht betont, daß in der nächsten Saison ein ganz anderer Geist unter die Kollegen gebracht werden müsse; denn da wir vor einem Kampfe stehen, sei es Sache eines jeden Kollegen, recht kräftig an dem Ausbau unserer Organisation mitzuarbeiten. Vorstandsitzungen fanden 15 statt, und zwar 6 engere und 9 erweiterte. Das häufigste Fehlen einzelner Kollegen wurde in dem Bericht getadelt. Zum Schluß richtete der Vorsitzende an die Versammlung die Bitte, den neuen Vorstand in jeder Beziehung zu unterstützen; er selber aber müsse sein Amt niederlegen, da er am 27. September v. J. einen schweren Unfall erlitten habe, wodurch er hierzu gezwungen werde. Alsdann wurde zur Neuwahl des Vorstandes geschritten, die sich außerordentlich schwierig gestaltete, indem alle Kollegen, auf einen Posten verzichteten. Der bisherige Vorsitzende und der Kollege Möller sprachen ihr Bedauern darüber aus, daß sich trotz des zehnjährigen Bestehens des Zweigvereins kein Kollege bereit erkläre, einen Posten anzunehmen. Schließlich erklärte sich Kollege Karl Kurzbad aus Freihau dazu bereit, den Posten eines Vor-sitzenden zu übernehmen. Dieser Kollege wurde dem auch einstimmig dazu gewählt. Als Kassierer wurde Karl Gubrich aus Bradaus mit 68 gegen 10 Stimmen gewählt. In „Ver-schiedenes“ ersuchte Kollege Möller die Kollegen, sie möchten dafür Sorge tragen, daß mehr Stabilität in den Zweigverein hineinkomme. Sodann erklärte die Schlichtungskommission, daß der hiesige Arbeitgeberverband sich jetzt noch nicht für nötig befinden habe, auf unsere Forderung betreffs besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen zu antworten. Mit einem dreifachen Hoch auf den Verband, schloß die ziemlich gut besuchte Versammlung. (Wenn das Papier künftig wieder auf beiden Seiten bedruckt wird, kann die Aufnahme des Berichtes nicht erfolgen. D. Red. des „Grundst.“)

**Göttingen.** Am 10. Februar tagte hier im Saale des Herrn Käßles die Generalversammlung unseres Zweigvereins. Der Vorsitzende Roth rügte den schwachen Besuch dieser wichtigen Versammlung. Es wurde Stellung genommen zu dem Angebot der Unternehmer. Die Unternehmer erklärten sich bereit, den bisher gezahlten Stundenlohn von 40 % auf 42 % zu erhöhen und einen Lohnvertrag bis zum 1. April 1908 abzuschließen. Nach einer kurzen Ansprache des Kassierers, Kollegen G. Thöne, der die Kollegen ermahnte, den Vertrag anzunehmen, sprach sich der Vorsitzende Roth dahin aus, daß das Angebot einen Schritt für uns bedeute. Vor zwei Jahren hätten die Unternehmer jähroft erklärt: „Wir verhandeln nicht mit Euch, wir verhandeln mit den Leuten, die bei uns arbeiten, mit weiter keinem.“ Jetzt endlich könnten wir auch dem Unternehmertum zeigen, was die Organisation bedeute. Nach heftiger Debatte wurde das Angebot der Unternehmer angenommen. Dann gab der Kassierer Vertram den Jahresbericht bekannt, der von den Meistern für richtig befunden worden war. Bei der Neuwahl des Vorstandes wurden gewählt: Roth als Vorsitzender, Vertram als Kassierer. Dann folgte eine Besprechung über den Anschluß an eine Zentral-Krankenkasse. Es meldeten sich sofort 15 Mitglieder zur Aufnahme. Dann schloß der Vorsitzende die Versammlung mit dem Wunsch, daß alle Mitglieder der Zentral-Kasse beitreten möchten.

**Gießen.** Am 11. Februar fand im „Dessauer Hof“ unsere regelmäßige Mitgliederversammlung statt, die leider nur schwach besucht war: Trotzdem die hiesigen Kollegen keinen allzu hohen Lohn haben, halten sie es nicht der Mühe wert, die Versammlungen zu besuchen. Es lassen alles seinen ruhigen Lauf und meinen, wenn sie ihre Beiträge zahlen, sind sie tüchtige Mitglieder. Wir wollen aber hoffen und danach arbeiten, daß unser Zweigverein noch einmal so stark wird, als im vorigen Jahre, das zu unserer Befriedigung abschloß, indem wir durch die gute Kolportage nur einige Kollegen mit wenigen Rückständen am Schluß des vorigen Jahres zu verzeichnen hatten. Es wurde beschlossen, am 25. Februar ein Stiftungsfest zu feiern und dazu auch die hiesigen Gewerkschaften einzuladen. Unter „Verschiedenes“ wurde vom Kollegen Goldschmidt der Antrag gestellt, den Jahresbericht im „Grundstein“ zu veröffentlichen. Der Antrag wurde angenommen. Die Hauptliste hatte eine Einnahme von 607,70 und eine Ausgabe von 607,70. Die Kassa hatte eine Einnahme von 123,52; der Kassenbestand vom vorigen Jahre betrug 28,51; Summe der Einnahme 152,03. Die Ausgabe betrug 171,48, der Kassenbestand müßte am Schluß des Jahres 80,55, wobei 18,55 für Bücher in Abzug kommen. Versammlungen fanden 12 statt, ferner 7 Zweigvereinsvorstandsitzungen, 4 Revisionen durch die Revisionen und 4 Revisionen durch den Zweigvereinsvorstand. Die Mitgliederzahl betrug am Schluß des vorletzten Jahres 22 und am Schluß des letzten Jahres 44. Neu eingetreten sind im Laufe des Jahres 24, davon waren 5 schon einmal Mitglied; zum Militär eingezogen wurden 2 Mitglieder. Mögen in diesem Jahre die Versammlungen besser besucht werden!



**Halle a. d. S.** Am 20. Februar hielt der hiesige Zweigverein seine regelmäßige Mitgliederversammlung ab, die gut besucht war. Zum ersten Punkt: Die Lohnverhältnisse beim Maurermeister Gensel, Neubau Grube „Alwine“ in Bruckdorf, berichtet Kollege Dege, folgendes: Der Maurermeister Gensel beschäftigt zur Zeit an diesem Neubau 68 Kollegen. Vor einiger Zeit (14 Tagen) hatte der Unternehmer den Lohn von 50 s pro Stunde gekürzt, auch sollten die, die neu anfangen, nur 48 s pro Stunde erhalten. Der Lohnkürzung wurden vollzogen und außerdem hielt der Unternehmer es nicht für nötig, die notwendigen Schutzvorrichtungen und Abdeckungen herzustellen. Nachdem die Verbandsleitung über diese Angelegenheit Kenntnis erhalten hatte, wurde sofort die Angelegenheit untersucht, und es ergab sich, daß 16 Kollegen 48 s und darunter erhielten, die übrigen Kollegen bekamen 50 s. Als man sofort bei dem Unternehmer vorstellig wurde, erklärte er, er wüßte davon nichts, daß hätte sein Buchhalter gemacht. (Denkt denn der Unternehmer, daß wir dies glauben?) Er erklärte sich bereit, den Lohn wieder zu erhöhen, was auch geschah. Mit Ausnahme von acht Kollegen, die teilweise Junggeheilen und Einzelnen sind, erhalten alle den höheren Lohn. Die Verbandsleitung ersucht aber, sofort Mitteilung zu machen, wo die Unternehmer immer wieder versuchen, den Lohn zu kürzen. Damit darf nicht 14 Tage gemartet werden. Auf die mangelhaften Schutzvorrichtungen und Abdeckungen wurde der Unternehmer ebenfalls hingewiesen, und obendrein ist Anzeige erstattet worden, da schon mehrere Unglücksfälle passiert sind. Sodann erstattete Kollege Dege den Bericht von der Gaufonferenz in Altenburg, der mit großer Aufmerksamkeit entgegen genommen wurde. Auf Antrag des Kollegen Leopold stand die Stellungnahme zur Affordarbeit auf der Tagesordnung. Kollege Wolf gab einen Rückblick bis zum Jahre 1899, wo die Affordarbeit gänzlich beseitigt war. Infolge des verloren gegangenen Streiks im Jahre 1901 war es nicht möglich, diesen Beschluß aufrecht zu erhalten, und es haben sich nun innerhalb dieses Zeitraumes Verhältnisse eingestellt, die auf jeden Fall abgeändert werden müssen. Redner empfiehlt, die Affordarbeit zu beseitigen. Eine große Anzahl Kollegen beteiligte sich an der lebhaften Debatte, in der die Rechte und Pflichten in Betracht gezogen wurden. Ein Antrag, der besagt, nochmals die Affordfrage in einer der nächsten Versammlungen auf die Tagesordnung zu stellen und gleich nach Beendigung der Arbeit die Versammlung in einem größeren Lokale stattfinden zu lassen, damit alle Kollegen sich daran beteiligen können, wurde mit großer Majorität angenommen. In „Verschiedenes“ meldete sich der Kollege Wittich zur Aufnahme in den Verband. Nachdem er versprochen hatte, die Verbandsgebühren sowie die Beschlüsse der Versammlungen anzuerkennen, wurde er wieder aufgenommen. Ein Unterstützungsgeßuch des erkrankten Kollegen Dehne wurde abgelehnt, da er vom 1. März an wieder Krankenunterstützung laut Statut beziehen kann. Da am 22. Februar die Neuwahlen der Weisfiker zum Innungsoberschlichter stattfanden, wurden die Kollegen Gisi, Richter und Karl Leopold als Weisfiker, sowie Emil Kertzen und Louis Gubndorf als Ersatzmänner aufgestellt. Ferner forschte der Vorsitzende auf den Austritt aus der Handwerkskammer zu bewerkstelligen. Nachdem noch einige Differenzpunkte erledigt waren, schloß der Vorsitzende die Versammlung.

**Stättgen.** Am 18. Februar hielten die hiesigen Eingeladigten eine Versammlung ab. Anwesend waren 80 Mitglieder. Auf der Tagesordnung standen folgende Punkte: 1. Berichtserstattung über den Verlauf der Gaufonferenz in Karlsruhe. 2. Wahl von zwei Weisfikern zur Rechnungsrevision. Im ersten Punkt erstattete der Vertrauensmann, Kollege Rißler, als Delegierter Bericht. Die Mitglieder sprachen ihre vollste Zufriedenheit und den herzlichsten Dank dafür aus. Hierauf wurden drei neue Mitglieder aufgenommen. Nachdem wurden die Kollegen Albert Wich und Verhold Gummel als Weisfiker gewählt. Dann wurde beschlossen, am 4. März in Siegenheim eine Privatversammlung abzuhalten.

**Sterford.** Am 18. Februar wurde unsere regelmäßige Mitgliederversammlung abgehalten. Sie hatte sich hauptsächlich mit dem Antwortschreiben der Weisfiker zu beschäftigen. Aus dem Schreiben war zu ersehen, daß die Weisfiker, statt unsere Forderung von 43 s Stundenlohn zu bewilligen, nur 40 s Stundenlohn bewilligen wollten. Für Überstunden wollten sie 15 pSt, für Nachtarbeit 50 pSt und für Sonntagsarbeit 100 pSt. Lohnzuschlag bewilligen. Hiermit war die Versammlung nicht einverstanden. Doch mußten die Kollegen die traurige Tatsache eingestehen, daß von der Hand nichts zu machen sei, weil es die Kollegen noch nicht für nötig befunden haben, sich Mann für Mann der Organisation anzuschließen, und weil auch die Christlichen uns in den Rücken gefallen sind. Erst arbeiten sie mit dem Zentralverband zusammen einen Lohnstarif von 43 s Stundenlohn aus, und nachher arbeiten diese Leute unter sich nochmals einen Lohnstarif auf 41 s Stundenlohn aus. Es wäre dieser Sommer hier leicht gewesen, den Lohn auf 43 s zu bringen, da die Baustift besser zu werden scheint. Gut, daß schon der Inhaber einer der größten Firmen, sagt: „Wenn wir nicht bewilligen, dann gehen uns die Maurer scharenweise nach Wiesfeld, weil sie dort 50 s pro Stunde verdienen.“ Es wurde beschlossen, vorläufig alles weitere der Lohnkommission zu überlassen. Weiter wurde beschlossen, Sonntag, den 25. Februar, eine Agitationstour nach Diebrod und Eikum vorzunehmen.

**Sohsenheim-Erntthal.** Sonntag, den 11. Februar, hielten die hiesigen organisierten Maurer im Gasthaus „Zur Reche“ eine öffentliche Versammlung ab. Der Vertrauensmann erstattete Bericht über die Jahresrechnung. Bei der Wahl der Verwaltung wurden die Kollegen Robert Neumann als erster Vertrauensmann und Max Hühlig als Kassierer gewählt. Zur Gaufonferenz nach Altenburg wurde Robert Neumann als Delegierter gewählt. Hierdurch wird noch einmal darauf aufmerksam gemacht, daß laut Beschluß der Versammlung am 8. Dezember 1905 vom 1. März 1906 ab pro Woche 6 s Lohnzuschlag, also 65 s pro Woche, zu entrichten sind.

**Leipzig.** Die hiesigen Maurer hielten am 20. Februar eine Versammlung im Volkshaus ab, in der der Jahresbericht

des Vertrauensmannes und die Abrechnung über die Kassen-Geschäfte entgegengenommen wurden. Aus dem Bericht war zu ersehen, daß die Bautätigkeit seine so lebhaft war, als in den Jahren zuvor. Im Jahre 1905 wurden 963 Neubauten errichtet, während im Jahre 1904 1129 gezählt wurden. Zur Mitgliederbewegung sei bemerkt: Im ersten Quartal 1905 waren 3504 Mitglieder vorhanden. Neu eingetreten sind 674, zugereicht 349, abgereicht 609, gestorben 21, ausgeschieden 4, ausgetreten 99, wegen Beitragsrückstände gestrichen 275, zum Militär 69. Demnach beträgt die Mitgliederzahl jetzt 3450. Außerdem arbeiten 1166 Mitglieder aus umliegenden Zweigvereinen in Leipzig. Wohnungswechsel erfolgte in 927 Fällen. Sterbeunterstützung wurde an 48 Personen (21 Mitglieder und 27 Frauen) ausbezahlt. Krankenunterstützung erhielten 232 Kollegen für 11 302 Tage = 1848 Wochen durchschnittlich 47 Kollegen pro Woche. Der schriftliche Verkehr umfaßte 688 Briefe und Postkarten. Zur Verendung durch die Post gelangten 6595 Kreuzbänder und 150 Pakete. Durch die Bauperron der Bauhilfsarbeiter waren 439 Kollegen in Mitleidenschaft gezogen; 70 davon wurden unterstützt. Außerdem machten sich drei Bauperron nötig. Die Ursachen waren: Mangelreglung wegen der Meisfiker, schlechte Baubude sowie schlechte Behandlung. Aus denselben Gründen erfolgten in sieben Fällen Arbeitsniederlegungen, die aber durch Eingreifen der Organisation bald wieder beigelegt wurden. Aus dem Kassenbericht, der den Kollegen gedruckt zugeföhrt ist, war zu entnehmen, daß die Einnahme M. 377 960,58 beträgt, der einer Ausgabe von M. 241 688,17 gegenüber steht. Es verbleibt also ein Kassenbestand von M. 36 272,41. Hierzu wurde bemerkt: In der Ausgabe sei diesmal ein recht großer Posten an die Hauptkasse vorhanden. Das Vermögen der Leipziger Maurer sei mit M. 387,41 zur Steuer herangezogen worden. Um nun den Kollegen Ausgaben nach jeder Seite hin zu erproben, habe der Vertrauensmann im Einvernehmen mit dem Agitationskomitee diesen Betrag an die Hauptkasse abgeliefert. Am Schluß seines Berichtes wies Kollege Verhold noch auf den Versammlungsbefehl hin, der die Kollegen verpflichtet, jede Lohnkürzung, die er vom Unternehmer hat, sofort zu melden, um gegen die betreffenden energig vorgehen zu können. Kollege Jacob bestätigte die Richtigkeit der Jahresabrechnung und berichtete über zwei Restanten. In einem Falle handelt es sich um einen Kollegen in Sindenburg, der noch M. 84 Rest hat. Dieser hat sich verpflichtet, in wöchentlichen Raten Abzahlung zu leisten. In dem anderen Falle handelt es sich um einen Kollegen in Sommerfeld. Mit dieser Angelegenheit werden sich die Kollegen noch in einer späteren Versammlung beschäftigen müssen. Als Verhinderer braucht man diese Beträge nicht zu betrachten. Aus Redner hielt die Sperren zur Erreichung des eingestrichenen Lohnes für notwendig. Auf die Anfrage des Kollegen Junold, wie die Sozialkassengelder angelegt sind und ob davon Gebet zum Volksbauhaus verwendet worden sind, entwiderte sich eine lebhafte Aussprache. Kollege Jacob gibt auf die gestellten Fragen Antwort und weist nach, wo die Gelder angelegt sind. Auch den Vorwurf, daß die Kollegen nicht befragt wurden, als die Gelder an das Volksbauhaus abgegeben sind, weist Redner zurück. Nur aus Rücksicht auf den Ankauf des „Zivil“ und auf die weitere Einrichtung des Volksbauhauses habe der Vertrauensmann so gehandelt. Das Sozialkasseninteresse erheische es, daß man solche Angelegenheiten nicht in der breiten Öffentlichkeit behandelt. Die Versammlung erteilte dem Vertrauensmann einstimmig Decharge. Zu den Vorschlägen für den Vertrauensmann wird der Summteufel abgenommen. Den Bericht vom Gewerkschaftsfaktat gibt Kollege Bauersfeld. Als Delegierte wurden die Kollegen Verhold, Koss, Kießling und Bauersfeld gewählt. Den Bericht von der Gaufonferenz erstattete Kollege Koss. Die Festlegung der Diäten für die Delegierten der Gaufonferenz wurde bis zur nächsten Versammlung zurückgestellt. Unter „Sonstige Berufsangelegenheiten“ bringt Kollege Kießling folgende Resolution ein:

Die Versammlung erklärt in betreff der zwischen „Grundstein“ und „Vormärts“ über die Haltung zu den Beschläffen des Güter Gewerkschafts-Kongresses geführten Polemik, daß diese Auseinandersetzungen nur in einer der Organisationen der Arbeiter nicht lädigen Weise geföhren werden dürfen. Sie erklärt jedoch ferner, daß die Schreibweise des „Grundstein“ diesen Rücksichten auf die Arbeiterbewegung bei der geführten Polemik nicht entprochen hat, und erwartet daher, daß in Zukunft die Diskussion derartiger Fragen streng sachlich und ohne persönliche Angriffe zu erfolgen hat.

Dito Kießling.

Hierüber entspann sich eine sehr lebhafte Debatte, in der Kollege Jacob die Anwesenden ersuchte, sich in dieser Sache nicht als Richter aufzuspielen. Zu entscheiden, wer Recht hat, „Grundstein“ oder „Vormärts“, sei schwer. Diese Frage, „politischer Massenstreik“ aus der die Diskussion und auch die Polemiken entpinnen; müsse als eine offene betrachtet werden. Ein einseitiges Urteil sei in dieser Sache noch nicht gefällt und könne auch gar nicht gefällt werden. Redner hat, die Resolution abgelesen. Während noch einige Redner für und wider die Resolution sprachen, leerte sich die Saale so, nur noch wenige blieben. Die Versammlung, so daß sich an der Abstimmung nur gegen 80 Personen beteiligten. Die Resolution wurde gegen eine recht beträchtliche Minorität angenommen.

Ein klares Bild über die Meinung der Leipziger Kollegen in dieser Angelegenheit hat demnach die Annahme der Resolution nicht ergeben.

Gleichzeitig werden die Kollegen in Kenntnis gesetzt, daß sich das Bureau von Mitte März an im „Volksbauhaus“, Zeigerstr. Nr. 2, 2. Etg., befindet.

**Gau Leipzig (Konferenzbericht.)** Am 18. Februar fand in Altenburg die Gaufonferenz statt. Sie war von 82 Delegierten aus 75 Zweigvereinen besucht. Als Vertreter des Hauptverbandes war Kollege Bömelburg, und vom Nachbargau Dresden Kollege Neumann, anwesend. Nach erfolgter Bureauwahl erstattete Kollege Jacob den Geschäftsbericht, dem folgendes zu entnehmen ist: Die Mitgliederzunahme in beiden Jahren beträgt 3392, so daß im ganzen Gau zur Zeit 10 712 Maurer organisiert sind. In beiden Jahren sind 18 Mitgliederstellen neu gegründet worden, von denen eine (Mühlitz) bereits wieder eingegangen ist. Die Zahl der Mitgliederstellen im Gau beträgt zur Zeit 93. In beiden Jahren wurden in 75 Mitgliederstellen Lohnforderungen eingereicht, davon wurden 65 durchgeföhrt. In 27 Fällen kam es zum Streit,

von denen 23 zu Gunsten der Kollegen beendet worden sind. In 28 Fällen einigten sich die Kollegen mit den Unternehmern. 20 Mitgliederstellen verzichteten auf die Durchführung der Forderung. Erreicht wurde für 18 089 Maurer 3 s Lohnzulage pro Stunde. Für 1906 Maurer eine Stunde Arbeitszeitverfügung von 11 auf 10 Stunden pro Tag. Ferner wurde für 752 Maurer eine Arbeitszeitverfügung um eine halbe Stunde, von 11 auf 10½ Stunden pro Tag erreicht. Für 154 Maurer wurde die Arbeitszeit von 10 auf 9½ Stunden abgeföhrt. Redner beleuchtet noch einige Mängel, die sich bemerkbar gemacht haben. Wenn auch in ein paar Mitgliederstellen die Enttragungen in die Kassenbücher zu wünschen übrig lassen, so müsse doch gesagt werden, daß es in dieser Beziehung besser geworden ist. Der öftere Wechsel der Vertrauenspersonen trage dazu bei, daß die Erhebung der Geschäfte nicht immer so glatt vor sich gehe. Bei Uebergabe der Kassenbücher an die neuen Kassierer müsse in allen Fällen ein Protokoll angefertigt werden. Redner kritisiert noch die bescheidenen örtlichen Unterstützungsvereine in einzelnen Zweigvereinen und weist nach, daß damit nicht das Geringste erreicht wird. Derartige Einrichtungen müßten beseitigt werden, so daß nur die Verbandsvereine Geltung haben. In der nunmehr folgenden Debatte verteidigte Kollege Müßke die Krankenunterstützung der Weisfiker Kollegen. Die Unterstützung würde aus Beiträgen gedeckt, und diese Einrichtung sei nach Ansicht seiner Kollegen deshalb kein Vorstoß gegen das Statut. Ferner führt Redner aus, daß der Gauvorstand den Weisfiker Kollegen nicht genügend Rechnung getragen habe, namentlich bei der vorjährigen Unterstützung. Kollege Jettel-Widau sprach sich in zufriedenstellender Weise über die Verfassung des Gauvorstandes aus und verbreitete sich in längeren Ausführungen noch über die Enttragungen. Redner kritisierte weiter einen Beschluß des Gauvorstandes, nach dem der Gauvorstand mit den Juidauer Kollegen nichts mehr zu tun haben will. Nachdem noch Kollege Reich-Naumburg angefragt hatte, ob die Unterstützung in Weisfischen beendet sei, ging Kollege Jacob auf die bisher gemachten Ausführungen ein und verteidigte die Haltung des Gauvorstandes in Sachen Weisfischen und Juidau, indem er die Kollegen ersuchte, alte Wunden nicht wieder aufzureißen. Hätten die Weisfiker Kollegen den Vorschlägen des Gauvorstandes Folge geleistet, so würde der Ausgang der Unterstützung ein anderer gewesen sein. Der Beschluß des Gauvorstandes in Sachen Juidau sei durch das Verhalten der Juidauer Kollegen veranlaßt worden. Er reuete sich es aber, daß die Juidauer Kollegen jetzt erklärten, daß nach dieser Seite hin eine Veränderung eintreten solle. Der Kollege Jager verteidigte die in Weisfischen bestehenden Unterstützungen. Der Kollege Dege-Galle führt aus: Wenn in manchen Zweigvereinen die Sozialkassengelder zur Agitation nicht ausreichten, so trügen die hohen Ausgaben für Kartelle und Arbeitersekretariate ufm einen großen Teil Schuld. Redner wünschte, daß hierin eine Besserung eintrete. Mit der Tätigkeit des Gauvorstandes ist Redner einverstanden. Nur zum Kassenbericht meinte Redner, daß es richtiger sei, wenn der Posten, Entschädigung für entgangenen Arbeitsverdienst, spezifiziert werde. Die hohen Ausgaben für Jagdgelde und Diäten legten Zeugnis ab für die vielen Reisen des Vorstandes. Immerhin wäre doch zu prüfen, ob es nicht richtiger sei, daß der Gau geleitet werde. Redner verteidigt den Ton in dem Verleir einiger Zweigvereine mit dem Gauvorstand.

Kollege Bömelburg sprach sich über den Eindruck, den die Konferenz auf ihn gemacht hat, aus. Wenn einige Klagen über den Gauvorstand geäußert worden seien, so sei das erklärlich; denn einen Verband, der es jedem recht mache, gebe es nicht. Der Verleir mit dem Gauvorstand werde durch die Verhältnisse gegeben. Am ungeduldigsten seien die Kollegen, die eine Lohnbewegung befohren hätten. In diesen Fällen sollten sich die Kollegen doch einen besseren Ton aneignen. Ohne gegenseitige Erziehung geht es in der Arbeiterbewegung nicht. Zur Weisfiker Unterstützung übergehend, bestritt Redner den Realcharakter der Taktik der Organisation zu kritisieren, wie es z. B. im „Halleischen Volksblatt“ geschehen sei. Auch Kollege Bömelburg verurteilt das Föhren von zweierlei Kassen (einer Sozialkasse und einer sogenannten Vermögenskasse), dies hätte schon öfter zu Klagen Veranlassung gegeben. Regelmäßige, besonders nicht statutarische Unterstützungen am Orte seien zu verwerfen. Der Verband habe genügende Unterstützungen, wodurch die Pflicht der Organisation, zu unterstützen, erfüllt sei. Mehr sei nicht nötig, wenn nicht die Organisation ihren Kampfscharakter verlieren sollte. Am gefährlichsten sei die Erhöhung der Unterstützungsätze durch örtliche Zuwendungen. Wir müßten dafür sorgen, daß unser Verband eine Kampforganisation sei und bleibe. Die Wünsche der Kollegen, die Gauvorstand öfters einmal in den Versammlungen zu sehen, könnten nicht erfüllt werden, weil die Geschäfte des Vorstandes es nicht gestatten. Er selbst sei im vorigen Jahre allein an 244 Tagen bereist gewesen. Ob dieses für den Verband gerade gut sei, sei eine andere Frage. Redner schloß mit der Mahnung, man möge Hand in Hand mit dem Gau- und Hauptverband gehen, dann würden wir auch vorwärts kommen. Kollege Wisthum-Vöhlberg war mit den Ausführungen Bömelburgs nicht recht einverstanden. Er warf weiter dem Gauvorstand vor, in Geta nicht forreft gehandelt zu haben. Der Gauvorstand hätte Ueberstunden zugelassen, wo die Kollegen sich anders entschieden hätten. Kollege Jacob stellte die Behauptungen richtig und betonte, daß ohne kein Betragen Ueberstunden gemacht wurden. Wenn man etwas behaupte, wie es Kollege Wisthum getan habe, so müsse man auch die Beweise dafür erbringen können. Kollege Kähler-Lauda führte aus, daß auch die Kollegen in den kleinen Orten verdienen gelobt zu werden, denn die Kleinarbeit würde doch nicht von dem Gauvorstand gemacht. Kollege Gießling bemängelte bei dem Kassenbericht die Summe, die für Weisfischen und Diäten gezahlt worden ist, und wünschte eine spezifiziertere Abrechnung. Kollege Verhold gab Auskunft über den Kassenbericht und wies die von Gießling und Dege gemachten Vorwürfe zurück. Die Aufstellung der Abrechnung sei nach den vom Hauptverband herausgegebenen



Formularen erfolgt. Auch nahm Redner den Gaudiorand in Schutz. Die Mitglieder des Gaudiorandes hätten das Bemühen, ihre Pflicht erfüllt zu haben. Redner gibt die Orte bekannt, die noch nach Auffüllung der Abrechnung Gaudieinträge eingeleitet haben. Ferner wünschte Kollege Berthold, daß die Gelder nur an den Kassierer gesandt werden.

Der Kassierer, Kollege Fischer, konstatierte, daß er bisher und beiseite in bester Ordnung gefunden habe, auch sei der Kassenbestand nachgewiesen worden. Er beantragte, dem Kassierer Decharge zu erteilen.

Dieser Antrag vom Kollegen Bismarck auf den ganzen Gaudiorand ausgehend, wurde einstimmig angenommen. Ueber Agitation und Lohnbewegung referierte Kollege Jacob. Er führte aus, daß aus dem Gaudiorand hervorgehe, wie die Organisation bei den Lohnbewegungen abgeschnitten habe. Es sei erstens, daß wir nur wenig Streiks verloren haben. Ein recht großes Gewicht sei darauf zu legen, daß man bei sämtlichen Lohnbewegungen mit einer größeren Macht einsteige. Redner wies auch auf den Leitartikel der Nr. 6 des „Grundstein“ hin, in dem recht beachtenswerte Ausführungen enthalten sind. Grundpaß müsse aber bleiben, daß neben der Erhöhung des Lohnes auch die Verkürzung der Arbeitszeit gefordert werde. Wenn in allen Fragen die Kollegen mit dem Gaudiorand gemeinsam handeln, so würden die Erfolge nicht ausbleiben.

Zur Agitation bemerkte Redner, daß im Monat März ein Flugblatt vom Hauptvorstand herausgegeben wurde. Damit sollen Verbreitung recht ergötzt werden, müßten die Kollegen jetzt schon die nötigen Vorarbeiten machen. Bei der Agitation in diesem Jahre könne es sich nur darum drehen, in den Orten vorzugehen, wo schon Mitgliebschaften bestehen und die Zahl der Organisierten in seinem Verhältnis steht zu der Zahl der Beschäftigten. Ferner solle auch der Befreiungsfrage eine größere Beachtung geschenkt werden, und würden in dieser Sache noch Erhebungen angestellt werden. Kollege Bismarck ergänzte diese Ausführungen und wünschte, daß in den Orten Plauen, Chemnitz und Zwickau alles aufgegeben werde, um die geschilderte Arbeitszeit zu erzwingen. Ueber den Wert der verkürzten Arbeitszeit solle im August eine Broschüre im Preise von 10 J. vertrieben werden. Redner macht noch einige Vorschläge zur Agitation und verpackt, die Kosten dafür auf die Gaudieinträge zu übernehmen. In solchen Fällen sei das Einverständnis mit dem Gaudiorand erforderlich. Die Teilung des Gaudies, wie sie von den Kollegen aus Halle gewünscht werde, müsse mit Rücksicht auf die geographische Lage und auch aus Zweckmäßigkeitsgründen unterbleiben. Ferner rügte Redner das statutenwidrige Verhalten der Kollegen in Greiz in Sachen der Gaudieinträge. Die Delegierten aus Halle, Zwickau, Glauchau und Döitzsch berichteten über örtliche Verhältnisse und erwarteten zur Vereinerung einer besseren Agitation Zuwendungen aus der Gaudieinträge. Zum Punkt: „Allgemeine Anträge“, beschloß die Konferenz, dem Antrag Plauen, Festsetzung der Agitationsgebiete der einzelnen Zweigvereine, stattzugeben. Der Antrag Halle, über die Teilung des Gaudies forderte, wurde zurückgelehnt. Die anderen Anträge aus Naumburg, Weidenau und Mülsen hatten sich durch die Tagesordnung schon erledigt oder es mußte ihnen, weil statutenwidrig, die Unterstützung versagt werden. Auf Antrag Bismarcks wurde beschlossen, das Gehalt des Vorstehenden vom 1. Mai vorigen Jahres ab auf monatlich 170 J. zu erhöhen.

Die Neuwahl des Gaudiorandes ergab folgendes Resultat: Kollege Jacob, Vorsteher; Kollege Berthold, Kassierer; Kollege Koch, Schriftführer; Weisiger: die Kollegen Riehl-Weigand und Riehl-Galle. Als Revisoren wurden die Weigiger Kollegen Fischer, Fischer und Sieblich gewählt.

Damit erreichte die Konferenz um 6½ Uhr ihr Ende.

**Gau Mannheim. (Konferenzbericht.)** Eine Konferenz des Gaudies Mannheim tagte am 11. Februar im Restaurant Möhrlein in Karlsruhe. Betreten waren 24 Zweigvereine durch 32 Delegierte. Vom Gaudiorand waren fünf Kollegen und als Gäste G. Stoll, Vertreter des Gaudies Stuttgart, G. Fischer, Vertreter des Verbandes der Bauarbeiter, vom Hauptvorstand Kollege Bismarck erschienen. Mit einer Begrüßung der anwesenden Delegierten wurde die Konferenz um 10½ Uhr durch den Kassierer Horter eröffnet. Kollege Horter sprach hierauf seine Zufriedenheit über die Entwicklung seines Gaudies seit der letzten Konferenz aus. Besonders Karlsruhe habe sich so entwickelt, daß eine Mitgliederzunahme nicht mehr zu erwarten sei. In bezug auf Klassenlöhne geht unser Bezirk zu den schlechtesten des Deutschen Reiches, da wir nicht weniger als 35 Lohnklassen zu verzeichnen haben. Auch über Druck- und Maschinenlöhne wurde seitens Horters Klage geführt, da immer noch verschiedene Zweigvereine die Abrechnung und das Abschicken der Gelder nicht rechtzeitig besorgen. Er habe deswegen Zirkulare verfaßt, worin die Zweigvereine aufgefordert werden, die Gelder monatlich abzugeben, wie dies das Statut vorschreibt. Für die Zukunft müßten die Vorstehenden sowie die Revisoren bei Kassenmanövern ebenfalls zur Verantwortung gezogen werden; auch die Kassastatistiken müßten jede Woche abgerechnet, was ganz besonders den Kassierern zur Kenntnis dienen möchte. Sollte dieses ferner keine Beachtung finden, so würden vom Gaudiorand Revisionen auf Kosten der Zweigvereine angeordnet werden. Infolge der Erhaltung unserer Organisation hätten sich auch die Unternehmer organisiert, was gerade nicht zu bedauern sei, da bei Lohnbewegungen dann besser zu verhandeln sei. In elf Zweigvereinen haben die Unternehmer im letzten Jahre unsere Organisation anerkannt, und weitere werden noch folgen; der Einfluß in den einzelnen Orten ist groß. Die Kollegen müßten sich also organisieren und dafür sorgen, daß ihre Organisation anerkannt werde. Den Christlichen schenkt Horter keine Beachtung, er erstucht die Delegierten, ihm darin nachzugeben. Im Seidenberger Gebiet seien die Christlichen zum großen Teil zu uns übergetreten; er glaube auch, daß die übrigen in kurzer Zeit folgen werden. In Speyer haben sie sich als Streikbrecher entpuppt und sind nachträglich vor Gericht als Zeugen gegen unsere Kollegen aufgetreten. In unserem Gau haben

die Christlichen nicht viel zu hoffen, denn Unter- und Oberwald haben wir im Besitz; es könne höchstens der Schwarzwaldbau in Frage kommen. Jedoch auch hier sei der Boden für die Christlichen ungünstig. Sozialorganisationen haben wir soviel wie gar keine zu verzeichnen; einige Maurer sind schon 15 bis 20 Jahre bei den Christlichen-Darlehenskassen organisiert. Horter hat ihnen gesagt, sie möchten nur ruhig dabei bleiben, denn diese Organisation hätte für uns keine Bedeutung und werde auch keine gewinnen. In bezug auf Verrechnung zeigen die Kollegen zu wenig Energie. Horter verweist dabei auf die Bauarbeiterstatutenbestimmungen, die in Broschürenform zum Selbstkostenpreis von 10 J. herausgegeben wurden, so daß es jedem Kollegen möglich ist, in den Besitz einer solchen Broschüre zu gelangen, und demnach gäbe es heute noch eine Anzahl Kollegen, die es nicht für nötig halten, sich eine Broschüre zu beschaffen; die Schuld sei auch viel den Zweigvereinen zuzurechnen, die die Sache nicht genügend unterstützen. Was in frühere Jahre nachgeholt wurde, müsse unbedingt in diesem Jahre nachgeholt werden. Einzelne Zweigvereine waren zu wenig beachtet, sich selbständig zu machen; die Zahlstellenverhältnisse müßten mehr den „Grundstein“ und Broschüren lesen, dann könnten sie auch die Veranlassungen leichter gestalten. Da der Kassastatist nicht anwesend war, so ersuchte Kollege Horter die Delegierten, sich auf den Kassenbericht im „Grundstein“ zu beschränken, womit sich die Delegierten zufrieden gaben. Hierauf wurde der Kassenbericht vom Kollegen Horter verlesen und gleichzeitig einzelne Zweigvereine ersucht, die Gaudieinträge zu entrichten, hauptsächlich die größeren Zweigvereine sollten mehr Disziplin zeigen. Der Hauptvorstand sei zu verschiedenen Zweigvereinen mit der Anstellung von Beamten entgegenkommen; die Zweigvereine, deren Kassenlisten nicht genügend fundamantiert sind, möchten einen Zuschlagsbeitrag einführen, damit sie ihre Ausgaben selbst besorgen und sich einen Reservefonds schaffen könnten. Alsdann gelangte ein Antrag des Zweigvereins Karlsruhe zur Verlesung, der so lautet:

„Den Zweigvereinen, die zwei bezahlte Kollegen haben, und die ihr Agitationsgebiet auf mehr als 25 km im Umkreis, vom Hauptort gerechnet, ausdehnen, sollen die dadurch entstehenden Unkosten bei der Entrichtung des Gaudieintrages in Anrechnung gebracht werden.“

Kollege Philipp begründete diesen Antrag folgendermaßen: Seit Beginn des Jahres bis zu 105 km aus. Das über 25 km hinausgehende Gebiet des Gaudiorandes und müsse auch von diesem bearbeitet werden, aber, die Kosten der Bearbeitung müßten aus der Gaudieinträge bezahlt werden. Aus diesem Grunde habe er den Gaudieintrag nicht befragt; wenn er aber bezahlt werden müsse, so weigere er sich nicht, er werde aber dann dem Gaudiorand für Bearbeitung seiner Orte Rechnungen schicken. Kollege Bismarck glaubt annehmen zu dürfen, da sich weiter niemand zum Wort gemeldet hat, daß die Kollegen mit dem Gaudiorand zufrieden sind, ebenfalls sei auch er mit ihm zufrieden. Er erinnere die Kollegen an die traurigen Zustände, die noch vor zwei bis drei Jahren hier geherrscht haben und wie es mit der Opferwilligkeit bei den Kollegen aussah; die Kollegen hätten damals die Beiträge geschildert. Es habe sich jedoch herausgestellt, daß mit der Beitragsregulierung auch die Mitgliederzahl gelitten sei. Dem Kollegen Horter sowie den Kollegen, die bei der Agitation behauptet waren, sich Anerkennung auszusprechen. Was die Sache Karlsruhe anbelangt, so müßte der Gaudieintrag für 1905 nachgezahlt werden; für spätere Fälle müßten sich die Zweigvereine mit dem Gaudiorand verständigen. Philipp-Karlsruhe wünscht die natürliche Grenze seines Bezirkes festzusetzen, erkläre sich aber bereit, den Gaudieintrag für 1905 zu bezahlen und zog dann seinen Antrag zurück.

Revisor Niedwoc erklärte die Abrechnung für richtig und beantragte, dem Gaudiorand Dedache zu erteilen. Dem Antrag wurde Folge gegeben. Kollege Horter machte hierauf die Mitteilung, daß er im vorigen Jahre die rechnerisch tätigen Kollegen zweimal aufgemuntert habe. Es sei der Wunsch laut geworden, öfter solche Zusammenkünfte zu veranstalten; auch er finde es für notwendig, wenigstens im Frühjahr und Spätherbst zusammenzukommen; ein Bescheid könne allerdings nicht herbeigeführt werden. Er schlage deshalb der Konferenz vor, dem Gaudiorand das Recht einzuräumen, die Redner zusammenzurufen, wenn die Notwendigkeit dazu vorhanden ist. Die Kollegen Vogt und Philipp wünschten, an den Zusammenkünften einen mittleren Ort zu wählen; die Zweigvereine hätten die Kosten zu bezahlen. Ein Antrag des Zweigvereins Karlsruhe, von jeder innerhalb eines Zweigvereinsgebietes liegenden Stadt soll in Zukunft je ein Delegierter zu den Gaudienkonferenzen entsandt werden, wurde abgelehnt. Einen weiteren Antrag, der Gaudiorand soll seinen Sitz in einer Stadt haben, in der es nicht möglich ist, in Zukunft einen Lokalbeamten anzustellen, verschied Offenbar über Landau, begründete Philipp damit, daß in den genannten Orten noch eine große Zahl von Indifferents vorhanden sei. Wenn der Sitz des Gaudiorandes dorthin verlegt werde, könne der Gaudiorand dieses Recht einwillen bearbeiten. Bismarck sprach gegen den Antrag. Am Orte des Kassierers müssen auch Kollegen vorhanden sein, die die Fähigkeit besitzen, den Kassierer zu vertreten. Je minimaler die gewerkschaftliche Bewegung an einem Orte sei, desto unmöglicher sei es, den Sitz dort zu errichten. Der Antrag wurde von dem Kollegen Philipp hierauf zurückgelehnt.

Nach der Mittagspause besprach Kollege Horter zunächst die Statistik bei Lohnbewegungen. Die Lohnbewegungen waren die letzten Jahre äußerst lebhaft. Von 30 Zweigvereinen hatten im Jahre 1905 17 Lohnbewegungen. In 11 Zweigvereinen und 6 weiteren Orten wurden Tarife abgeschlossen. Die Tarife umfassen 40 Orte. Für 11000 Maurer wurde eine durchschnittliche Lohnerhöhung von 6 J. pro Stunde erreicht; für 5000 wurde die Arbeitszeit vergrößert. In 33 Orten wurde noch über zehn Stunden gearbeitet. Hier müßte aber allem im Jahre 1906 darauf gesehen werden, daß die Arbeitszeit auf zehn Stunden beschränkt werde. Im Jahre 1905 wurde in ganz radikaler Weise in einzelnen Orten die geschilderte Arbeitszeit durchgesetzt, indem beschlossen wurde, um 6 Uhr aufzuhören; der Beschluß wurde auch einmütig zur Durchführung gebracht. Redner kam dann auf die Vorarbeiten der Lohn-

bewegungen zu sprechen und gab eine übersichtliche Erläuterung über Beginn des Streiks, was zu seiner Führung notwendig ist, wann der Streik abgebrochen werden muß und wie die Arbeit aufzunehmen ist. Vor allem aber dürfe ohne Genehmigung des Gaudiorandes nichts unternommen werden. Kollege Vogt hatte das Referat über die Agitation übernommen. Die Ausdehnung der Agitation habe gegen früher bedeutende Fortschritte gemacht; der heutigen Mitgliederzahl entsprechend müßte also das Gaudieintrage, daß es möglich sei, zu organisieren. Der Referent gab die Zahl der organisierten Kollegen von jedem Zweigverein bekannt und gleichzeitig die Zahl derjenigen, die dem Verbande noch fern seien. Ferner machte er Vorschläge, wie die Indifferents am besten dem Verbande zuzuführen sind. Um die Verlegung und Aufführung der Mitglieder möglichst zu fördern, sei es notwendig, daß sie viele gute Bücher lesen. Außerdem müßten möglichst viele Veranlassungen abgehalten und den einzelnen Beistellenden Redner zur Verfügung gestellt werden. Auch die Verbreitung von Flugblättern sei zu empfehlen. Um die Christlichen solle man sich im allgemeinen nicht kümmern. In die Zweigvereinsgebiete, die keine Beamten haben, seien viel leicht einige rechnerisch Beauftragte auf drei bis vier Wochen zu senden, um sie zu bearbeiten. Kollege Philipp besprach das Baudelegiertenystem und ersuchte um seine bessere Ausgestaltung, denn gerade durch die Baudelegierten könne die Agitation gefördert werden.

In den Gaudiorand wurden gewählt: H. Horter, Vorsteher; A. Müller, Kassierer; E. Gierke, Weisiger; H. Niedwoc, Bismarck, A. Fischer, Revisoren. Das Gehalt des Kassierers wurde mit Rückwirkung vom 1. Mai 1905 um 20 erhöht, weil der Kollege Horter den übrigen Gaudioranden gleichgestellt sein soll. Dem Kassierer wurde für seine dreijährige Tätigkeit eine Gratifikation von 100 gewährt. Mit Wirkung des Beschlusses vom 11. Februar 1906 wurden die Plätze wie folgt festgesetzt: Für einen Tag, mit Übernachtungen auf 1 J., für einen Tag ohne Übernachtungen auf 5 J. und für einen halben Tag ohne Übernachtungen auf 3 J.

Hierauf wurde die Konferenz mit einem Hoch auf die deutsche Maurerbewegung geschlossen.

**Messe.** Am 19. Februar hielt unser hiesiger Zweigverein eine gut besuchte Mitgliederversammlung ab. Kollege Günther legte den Mitgliedern die Verhandlung der Kommission mit den Unternehmern auseinander. Die Unternehmern wollten sich auf die von uns gestellte Forderung nicht einlassen. Sie wollten vielmehr den Stundenlohn auf 32 J. herabsetzen. Es wurde beschlossen, an dem geforderten Stundenlohn von 35 J. festzuhalten. Als Delegierter zum Gaudieintrag nach Bremen, der am 25. März stattfindet, wurde Kollege Heinrich Aufmann gewählt.

**München.** Sonntag, den 7. Februar, hielt der hiesige Zweigverein eine Generalversammlung in Neu-Langertisch ab, die nicht gut besucht war. Der Kassierer verlas zuerst den Kassenbericht vom vierten Quartal und die Jahresabrechnung. Beide wurden von den Revisoren bestätigt. Sodann wurde nochmals über den Lohnsatz diskutiert und dieser einer kleiner Verenderung unterzogen, weil sich von den Bauunternehmern einige Weigerungen, ihn so zu unterschreiben. Die Wahl eines Delegierten zu der Konferenz nach Berlin fiel auf den Kollegen Vogt, an dessen Stelle im Fall einer Krankheit Kollege Gasse tritt. Für Reisekosten und Beherbergungskosten wurden 6 bewilligt. In „Verschiedenes“ wurde beschlossen, bei einer Verdringung bei jeder Kollege zu erscheinen; die Kollegen, die nicht daran teilnehmen und keinen triftigen Grund dafür haben, sollen 4 zahlen. Zum Schluß machte der Vorsteher darauf aufmerksam, daß die Lokalpreise aufrecht erhalten wird.

**Mülheim a. d. Ruhr.** In der „Baugewerkschaft“ Nr. 8 befindet sich ein Artikel mit der Überschrift: „Wie die „Freien“ agitieren“. In diesem wird uns ein Schauermerk erzählt, wie doch die armen „Christen“ von der teuflischen roten Gesellschaft aufgefressen werden sollen. Anlaß hierzu ist, daß der Kollege Reinhold Schenkerbort aus dem christlichen Verbande zu uns übergetreten ist. Wenn der Schreiber in der „Baugewerkschaft“ von einem Diebstahl schreibt, so ist dieses doch etwas zu stark, um es so durchschauen zu lassen. Der betreffende Kollege ging bei einer Festlichkeit mit mehreren seiner Landsleute in unser Verkehrslokal, wobei es, wie von organisierten Kollegen nicht anders zu erwarten, das Gespräch auf die Organisation kam. Benannter Kollege erklärte sich bereit, zu uns überzutreten, wenn ihm eine Verbandskarte in der christlichen Organisation angeteilt würde. Da unsere Kollegen keine Hamamelde sind, sondern Leute, die ihre Organisationskarte kennen, so konnte den Kollegen ein zugehörige Antwort gegeben werden. Es ist also deshalb selbstverständlich, daß das Bau- u. Kollege Schenkerbort es nicht zurückzuerlangen, der Zweigvereinsleitung übergeben wurde und diese den Lebertritt bevorzugen sollte. Es ist also Dummheit oder Schlägigkeit, von Diebstahl zu reden, weil der Kollege anstandslos seine Identifizierung bewies; würde dieses Verstoß vorhanden sein, so würde sich der Kollege schwer hüten, bei den Personen, die ihn bestohlen haben, auch noch Beiträge zu zahlen. Der Grund seines Austritts ist vielmehr, wie wir der Kollege erst vor ein paar Tagen sagte, die unpolitische und schlechte Behandlung, die er von seiner früheren Organisation erdulden mußte. Dieses der wahre Sachverhalt, berichtet „Christ“. Weit wir nun einmal dabei sind, wollen wir auch gleich noch eine alte Abrechnung beilegen. Im vorigen Frühjahr erklärte mir ein Kassastatist, daß ein Teil der Mitglieder in seinem Bezirk „neue Mitgliedsbücher“ und zwar vom christlichen Verband in Händen hätte. Auf Nachfragen stellte sich heraus, daß der christliche Kollier, Leuren, Angedenken seitens der christlichen Organisation, den Kollegen unsere Wider abgenommen und ihnen christliche wieder ausgeteilt hatte. Auf Vorstellung eines übergeschriebenen Kollegen wurden die Bücher nicht zurückgegeben. Tatsache ist, daß jetzt verschiedene wieder zu uns übergetreten sind. Als in einer öffentlichen Versammlung von uns dieses unter Angabe des Namens gekennzeichnet wurde, stellte man sich dumm. Als man in dieser Sache dem Vorstand der christlichen Organisation mit Beteilen dienen wollte, erklärte Kollier, daß dieses von seiner Or-



ganisation abgelehnt sei. Wie nennt man ein solches Vorgehen mit dem richtigen Namen, verehrte Zentrums-Christen? Weiter ist es wohl angebracht, noch einen Fall am evangelischen Vereinshaus der Vergessenen zu entdecken. Als nach langen Hin- und Herreden zwischen einem Zentral- und christlichen Verbändler, ersterer sein Buch vorzeigte, war schnell der andere bereit, ihm dieses abzunehmen, doch wurde dem „Christen“ so deutlich, wenn auch nicht mit dem Jaunpfeil, so doch durch ein anderes Mittel zu verstehen gegeben, daß er an die falsche Adresse geraten sei. Wir hätten von allem diesen kein Wort fallen lassen, wenn man von jener Seite nicht solche Dinge aufgetischt hätte. Staust Du meinen Juden, hau ich Deinen! Wir werden in Zukunft in derselben Weise verfahren. (Anmerkung der Redaktion: Wir haben selbstverständlich nichts dagegen, wenn die Rügen der „Baugewerkschaft“ als solche gebrandmarkt werden, nur meinen wir, daß man damit nicht unser Blatt belasten sollte. Man sollte vielmehr in allen Fällen, wo die „Baugewerkschaft“ von der Wahrheit abweicht, dieses ehle Blatt auf Grund des Freigeistes zwingen, den wahren Tatbestand zu bringen. Wir meinen, dies sei das beste Mittel, die „Christen“ zur Wahrheit zu erziehen.) Es hat sich aber auch jetzt schon in Mülheim gezeigt, welche Organisation sich bei dem Unternehmertum Respekt zu verschaffen weiß. Wir werden auch ferner darauf hinarbeiten, daß jeder etwas denkwürdige Kollege solcher Organisation den Rücken leitet und sich dem Zentralverband anschließt. Möge dann die Handvoll vereinigter Zentrumsgelehrter so lange wellen, als es ihr Spaß macht.

**Mülheim a. d. Ruhr.** Freitag, den 16. Februar, tagte hier im Gewerkschaftshaus eine außerordentliche Mitgliederversammlung. Zunächst hielt Kollege Kinderbater einen einleitenden Vortrag über das Thema: „Arbeitsmoral und Arbeiterklasse“. Redner führt aus, das Gebahren eines Teiles der Unternehmer am Orte, insbesondere das Verhalten und die Tätigkeit des Maurermeisters Groß, treibe ihn dazu, dieses Thema zu behandeln. Nachdem sich die Arbeiterorganisationen eine machtgebende Stellung gegenüber den Unternehmerorganisationen errungen hätten, und ein Teil der Unternehmer zu der Einsicht gekommen war, daß auf die Dauer nichts gegen die Arbeiterorganisationen auszurichten sei, versuchten sie es mit einem anderen Mittel, um einen Teil zwischen die Arbeiter zu treiben und Uneinigkeiten unter ihnen hervorzurufen. Insbesondere versuche es Meister Groß, in seinen Gefellen die Schuchst nach der guten alten Zeit nachzurufen. Er erzähle ihnen, wie es damals doch so schön gewesen sei; es hätte da wenigstens noch etwas Harmonie zwischen Meistern und Gefellen bestanden. Jetzt sei es anders geworden. Die Gefellen möchten sich doch einmal ihre Kränkel ansehen, wie weit es damit gekommen sei; sie könne kaum noch bestehen. Herr Groß stellte es so hin, als ob die bösen Verbandsgesellen, die im Vorhinein gefesselt haben und noch sitzen, schuld hieran seien. Kollege Kinderbater führte demgegenüber aus, daß nur die Unternehmer allein im Grunde mit der Regierung daran schuld seien, daß eine Harmonie zwischen Kapital und Arbeit nicht mehr bestehe. Auch habe es die wirtschaftliche Entwicklung mit sich gebracht, daß es jetzt anders sei. An Stelle der Handwerksbetriebe, in welchen früher die Meister zum größten Teil noch mit arbeiteten, seien jetzt große Fabrikbetriebe und Unternehmungen getreten. Diese Unternehmungen würden von Direktoren und Meistern geleitet, so daß die Arbeiter manchmal den Unternehmer nicht einmal kennen. Auch habe heute der Unternehmer kein Mitgefühl mehr mit den Arbeitern. Er heute sei nach allen Regeln der Kunst aus und bekümmere sich den Teufel darum, ob es dem Arbeiter gut oder schlecht gehe. Im Gegenteil, wenn er nicht mehr genug leisten könne, werke man ihn aufs Pfahle. Wenn man sich jetzt das Verhalten der Regierung und der gegnerischen Parteien ansehe, dann würden den Arbeitern die Augen schon geöffnet werden. Man lasse es den Arbeiter so recht spüren, daß er zur Klasse der Rechtlosen gehöre. Man habe in unserem lieben Vaterlande wohl Pflichten zu erfüllen, aber man habe keine Rechte. Die fortwährende Verschlechterung des Wahlrechts zu Ungunsten der Arbeiter sei der beste Beweis dafür. Ferner solle man sich jetzt die Folgen des Zolltarifs ansehen: statt daß sich der Arbeiter besser nähren und fleiden könne, trete jetzt das Umgekehrte ein. Die Folge davon sei, daß der Konsum zurückgehe, und das rufe große Arbeitslosigkeit hervor. Rot und Glend sei die Zukunft des Arbeiters. Daß ein Teil der Unternehmer angesichts einer solchen Situation den Versuch mache, Moralpredigten zu halten, um die Arbeiter zur Umkehr zu bewegen, sei ein unsinniges Beginnen. Ebenso, wie es unsinnig sei, christliche Organisationen zu gründen, nachdem sich die freien Gewerkschaften zu einer solch kolossalen Stärke entwickelt hätten. Diese Gegenorganisationen würden nur gegründet, um dem Unternehmertum Genterdienste zu leisten. Der größte Teil der Arbeiter habe aber seine Lage erkannt, und sein Mittel würde ihn abhalten von dem Kampfe für bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen, für Freiheit und Recht. Vor allem aber müsse der Kampf und Beutegut der herrschenden Gesellschaft, der in dem Sozialist zum Ausdruck komme, damit beantwortet werden. Lohnforderungen zu stellen, um einen Ausgleich herbeizuführen. Ungeheure Kämpfe würden geführt werden müssen. Wir aber müßten beizeiten daran denken, unsere Kriegslage zu füllen; denn zum Kämpfen gehöre auch Geld. Klaren Blickes müßten wir in die Zukunft schauen, dann würden uns auch Erfolge sicher sein. Welcher Beifall lohnte den Redner für seine Ausführungen. Hierauf wurde die Einführung einer Einheitsmarke von 40 s beschlossen. Die Sozialdemokraten werden also abgeschafft. Die Kollegen bezahlen infolgedessen pro Woche 2 s oder pro Jahr bei 40 Beitragswochen 80 s mehr. Im Winterbierkeller wird demnach nichts mehr bezahlt. Die Notwendigkeit dieser Regelung wurde damit begründet, daß sich ein Teil der Kollegen geweigert hat, den bisherigen Sozialdemokratismus von monatlich 10 s zu bezahlen. Dies müsse anders werden; es müsse heißen: „Gleiche Brüder, gleiche Rappen.“ Wir müßten in Zukunft darauf bedacht sein, mehr Agitation zu betreiben, wir müßten hinauswachen aufs Dorf, damit auch diese Kollegen der Organisation zugeführt würden. Bei der Karlsruher

zung im nächsten Jahre müßten wir geschlossen dastehen. Der Vorsitzende schloß die Versammlung mit dem Wunsche, daß die Versammlungen, die namentlich wieder Freitags stattfinden, regelmäßig und zahlreich besucht werden möchten.

**Moskau.** Die hiesigen Mitglieder haben beschlossen, eine Forderung an die Meister zu stellen. Der Lohn soll von 42 s auf 45 s pro Stunde erhöht und die Arbeitszeit von 10 auf 9½ Stunden vermindert werden. Ferner soll auf jedem Neubau eine Baubank mit Tisch und Stühlen vorhanden sein, ebenso Aborte und Verbandskasten mit Verbandslophen. Für Landarbeit wird ein Stundenlohn von 38 s nebst voller Verpflegung gefordert. Wird weiter als 7 Kilometer im Umkreis gearbeitet, so wird ein Randgeld von 5 s pro Kilometer bezahlt. Maßregelung darf unter keinen Umständen stattfinden.

**Moskau.** Am 18. Februar fand hier eine außerordentliche Versammlung unserer Zweigvereine statt. Es war nicht gut besucht. Die Kollegen von Soltsien, von denen nur ein Kollege erschienen war, halten es nicht für nötig, eine Versammlung zu besuchen. Ihnen wäre sehr zu empfehlen, daß sie einmal einer Versammlung beizuwohnen würden; denn von den 38 s Kollegen findet sich nicht einmal einer bereit, den „Grundstein“ zu verbreiten. Als Delegierte nach Hannover wurden die Kollegen Bölling und Kaufhold gewählt. Hierauf wurde über eine Agitationstour nach Gießen gesprochen; zwei Kollegen erklärten sich bereit, diese Arbeit zu übernehmen. Außerdem wurden dem Kollegen Made aus Gießenheim 4 s für die Sporthilfe bewilligt. In „Verständnis“ ermahnte der Vorsitzende die Anwesenden zum fleißigeren Besuche der Versammlungen und schloß dann die Versammlung um 6 Uhr.

**Winn.** (Zum Kapitel „Vereins- und Versammlungsrecht in Preußen.“) Der Herr Bürgermeister Wöhlert in Wintke hat gerührt, den Gastwirt Bruck selbst zu beschreiben, sich am 31. Januar nach seiner Amtshube zu verfügen. Dort eröffnete er ihm, daß er sein Lokal nicht mehr den Maurern zu Versammlungen zur Verfügung stellen dürfe, denn diese seien „Demokraten“, die hätten Flugblätter und Agitationskaleender in ihrem Besitz und dies gefährde die Ordnung, Religion und gute Sitte. — Der Gastwirt hat aber seine Kundschaft in der Arbeiterklasse und wagte das gegen den Stadl-gewaltigen zu erwidern. Der Stadlherzog von Winn stellte aber dem Gastwirt in Aussicht, daß er, wenn er sein Lokal nochmals hergebe, Konfessionszwangslos zu gewähren habe. Bruck mußte versprechen, seine Künste leeren zu lassen. Eine halbe Stunde später erschienen die übrigen Lokalbesitzer. Ihnen wurde eröffnet, daß, wenn sie ihre Lokale ebenfalls nicht den Maurern gäben, dann die Demokraten vernichtet seien. Die Wintke Arbeiter glauben nun, es werde durch die Weisheit des Stadl-oberhauptes gelingen, den Arbeitern bis ans Ende der Welt nach ihrem Wohlgefallen das Recht über die Ören zu geben. Auch die Kollegen in Grünberg i. P. sollen führen. Seit Jahren einen Kampf um ein Lokal. Haben sie einmal eus, so werden die schloßeliten Mittel angewandt, um es ihnen wieder zu entreißen. In letzter Zeit hielten sie in Samter (13 km von Grünberg) ihre Versammlungen ab. Dies Lokal hat jetzt einen neuen Besitzer erhalten. Bei Zustellung des Konfessions wurde diesem Lokalbesitzer angezeigt, daß der Konfessions abhängig gemacht würde, daß der Saal zu Arbeiterversammlungen nicht mehr hergegeben wird. Wenn die Herren Reichsgelehrten denken, daß sie damit die Arbeiterbewegung erfolgreich können, so mag ihnen gesagt sein: wenn sie bereits verkauft sind, wird der Zentralverband der Maurer Deutschlands noch immer wirken und kämpfen gegen Unterdrückung und Ausbeutung, auch in der „Schmar.“

**Karlsruhe.** Sonntag, den 18. Februar, hielt der hiesige Zweigverein eine außerordentliche Mitgliederversammlung ab, in der Kollege Hanke aus Berlin über die Schäden der Affordarbeit in unserem Bezirk referierte. Da im vorigen Jahre die Affordarbeit hier am Orte einen Höhepunkt erreicht hatte, wie noch nie zuvor, so war es ein brennendes Bedürfnis geworden, diesen Auswüchsen Einhalt zu gebieten. Dem ausgezeichneten Referat schloß sich eine äußerst lebhaft Debatte an, in der die meisten Redner dem Referenten zustimmten. Eine vom Vorsitzenden angeregte geheime Abstimmung ergab, daß nur drei Kollegen für die Beibehaltung der Affordarbeit stimmten. Der Vorsitzende legte nun den Kollegen dringend ans Herz, diesen Beschluß unter allen Umständen hochzuhalten. Darauf wurde die gut besuchte Versammlung mit einem dreifachen Hoch auf den Zentralverband der Maurer geschlossen. Ferner ist noch zu berichten, daß die Kollegen der Hilfszahlstelle Rhinow den Unternehmern eine Forderung zu stellen wollen. Sie lautet: 35 s Mindestlohn bei zehnstündiger Arbeitszeit. In Frage kommen 18 organisierte und 8 unorganisierte Kollegen, von denen einige ihr festes Versprechen abgegeben haben, sich unserem Verbande anzuschließen.

**Salzwedel.** Ein preussischer Landrat als Gewerkschaftsagitor. Der Landrat des Kreises Salzwedel, Herr v. d. Schulenburg, hatte zum 28. Januar dieses Jahres, Vormittags 11 Uhr, sämtliche Maurer und Zimmerer von Salzwedel durch den Bauunternehmer Neuling, zu einer Versammlung auf das Landratsamt eingeladen. Dieser Einladung waren 25 Maurer, 2 Zimmerer und ein Köpfer gefolgt. Der Herr Landrat begrüßte zunächst seine Freunde darüber aus, daß so viele der Geladenen erschienen seien. — Alsdann riefte er mit seinem Anliegen heraus. Es handle sich darum, einen neuen Gewerksverein zu gründen, mit dem Herr Landrat als Vorsitzenden. Es sei bedauerlich, daß die Bauhandwerker dem sozialdemokratischen Verband angehören, in dem ihnen die Rechte zum Vaterland, zu Kaiser und Reich verloren gehe. In dem neuen Verein, mit dem Herrn Landrat an der Spitze, solle dieses anders werden. Die Sache zum Vaterland, sowohl wie zu Kaiser und Reich, sollte in erster Linie gepflegt werden. In Salzwedel könne man mit der Gründung dieses neuen Arbeitervereins den Anfang machen. Gelbesen und Osterburg würden folgen und unter Umständen sei auch in Stendal Platz zu finden, doch sei nicht zu verkennen, daß das letztere schwer halten würde. Wenn man aber nicht geneigt wäre, diesen neuen Verein zu gründen, dann sollte man sich an den Herrn Pastor Rasmann in Werder wenden. Dieser Herr leite den evangelischen Arbeiterverein von Salzwedel-Perwer. Man könne diesem Verein beitreten;

demgegen habe der Herr Landrat nichts einzuwenden, namentlich nicht, nachdem eine Ausübung zwischen dem Landrat und Pastor stattgefunden habe wegen der Sammelei des Pastors für die streikenden Bergarbeiter im Ruhrgebiet. Vor allem aber sollten die Bauhandwerker ihre Beziehungen zur Sozialdemokratie aufgeben. Der sozialdemokratische Abgeordnete Bebel verbeide die Arbeiter in unendlicher Weise und mache Versprechungen, die nicht erfüllt würden. Auch sei es mit dem Teilen des Herrn Bebel nicht weit her. Er bewohne in Berlin eine große städtische Wohnung, zu der für Herrschaften der Eingang vorne sei; Arbeiter und so weiter dürften nur durch eine Hintertür bescheiden hineinschlüpfen. Auch besäße Herr Bebel in der Schweiz eine schöne Villa. Alles dieses beweise, daß Herr Bebel nicht mit den Arbeitern teile. Es fügte der Herr Landrat dann hinzu, ihm, dem Landrat, gehe es auch gerade nicht schlecht, aber es sei nicht seine Schuld gewesen, daß er von reichen Eltern geboren sei, dieses müßten die Arbeiter entschuldigen. An dem Herrn Singer ließ der eigenartige Gewerkschaftsagitor nicht viel gutes. Er führte die Schlichtigkeit des Herrn Singer darauf zurück, daß er Jude sei; die Juden taugten alle nichts. Auch auf die vielen Streiks riefte der Herr Landrat seinen Senn zu machen. Er hielt die meisten für unberechtigt. Einige der Arbeiter versuchten, den Herrn Landrat auf seine Irrtümer aufmerksam zu machen. Hierauf ver sprach Herr v. d. Schulenburg den Zimmerern, er wolle ihnen behilflich sein, eine Lohn-erhöhung zu erreichen. Nur den Umsturz sollten sie nicht mitmachen, was er auch von den Maurern nicht hoffe. Nach anderthalbstündiger Unterhandlung wurden die Arbeiter mit dem Erlaßten entlassen, den sozialdemokratischen Zeitungen von der Verhandlung keine Mitteilung zu machen.

**Schöpsch.** Sonntag, den 11. Februar, tagte hier eine allgemeine Maurerversammlung. Als Referent war Kollege Joh. Merkel aus Nürnberg anwesend. Er besprach den Punkt: „Welcher Organisationsform bedürfen die Bauhandwerker, um ihre Lebenshaltung zu verbessern.“ Dieser Punkt der Tagesordnung wurde in ganz ausführlicher Weise behandelt, wobei von der sehr gut besuchten Versammlung, der auch Frauen beizuhöhen, dem Referenten großer Beifall gezollt wurde. Mit kurzen, aber eindrucksvollen Worten wies Redner darauf hin, wie groß die Augen die Organisation für jeden Kollegen hat. Ferner hob er noch besonders hervor, daß jeder Kollege nicht nur gewerkschaftlich, sondern auch politisch organisiert sein müsse. Zum Schluß wurden die Kollegen aufgefordert, ihre Pflicht zu erfüllen, indem sie ohne Unterlaß agitieren. Es sei jetzt zu befürchten, daß die christlichen Arbeiterverbände eine größere Anzahl Kollegen, die noch nicht organisiert sind, zu sich heranziehen, da ja die Pfaffen großen Einbruch machen. Auch wäre es von Wichtigkeit, daß jeder Kollege seine Frau über den Zweck der Organisation aufkläre, damit diese nicht widerwillig, sondern bereitwillig die Beiträge bezahle. Referent war, bevor er unsere Versammlung einleitete, in dem Städtchen Dintelshühl und hielt dort eine öffentliche Bauhandwerkerversammlung ab. Hier wurde er von dem dortigen Führer des christlichen Verbandes gefragt, worin der Unterschied zwischen dem christlichen Arbeiterverband und den freien Gewerkschaften bestünde; Kollege Merkel wies ihm dann darauf hin, daß der christliche Arbeiterverband nur ein Werkzeug des Zentrums sei. Wir sehen also hier, daß die Christlichen nicht wissen, welches Prinzip sie verfolgen.

**Senftenberg.** Sonntag, den 11. Februar hielt der hiesige Zweigverein eine Mitgliederversammlung ab. Den ersten Punkt der Tagesordnung erledigte der Kassierer Gecker durch Vorlesen der Quartals- und Jahresabrechnung. Danach hat die Kassa eine Einnahme von M 918,46 und eine Ausgabe von M 738,15; Bestand also M 180,51. M 100 sind auf Sausantstättene zum Konsumvereins: Neubau Senftenberg zu 4 pzt. Zinsen angelegt. Nachdem dem Kassierer Gecker erteilt worden war, erstattete der Vorsitzende Krimm den Tätigkeitsbericht pro 1905. An folge der hier herrschenden guten Konjunktur hat sich der Zweigverein um 300 pzt. an Mitgliedern vermehrt. Die Zahl der Mitglieder ist von 97 auf 209 gestiegen. Es sind drei Beihilfen, M 1 s o n, M 1 s e n und M 1 s e n b e r g errichtet worden. Auch eine Lohnbewegung hatten wir zu verzeichnen. Der Lohn ist von 36 auf 38 s gestiegen und ist kontraktlich festgelegt worden. Zur Erleichterung der Verbandsgeschäfte wurden 6 Stigungen, 15 Mitglieder- und 2 öffentliche Versammlungen abgehalten. Zur Verbreitung des „Grundstein“ waren 13 Hilfskassierer tätig. Bei der Vorstandswahl wurden der bisherige Vorsitzende, Kollege Krimm, und als Kassierer Kollege Matth. Lehmann wiedergewählt. Den beiden Kollegen wurde ein Monatsgehalt von M 6 zugestimmt. Zur Sanftonferenz wurde der Vorsitzende Krimm delegiert. Nachdem der Vorsitzende den Bericht der letzten Sitzung des Gewerkschaftstells erstattet und darauf hingewiesen hatte, daß die hofstorierte Lokale von Wolf und Weister zu meiden seien, ernannte er in einem kräftigen Schlußwort die Kollegen zur rüstigen Agitation für den Verband, damit unser Zweigverein, der sich im verflochtenen Jahre verdriffen, immer mehr erstärke. Mit einem dreifachen Hoch auf den Zentralverband der Maurer Deutschlands wurde die gut besuchte Versammlung geschlossen.

**Strasburg i. Elz.** Am 7. Februar fand hier eine Versammlung der hiesigen Einzelmitglieder des Verbandes statt. Zunächst erstattete Kollege Golt Bericht über die Lohnbewegung. Der Redner freifte mehrmals kurz die zwischen Lohnkommission und Zinnung gepflogenen Verhandlungen und teilte zum Schluß mit, daß nunmehr ein Arbeitsvertrag zwischen der Zinnung und den hiesigen Einzelmitgliedern des Zentralverbandes der Maurer Deutschlands abgeschlossen wurde. Dann verlas Kollege Golt die Abrechnung vom 4. Quartal. Nachdem die Richtigkeit der Kasse von den Redneren bestätigt worden war, wurde dem Kassierer Entlastung erteilt. Hierauf erstattete Kollege Golt einen ausführlichen Bericht über den Geschäftsgang im Jahre 1905. Er wies in der Einleitung seines Berichts auf die Verschmelzung der beiden, Saue Strasburg und Mannheim hin, wodurch die Anstellung eines neuen Beamten notwendig wurde. Während der Tätigkeit Goltis wurden



88 Mitglieder und 3 öffentliche Versammlungen abgehalten, die sich auf Straßburg und die umliegenden Ortschaften verteilten. Ferner wurde die Lohnbewegung in Colmar vom Kollegen Voigt geleitet, auch führte er den Verbandlungen mit den Unternehmern. Streitigkeiten mit den Unternehmern, soweit sie geteilt wurden, sind zur allgemeinen Befriedigung der Beteiligten erledigt worden. Wie weiter aus dem Bericht hervorgeht, sind einer großen Anzahl Kollegen Rat in den verschiedensten Angelegenheiten erteilt und Schriftstücke angefertigt worden. Bemerkenswert ist noch der Anstoß an das Kartell. Infolge des neuen Vereinsgesetzes machte sich die Auflösung des Zweigvereins notwendig. Das Resultat des verflochtenen Jahres ist gut. 451 Kollegen haben sich der Organisation angeschlossen gegen 277 im Vorjahre. Leider mußte wieder eine Anzahl von den neu eingetretenen Kollegen wegen rückständiger Beiträge gestrichen werden. Kollege Voigt betont, hier sei in Zukunft der Gehel einzuführen, damit die neu eingetretenen Mitglieder auch dem Verbands erhalten bleiben. Vor allem müßte die Buchkontrolle auf den Bauten stärker werden. Der Tarif sei wohl abgeschlossen, aber um demselben auch Geltung zu verschaffen, sei eine starke Organisation notwendig. Hierfür folge die Wahl des am Hauptortstand in Vorarlberg zu bringenden Vertrauensmanns. Wiedergeburt wurde einstimmig Kollege Voigt. Von den Revisionen wurde einer wieder und zwei neu gewählt. Als Kartelldelegierte wurden drei Mitglieder und zur Kaufmannschaft in Mannheim Kollege Voigt gewählt. Kollege Voigt berichtete dann über die Beratung des Kartells, hier die Errichtung eines Arbeitersekretariats. Das Gewerkschaftskartell habe sich in seiner Sitzung mit der Frage beschäftigt und die Notwendigkeit der Anstellung eines Arbeitersekretärs sei von allen Seiten anerkannt worden. Was die finanzielle Frage anbetrifft, so seien in Straßburg rund 5000 Arbeiter organisiert; diese seien in der Lage, ein beträchtliches Institut zu unterhalten. Es wurde einstimmig dem Vorschlag des Gewerkschaftskartells zugestimmt. Nachdem noch einige Lokalangelegenheiten erledigt waren, machte Kollege Voigt auf den 19. des Monats Februar aufmerksam, wonach bei einem Stundenlohn von 47–50 je ein Beitrag von 50 je erhoben wird. Hierfür Schluß der Versammlung.

**Weimar.** Dienstag, den 13. Februar, hielt unser Zweigverein seine Mitgliederversammlung ab. Kollege Voigt gab den Agitationsbericht, danach hielt seit Salus des 4. Quartals 37 Kollegen wieder dem Verband zugeführt worden, die zum Teil vor Jahren schon Mitglieder waren und damals aus finanziellen Gründen dem Verband den Rücken kehrten. Hier hat sich die Hausagitation wieder einmal bewährt. Um aber die gewonnenen Kollegen als treue Kämpfer in die Organisation einzuführen, sei es notwendig, ihr Bildungsniveau zu heben. Dies könne aber nur geschehen, wenn der Gewerkschafts- und der Parteikarrieren mehr Beachtung als bisher geschenkt würde. Kollege Schmid gab ein Schreiben des Bauvorstandes bekannt, in dem auf ein im März, zur Ausgabe gelangendes Flugblatt vom Hauptortstand hingewiesen wurde. Es meldeten sich zu seiner Verteilung eine Anzahl Kollegen. Aus dem Kartellbericht, den Voigt erläuterte, sei bemerkt, daß der Vorliegende des Kartells sich bereit erklärte, in den einzelnen Gewerkschaften Vorträge zu halten. Nachdem noch einige interne Angelegenheiten geregelt waren, erfolgte mit einem Hoch auf die Gewerkschaftsbewegung Schluß der Versammlung.

**Witten.** Die hiesigen Kollegen hatten eine Lohnforderung an die Unternehmer gestellt. Der Lohn sollte für die Stadt von 42 auf 45 je erhöht werden. Für Leberhunden wurden 55 je, für Nacht- und Sonntagsarbeit 70 je und für Vorkostenarbeit ein Aufschlag von 10 je pro Stunde gefordert. Am 11. Februar fand hier nun eine Versammlung statt, zu der auch die Unternehmer eingeladen waren, um mit ihnen über den neuen Lohnsatz zu verhandeln. Die Forderung wurde von den Unternehmern anerkannt und der neue Vertrag von ihnen nach einigen kleinen Veränderungen unterschrieben. Der neue Tarif tritt mit dem 1. April d. J. in Kraft.

**Witten a. d. Ruhr.** Sonntag, den 18. Februar, fand hier in Stalbau's Gasthaus eine öffentliche Bauhandwerker-Versammlung statt mit der Tagesordnung: 1. Bauarbeiterentscheidungen. 2. Verschiedenes. Zum ersten Punkt war der Genosse Heise aus Hamburg als Referent erschienen. Er führte aus, daß die Zustände im Baugewerbe in früheren Zeiten noch schlechter gewesen wären als jetzt, und daß man früher stets gesagt hätte, es ließe sich daran nichts ändern; denn es wäre schon immer so gewesen und würde auch so bleiben. Die Folge war, daß die Zahl der Unfälle sich stetig mehrte. Jetzt wäre es anders, indem die organisierten Arbeiter mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln danach trachten, einen besseren Schutz für ihr Leben und ihre Gesundheit zu erringen. Kollege Dühr führte aus, daß hier in Witten betreffs des Bauarbeitergesetzes noch sehr viel zu tun sei, da hier noch vieles im argen liege. Beim Punkt „Verschiedenes“ gab Staudmeier aus Aachen bekannt, daß er dort einen Lokalverein gründen wolle. Er forderte die Kollegen der umliegenden Ortschaften auf, sich diesem anzuschließen. (Anmerkung des Schriftführers: Die Witten'schen Kollegen tun gut, wenn sie diesen Aufruf hören, einmal geduldig unter die Bäume nehmen, ebenfalls die in Sandorf. Was wollen sie eigentlich mit ihrer Vereinsmiete bezwecken?) Der Referent betonte, nichts Vorgehen denn auch nannte es beim richtigen Namen, nämlich als Vereinsmiete. Da sich niemand mehr zum Worte meldete, schloß der Vorliegende die Versammlung.

**Zeitz.** Am 17. Februar fand unsere regelmäßige Mitglieder-Versammlung statt. Obgleich die Mitglieder sämtlich eingeladen waren, hatten es viele nicht für nötig befunden, in der Versammlung zu erscheinen. Und doch gebührt die Zeitzer Bauhandwerker-Ortschaften einen bedeutend besseren Lohn- und Arbeitsbedingungen als Zeitz. Zunächst hielt Genosse Morin einen ausführlichen Vortrag über Alters- und Invalidenversicherung, der mit großem Beifall aufgenommen wurde. Am Schluß seines Referats verurteilte Genosse Morin in scharfen Worten das Vorgehen der bürgerlichen Presse durch die Arbeiter. Er forderte die Kollegen auf, sich dem sozialdemokratischen Verein anzuschließen und die Parteipresse zu lesen. Es wurde der Wunsch laut, es möchte in nächster Zeit ein Vortrag über das Unfall-

gesetz gehalten werden. Genosse Morin erklärte sich hierzu bereit. Bei der Wahl des Vorstands wurden gewählt: Langendorf, erster Vorsitzender, und Baum, Kassierer. Unter „Verschiedenes“ wurde vom Kollegen Seifert gewünscht, daß wir in diesem Jahre mehr für die Agitation tun möchten; besonders in der Umgebung müsse sich agitiert werden, um die Maurer, die auf den Dächern ihren Wohnsitz haben, der Organisation zuzuführen. Um nun die Agitation zu betreiben zu können, wurde eine Agitationskommission, bestehend aus den Kollegen Germann, Mengel und Seifert, gewählt. Dann kamen die Mißstände auf den Bauten der Grube „Thönnig“ bei Buschendorf, Unternehmern Bodmann & Knauer, zur Sprache. Hierfür ersandte Kollege Langendorf Bericht von der letzten Kartell-Sitzung. Dieser wurde beiläufig, die Kartellorgane und die Lokalfondsarbeiten wieder einzuführen. Um 10 Uhr erfolgte der Schluß der Versammlung.

## Zentralkrankenkasse. (Grundstein zur Einheit.)

**Berlin.** Eine Sonntag, den 18. Februar, hier im Gewerkschaftshaus tagende Mitglieder-Versammlung nahm den Jahresbericht vom 4. Quartal 1905, sowie die Jahresabrechnung entgegen. Die Einnahme betrug, infolge M. 4803,25 Bestand vom 3. Quartal, M. 57 102,20; die Ausgabe M. 51 870,94, davon sind M. 4000 an die Hauptkasse geleistet. Der Bestand betrug M. 5231,26; Mitglieder 7046, Aufnahmen 196, gestorben sind 20 Mitglieder. Aus der Jahresabrechnung, welche diesmal zum erstenmal gedruckt vorlag, ist zu entnehmen: Reineinnahme M. 201 171,80, Zuluß von der Hauptkasse M. 16 000, dazu der Bestand von 1904 M. 2800,92, ergibt eine Gesamteinnahme von M. 219 972,22. Die Gesamtausgabe betrug, infolge M. 25 000, die an die Hauptkasse geleistet wurden; M. 214 740,96, so daß ein Bestand von M. 5231,26 verbleibt. Die Ausgaben verteilten sich folgendermaßen: Krankengeld an Mitglieder M. 96 402,20, an Angehörige M. 6708,74, Unfallzulage M. 1347,22, 56 Sterbefälle erster Klasse und 13 Sterbefälle zweiter Klasse M. 7900, Arzthonorar M. 15 641,50, Medizin M. 13 891,62, Wäcker M. 4964,70, Brillen und Bandagen M. 1354,86, Wäfigen und Schürpen M. 2638,70, Zahnheilen und Ergas M. 2334,60, erste ärztliche Hilfe M. 1816,10, Kur und Verpflegung in Krankenhäusern M. 21 485,91, Krankentransport M. 604,70, Krankenkontrolle M. 157,68, laut § 5 des Statuts M. 111. Sonstige Ausgaben M. 74,80, 64 p. c. Verwaltungskosten M. 12 909,73, an die Hauptkasse geleistet M. 25 000. Die durchschnittliche Mitgliederzahl betrug 6464. Im Laufe des Jahres erkrankten 2231 Mitglieder = 34,41 p. c., durch Verbleibsanfall erkrankten 449 = 20,21 p. c. Die Krankheitsdauer betragen insgesamt 48822 oder auf jede Erkrankung rund 22 Tage. Die Krankheitsdauer, auf die durchschnittliche Mitgliederzahl berechnet, beträgt pro Mitglied 7,56 Tage. Die Krankheitsdauer der durch Unfall Erkrankten betragen 7235. Gestorben sind im Laufe des Jahres 69 Mitglieder, darunter 5 an den Folgen des Unfalls. Das Durchschnittsalter der Erkrankten beträgt 48 Jahre 2 Monate. Ausgeschlossen wurden 4 Mitglieder. Die Sterbefälle zählte 299 Mitglieder, und betrug die Einnahme M. 333,26, der eine gleiche Ausgabe gegenübersteht. Gestorben sind 2 Mitglieder. Die Revisionen erklärten die Abrechnung für richtig; Fischer, Beile und die Kasse seien in bester Ordnung vorgefunden worden. Der Kassierer wurde darauf entlassen. Bei der dann vorgenommenen Wahl der Verwaltung wurde als erster Kassierer Herr Fischer, als zweiter Bevollmächtigter Max Anton, als zweiter Schriftführer Gust. Schwarz und als Revisoren Herr Krüger und Herr Vier gewählt. In „Verschiedenes“ bemerkte sich ein Mitglied Jacob über inhumane Behandlung seitens des Bevollmächtigten Willing. In der dadurch hervorgerufenen sehr erregten Debatte wurde der Antrag gestellt und auch mit Mehrheit angenommen: Den Bevollmächtigten von seinem Posten zu entheben und innerhalb 14 Tage eine Versammlung einzuberufen und eine Neuwahl vorzunehmen.

In der Woche vom 18. bis 24. Februar sind folgende Beiträge eingegangen: Von der örtlichen Verwaltung in Nowawes M. 400, Borsbam 400, Biedel 400, Reinickendorf 300, Harburg a. d. Elbe 300, Hamburg-Eppendorf 200, Groß-Schönebeck 150, Rauen 100, Wittenau 100, Neumünster 100. Summa M. 2350. Zuluß erhielten: Breslau M. 400, München 400, Stuttgart 300, Halberstadt 300, Minden in Westf. 200, Essen a. d. Ruhr 100, Fehrbach 100, Hilders 50, Wölffen 50, Eppelheim 50, Niederbreitig 50, Gemshof 50. Summa M. 2050. **Altona**, den 24. Februar 1906.

Karl Reich, Hauptkassierer, Wilhelmstr. 57.

## Vom Bau.

### Unfälle, Arbeiterchutz, Submissionsen etc.

(Die Einzelereignisse werden bringen, aber alle in ihrem Gesamtumfang werden Unfälle, mit kurzer Ausführung der Begleitumstände und der daraus resultierenden Folgen, umgeben an den „Grundstein“ zu berichten. Ebenfalls über die aus Unfällen resultierenden Gerichtsverhandlungen, sowie über die Erlass von Arbeiterchutzbestimmungen und über Submissionsverfahren.)

**Berlin.** Eine schwere Baufallstrafe, bei der vier Personen schwerer und teilweise lebensgefährlich verletzt wurden, hat sich am 19. Februar in der hiesigen Zeitz im 1. Bau ereignet. Auf dem dortigen Terrain ist zur Zeit ein Neubau für ein Hospital in der Entstehung begriffen. Aus bisher noch nicht festgestellter Ursache brach gestern Morgen plötzlich das Gerüst des Gebäudes ein und begrub viele Arbeiter unter einfallenden Zimmermassen. Die Ursache des Einsturzes ist jedenfalls auf allzuhohe Belastung zurückzuführen. Beim Aufsteigen von eisernen Trägern brach plötzlich der Aufzugsstern und darauf folgte der Einsturz. Aus einer Höhe von etwa 10 m stürzten die vier Arbeiter mit dem Gerüst in die Tiefe hinab. Die Verletzten sind um so gefährlicher, als sie von herabstürzenden Eisenteilen herabfielen. Einem Schloffer wurde der Brustkorb vollständig eingedrückt. Es ist kaum Hoffnung vorhanden, ihn am Leben zu erhalten. Die Arbeiter Krause und Rache sowie der Zimmerpolier Sorgenfrei haben teils Arm- und Beinverletzungen, teils innere Verletzungen davongetragen. Alle vier Verunglückten sind in das Krankenhaus am Friedrichshagen eingeliefert worden.

## Aus anderen Berufen.

\* **Aus den deutschen Gewerkschaften.** Der Vergewerkschaftenverband gibt seine Abrechnung für das Jahr 1905 bekannt. Die Einnahme beträgt infolge eines Verlustes von M. 354 817,73 insgesamt M. 1 620 375,42. Von den einzelnen Berufen erwähnen wir: Gläubiger M. 85 002,40, Beiträge der Mitglieder M. 1 189 585,83, Zinsen M. 17 540,12. Von den Ausgaben verdienen folgende Berufe besondere Erwähnung: Anteile der Lokalfassen M. 200 872,27, Agitation M. 54 852,62, Sterbegelder M. 60 100, Gewerkschaftsunterstützung M. 15 187,74, Streikunterstützung M. 60 000, Arbeitslosenunterstützung M. 3815,80, Krankenunterstützung M. 60 382, Nachschuß M. 61 326,83, Verbandsorgan und andere Druckkosten M. 181 166,64. Die Gesamtausgaben betragen M. 788 845,04, so daß also ein reiner Ueberschuß von M. 708 712,66 zu verzeichnen ist. Das Vermögen des Verbandes beträgt M. 1 236 446, wovon M. 810 358,31 per Bank belegt ist, während das übrige durch das Inventar und das Verbandsgrundstück präsentiert wird.

\* **Abrechnung vom Vergewerkschaften.** Die Streikasse des Vergewerkschaftenverbandes veröffentlicht ihre Abrechnung. Einnahme und Ausgabe schließen sich mit je M. 1 864 832,81 ab. Zu den Einnahmen stellen die von den Gewerkschaften, Arbeitersekretariaten usw. aufgetragenen Gelder mit M. 646 705,08 den größten Posten. Dann folgen die Sammelkassen des Vergewerkschaftenverbandes mit M. 310 294,81, die Parteikassen mit M. 277 874,71, die Zentralstellen der freien Gewerkschaften mit M. 204 487,93, das Ausland mit M. 168 030,78, die sozialistische Presse mit M. 118 110,77 usw. Von der Ausgabe entfallen M. 1 793 940 auf die Streikunterstützung, M. 86 576,67 auf Entschädigung für Strafgebühren, M. 14 829,46 auf Strafen und Prozeßkosten.

## Aus christlicher Werkstatt.

Ein günstiger Wind hat uns wieder ein Rundschreiben der katholischen Fachabteilung zugehen lassen. Die Deutschen haben entschieden Recht. Raum geht es um ein Schriftstück hinaus in die Gasse, so liegt es auch schon auf unserm Redaktionstisch. Wir lassen seinen Inhalt hier folgen:

Nicht zur Veröffentlichung  
in Zeitungen u. dergl.

Begrüßungsbuch d. Fachabst. f. d. kath. Arbeitervereine,  
Breslau.

Breslau, den 4. Februar 1906.

Sehr geehrter Herr!

Aus dem Arbeiter-Minorität 1906 habe ich erfahren, daß Sie Vorhänger der breslauer Bauarbeiterfachabteilung — Präses — des kath. Arbeitervereins sind. Ich gestalte mir daher hiermit, mich an Sie mit der hoff. Bitte zu wenden, mir umgehend (spätestens bis 10. d. M.) gütig mitteilen zu wollen, wie viel Maurer und Zimmerer aus Ihrer Fachabteilung, Ihrem Verein, und sonst von dort oder Umgebend geneigt wären, fest zum Beginn der Bauzeit nach Breslau zu kommen.

Der Stundenlohn beträgt 50 A (pro Woche circa 30 M.) bei zehnständiger Arbeitszeit; tüchtige Leute, und nur solche bitte ich mir zuzuwenden. Die schon in größeren Städten gearbeitet haben, haben eben Sommer und Winter Arbeit. Streikrecht wird von uns nicht gelehrt; Terrorismus durch andere Organisierte ist ausgeschlossen. Wir schicken die Leute nur auf solche Bauten, die von Grund aus durch unsere Leute ausgeführt werden und auf denen Sozialdemokraten nicht eingeleitet werden.

Inselbeseit aber bitte ich Sie, Ihren Einfluß dafür zu verwenden, daß wenn nicht anders möglich, wenigstens mehrere tüchtige Maurer, Zimmerer und Bauarbeiter, die bereits Anhänger unserer „katholischen“ Organisation sind und diese verteidigen können (ein gutes Mundwerk haben), als Kolonnenführer (Vaubelagerte) herkommen, um unsere Leute zusammenzuhalten. Wenn die Leute hier anfangen können, werde ich Ihnen im Laufe des Februars (spätestens Anfang März) noch mitteilen.

In der hoff. Erwartung, daß Sie sich im Interesse unserer guten Sache die größtmögliche Mühe geben werden, und so unterrichten, verbleibe umgehenden Bescheid entgegen-  
sehend  
Gedächtnisvoll

Fachabst. der Bauarbeiter d. kath. Arbeitervereins, Breslau.

Die liebe Fachabteilung wird wohl in ihrer christlichen Nachsicht entschuldigen, daß wir das Verbot, diesen Brief in Zeitungen zu veröffentlichen, übertreten. Als Sündener der Seelenheilung können wir uns verstehen, daß wir es unentgeltlich tun. Sein Abdruck ist uns darum für recht geboten, weil unsere Breslauer Kollegen gegenwärtig in Verhandlungen mit den Unternehmern stehen; es erscheint uns nämlich verdächtig, daß gerade zu dieser Zeit Fachabteilungschriften nach Breslau gerufen werden. Es muß aber auch verdammt windig mit den Leberdrüsen stehen, wenn sie von auswärtigen Leuten „mit gutem Mundwerk“ nach Breslau sollen, um dort die „Fachbewegung“ in die Höhe zu bringen.

## Polizei und Gerichte.

\* **Das Schöffengericht in Remscheid** hatte am 14. d. d. letzten Maurerstreiks gegen einige unserer Verbandsmitglieder wegen ganz geringfügiger Vergehen, die im gewöhnlichen Leben so oft vorkommen, Strafen von 10 Tagen, 14 Tagen, ja sogar von 3 Wochen Gefängnis verhängt. Einer besonderen Verurteilung seitens des Gerichts erfreute sich der im Vordergrund der Streikbewegung stehende Kollege Palm, der mit einer Gefängnisstrafe von zusammen sechs Wochen bedacht worden war. Palm legte gegen sämtliche Urteile des Schöffengerichts Berufung bei dem Landgericht in Elberfeld ein, und die von diesem Gericht gefällten Urteile zeigten, daß man über die Vergehen, deren sich Palm schuldig gemacht haben sollte, auch noch etwas milder urteilen kann, als es das Schöffengericht getan hat. In der ersten Sache, wo Palm angeklagt war, den „Arbeitswilligen“ Schnapp bedroht zu haben, wurde Palm zu 14 Tagen Gefängnis verurteilt, in Elberfeld hingegen freigesprochen. Im zweiten Fall fanden bekanntlich sechs Streikende wegen Aufstaus unter Androhung und wurde Palm zu drei Wochen, Weder und Feinbächer zu je zehn Tagen Gefängnis und



Prämer, Mergenthal und Weidmann zu je 100 Geldstrafe verurteilt. In Elberfeld hingegen wurde das gesamte Urteil aufgehoben und erkannte man nur wegen Verletzung der Polizeiverordnung auf jeden Angeklagten 25 Geldstrafe. Hier spielte der Polizeigewalt die Hauptrolle. Der Fall, der am 13. Februar in der Berufungsinstanz in Elberfeld zur Verhandlung kam, betraf die Anzeige des bei der Firma Brünning schon 24 Jahre in treuen Diensten stehenden Poliers Schneider. Dieser hatte Palm beschuldigt, von ihm mit dem Messer in die Kehle gestochen worden zu sein, weshalb das Schöffengericht gegen Palm eine Woche Gefängnis verhängt hatte. In Elberfeld wurde er nach den belastenden Aussagen des Maurers Frey zu 15 Geldstrafe verurteilt. Hier wäre es dem glaubwürdigen Zeugen Schneider beinahe passiert, daß er wegen Mord auf die Anklagebank gekommen wäre. Man wollte Palm eine ordentliche Strafe aufhaken und hätte beinahe vergessen, daß, wenn man nicht ganz die Wahrheit sagt, man sich allzu oft in den Händen des Gesetzes verwickeln kann. Die sechs Wochen Gefängnis, die das Berufungsgericht über Palm verhängt hatte, sind somit auf insgesamt 40 Geldstrafe zusammengekommen. In Zukunft werden die Herren Arbeitsschlichter wohl etwas vorsichtiger sein und mit bescheidenen Angelegenheiten nicht gleich zum Kasi laufen. Die organisierten Maurer wissen sich ihr Recht zu suchen, selbst wenn es nicht in Menschheit ist. Sie werden sich auch bei künftigen Lohnkämpfen nicht irreführen lassen, sondern frohen Mutes vorwärts marschieren. Deshalb vorwärts! Durch Kampf zum Sieg!

**\* Streikführer.** Am 12. Februar stand der Kollege Edemann, Vorsitzender des Zweigvereins L n n a, als Streikführer vor der 3. Strafkammer des Landgerichts Dortmund. Genannter Kollege befand sich am 4. August um 7 Uhr Abends zusammen mit dem Kollegen Claus in der sogenannten Kuchstraße. Um dieselbe Zeit kamen die Arbeitswilligen des Unternehmers Währe von der Arbeit. Kollege Edemann trat an einen derselben heran, um ihn über die Ausperrung aufzuklären. Der von Edemann angeredete Maurer Lopp erklärte dann auch schließlich in ganz ausweichender Weise, er wolle nicht mehr weiterarbeiten. Lopp sagte weiter: „Ich weiß ganz gut in der Verbandsgeschichte Bescheid, denn ich war früher auch schon mal im Verband. Hatte ich gewußt, daß der Unternehmer Währe ausgeperrt hat, dann hätte ich überhaupt nicht angefangen. Auch hat mir am Bau keiner etwas von der Ausperrung gesagt.“ Diese ausweichende Erklärung des Arbeitswilligen Lopp sollte für Edemann ein Rückschlag sein. Nach kurzer Zeit bekam er eine Anklage gestellt. Am 17. November wurde vor dem Schöffengericht zu L n n a gegen Edemann verhandelt. Er wurde zu drei Wochen Gefängnis verurteilt. Gegen dieses Urteil legte der Kollege Edemann Berufung beim Landgericht Dortmund ein. Ein Termin, der am 5. Januar stattfinden sollte, wurde aber vertagt, um bei der Behörde in L n n a festzustellen, ob es sich um einen Streik oder eine allgemeine Ausperrung gehandelt habe. Der nächste Termin fand am 12. Februar statt. Nach den Aussagen der vier geladenen Zeugen hatte keiner die inframinierten Worte: „Wenn du morgen früh wieder zur Arbeit kommst, kannst du dir nur ein paar Schulze mitbringen“, gehört. Der Staatsanwalt beantragte Verwerfung der Berufung. Der Gerichtshof erkannte aber auf 50 Geldstrafe und Erzahlung der Kosten. Man sieht also, trotzdem vier Zeugen behaupten, die Worte seien nicht gefallen, und trotzdem der Polizeikommissar von L n n a, der in Vertretung der Behörde als Zeuge erschienen war, dem Angeklagten das beste Zeugnis ausstellte, wurde dieses Urteil gefällt.

### Verschiedenes.

**\* Gewerkschaften als Steuerzahler?** Der Dalks macht erfindlich. Der sächsische Staat hat viele Schulden. Er hat zwar auch eine Vermögenssteuer, die hat aber die für die Reichern sehr angenehme Eigenschaft, daß sie die großen Vermögen zu sehr schon. Dafür erinnerte man sich aber, daß man hier und da von Lotofonds usw. von Gewerkschaften gelesen hat und zog daraus die Annahme, daß da noch etwas zu holen sei. In diesem Jahre wurden denn auch fast sämtliche Ortsverbände der Gewerkschaften mit der Aufforderung bedacht, über das vorhandene Vermögen zu deklarieren. Der Steuerfiskus will Vermögenssteuer davon erheben, um der sächsischen chronischen Finanzmisere zu steuern. Natürlich ist ohne weiteres klar, daß das ein Versuch mit untauglichen Mitteln am untauglichen Objekt bleiben muß. Die Kassenscheine der Lotteriewerben sind kein Vermögen, außerdem gehören sie den Zentralverbänden und können morgen schon nicht mehr vorhanden sein. Selbstverständlich werden die Gewerkschaften auf dieser „Reise“ des Steuerfiskus zu ihren Mitteln zu erwehren suchen und die höheren Funktionen darüber interpellieren, ob ein solches Verfahren, das immerhin den Reiz der Neugier haben dürfte, zulässig ist. Was wird man in Sachsen, dem Lande der nach dieser Richtung hin unbegrenzten Möglichkeiten, nicht noch alles versuchen, um den Gewerkschaften das Leben sauer zu machen? Vor längerer Zeit wollte man in Dresden den Gewerkschaften, die Vorträge halten ließen, „Aufbacherisgaben“ auferlegen. Man mußte diesen Bericht aber bald wieder aufgeben. Auch diesmal wird sich der lästige Steuerfiskus den Mund waschen müssen.

**\* Ein Arbeiterbudget.** Hierzu wird uns von einem anderen Dresdener Kollegen mitgeteilt: Der Maurer aus Dresden, dessen Haushaltsbudget in Nr. 7 des „Grundstein“ veröffentlicht ist, wird gewiß zu den wenigen Glücklichen gehören, die im Winter volle Beschäftigung haben, entweder in einer Fabrik oder sonstwo. Es wird wohl in Dresden wenig Maurer geben, die sich nur auf ihr Handwerk stützen können; die meisten sind darauf angewiesen, beim „Gien“, das heißt bei der Fällung der Gießer, oder beim Schweißschneiden einen Winterdienst zu finden. Freilich trifft die Arbeitslosigkeit den einen schwerer als den anderen. Am leichtesten geht es den Älteren. Ich bin 56 Jahre alt und nicht verheiratet. Wie oft haben wir Poliere gesagt, wenn ich um Arbeit anheule: „Ich darf keine Älteren Maurer annehmen.“ So haben sie das Sandwerk! Und selber muß es gesagt sein, auch unter den jüngeren organisierten Maurern gibt es solche rohe Durschen, die sagen:

„Die älteren Maurer sollten sich hängen, die jungen haben ja nicht einmal Arbeit.“

Ich habe nun zwar nicht alle Ausgaben auf Heller und Pfennig aufgeschrieben, im ganzen kann ich es aber deutlich genug angeben. Im Jahre 1905 habe ich verdient:

Bei 1811 Stb. Maurerarbeit	M. 653,63
Beim Schweißschneiden, Ausschlässe und Kranfangehen	55,91
<b>Summa</b>	M. 709,54
Wegen Arbeitsmangels habe ich gefeiert: 1123 Stb., wegen Materialmangels 5 Tage und 15 Stb., wegen Krankheit 19 Tage, wegen anderer Ursachen 1 Tag 5 Stb.	
Für meine Ausgaben kann ich folgende Angaben machen:	
Miete für ein kleines Stübchen mit Frühstückstisch ohne Brot	M. 173,—
Kranken- und Invaliden-Versicherung bei Arbeitslosigkeit	180,—
Maurerorganisation	44,89
Politische Organisation	17,—
Abonnement der „Arbeiterzeitung“	5,20
des „Wahren Jafos“ und „Elbdeutschen Postillon“	10,80
Sonstige Broschüren	5,20
Sonstige Broschüren	1,80
Wuchsbinder	11,80
Steuern (direkte)	10,50
Handwerkzeug	4,10
Am 52 Sonntagen je 1 Pfd. Fleisch à 60 J.	31,20
Zwei Stollen zu Weihnachten	3,15
Wäsche (mit Ausbessern)	15,10
Schuhzeug	11,70
Kleidung ausbessern	12,10
Bonnenbäder	2,10
Vergütungen	1,50
Golz und Kohlen	1,20
Eisen- und Straßenbahn	4,50
<b>Summa</b>	M. 496,04

Somit bleiben mir noch M. 213,50 übrig. Das beträgt auf den Tag 58 J. Das verteilt sich nur so: Hatte ich Arbeit zum Frühstück, Mittag und Abend je für 10 bis 15 J. Buxi oder andere Substanz und eine Flasche Bier. Beim Arbeitslosen, je wie es das Geld erlaubt, ein Mittagessen zu 35, 30, 25, 15 oder 10 J. mit einem Glas Bier oder einem Töpf Kaffee. Gehe ich nun Sonntags einmal aus, so läßt sich denken, was ich da mit 68 J. anfangen kann. Dann berichtet sich wohl von selbst, daß ich als Unterhaltserhalter an Sonn- und Feiertagen auch ab und zu im Restaurant essen will. Ich habe danach bei aller Einschränkung und Entbehrung noch M. 40 zugelegt. Trotzdem war aber das verfloßene Jahr noch nicht das schlechteste; im Jahre 1902 habe ich nur M. 443,35 verdient, darunter sind noch M. 23 für Schweißschneiden. In diesem Jahre wird es vielleicht noch trauriger, denn ich bin jetzt bereits schon wieder seit 3 Wochen arbeitslos.

Soweit der Brief des Kollegen. Wir brauchen ihm nichts mehr hinzuzufügen. Er beweist, wie berechtigt das Streben der Organisation ist, fort und fort für die Erhöhung des Lohnes zu wirken.

### Eingegangene Schriften.

Von der „Neuen Zeit“ (Eulenburg, Paul Singer) ist schon das 22. Heft des 24. Jahrgangs erschienen. Das einzelne Heft kostet 25 J. Probenummern stehen jederzeit zur Verfügung.

**Alkohol, Vererbung und Sexualleben** von Prof. Dr. A. Forel. Der Verfasser ist der bekannte Schweizer Gelehrte, dessen Buch „Die sexuelle Frage“ ungeheures Aufsehen erregte. Die Schrift ist im Verlag des deutschen Arbeiter-Abteilens-Bundes erschienen und kostet 25 J. Unsere Leser haben bereits in der Nr. 41 des „Grundstein“ etwas über den Verfasser und seine Ideen gelesen, als wir über den Antialkoholikongress berichteten. Die Broschüre ist die Wiederabgabe seines dort gehaltenen Vortrages. Die Schrift verdient weitest Verbreitung und Beachtung.

### Briefkasten.

**Wismarschlitz, F. A.** Wenden Sie sich an die Redaktion der „Volksmacht“ in Breslau um Auskunft. Wir sind mit den preussischen Verhältnissen nach dieser Richtung hin zu wenig vertraut, als daß wir Ihnen Auskunft zu geben vermöchten.

**Berlin.** Das Protokoll haben wir zu den Akten gelegt. Die Versammlung fand am 8. Februar statt, diese Nummer erscheint am 8. März, da kann die Veröffentlichung wirklich keinen Zweck mehr haben. Uebrigens ist es überhaupt nicht zum Abdruck geeignet.

**Nach Duisburg.** Die Sperre über Lohnd ist gestrichen, weil bereits seit länger als vier Wochen nicht darüber berichtet worden ist, nicht etwa wegen der Karte, die hier ohne Unterschrift und Stempel eintraf.

**Nicht verwendbar** sind die Berichte aus Aachen und Kaufbeuren.

### Anzeigen.

#### Crefeld.

Der Vorsitzende, Kollege **Leo Vogt**, wohnt Peterstraße 146, p. r.; der Kassierer, Kollege **H. Schlünke**, wohnt Geldernstraße 179. [M. 1,50]

#### Wiesbaden.

Die Adresse des Vorsitzenden ist jetzt **Karl Kasper**, Götzenstr. 19, Wilsb.; die des Kassierers **Chr. Petri**, Feldstr. 18, Ghs. [M. 1,50]

#### Wiesenburg.

Nach Versammlungsbeschluss wird der Kassierer jeden Sonntag nach dem 1. in der Wohnung und jeden Sonntag nach dem 15. nur in der Versammlung Beiträge entgegennehmen. Der Vorstand. F. A. Otto Brandt.

### Sterbetafel.

(Unter dieser Rubrik veröffentlicht die Redaktion der Verbandsmitglieder, von denen und innerhalb einer Woche nach erfolgtem Ableben Mitteilung gemacht wird. Die Stelle kostet 15 J.)

**Berlin.** (Sektion der Ruher): Am 12. Februar verstarb unser Mitglied **Albert Menz** aus Jelenhof an der Lungenkrankheit im Alter von 60 Jahren. — (Sektion der Ruher): Am 18. Februar verstarb unser Mitglied **Wilhelm Büttner** im Alter von 68 Jahren an Lungenentzündung. — (Sektion der Ruher): Am 25. Februar verstarb unser Mitglied **Bernhard Ott** im Alter von 47 Jahren an Lungenentzündung.

**Bresenheim.** Am 21. Februar verstarb unser Verbandskollege **Wilhelm Hahn** im Alter von 20 Jahren an der Prostatierkrankheit.

**Dresden.** Am 12. Februar verstarb unser Kollege **Max Richter** aus Loschwitz im Alter von 53 Jahren an Lungenentzündung.

**Hannover.** Am Sonntag, den 18. Februar, verstarb nach langer Krankheit unser Kollege **Herm. Behrendt** im Alter von 46 Jahren an Lungenleiden. — Am Mittwoch, den 21. Februar, verstarb unser Kollege **Ernst Lengewost** im Alter von 26 Jahren an Lungenentzündung.

**Kiel.** Am 12. Februar verstarb unser Mitglied **Fritz Gaecke** im Alter von 50 Jahren an Lungenblut.

**Magdeburg.** Am 22. Februar verstarb der Kollege **Karl Hammer** im Alter von 40 Jahren an Bluthut. — Am 23. Februar verstarb der Kollege **Rudolf Schmidt** im Alter von 63 Jahren an Leberverhärtung.

**Penig.** Am 24. Februar verstarb nach langem schweren Leiden unser treues Verbandsmitglied **Hermann Bretschneider** im Alter von 29 Jahren an Lungenleiden.

**Pirna.** Am 19. Februar verstarb nach langem Leiden unser Verbandskollege **Max Feigler** aus Neugraupa im Alter von 29 Jahren an Lungenentzündung.

**Wittenberg.** Am 21. Februar verstarb nach langem schweren Leiden unser Kollege **Wilhelm Hahn** im Alter von 19 Jahren an Lungenentzündung.

**Weihen.** Am 17. Februar verstarb das Mitglied **Ernst Otto Weichelt** in Werschwitz im Alter von 36 Jahren.

**Welle.** Am 22. Februar verstarb nach kurzem Leiden unser Kollege **Herm. Niemann** im Alter von 87 Jahren 8 Monaten infolge Bluthutung. Ehre ihrem Andenken!

### Versammlungs-Anzeiger.

#### Verbandsversammlungen der Maurer.

##### Sonntags, den 3. März.

**Hartth:** Generalversammlung. Tagesordnung: Kassen- und Jahresbericht. Neuwahl.

##### Sonntags, den 4. März.

**Alsbaben:** Nachm. 4 Uhr im Vereinslokal. Um zeitlichen Besuch wird gebeten.

**Artern:** Nachm. 3 Uhr im Hotel „Zur Krone“.

**Bockenheim:** Nachm. 3 Uhr bei Madenfen.

**Elmsborn:** Nachm. 4 Uhr bei G. Mate.

**Frankenhausen-Kyff:** Nachm. 3½ Uhr im „Barbarossagarten“.

**Grosswig:** Nachm. 3 Uhr bei Krechschman in Schmiedberg.

**Häslingen:** Im Hengenheim bei Jakob Star, „Zum goldenen Hirschen“. Neue Mitglieder werden aufgenommen. Botschaften erscheinen wird gewünscht.

**Lucka:** Im Vereinslokal. Das Erscheinen aller Kollegen ist dringend notwendig.

**Neubra:** Nachm. 3 Uhr im „Kasseler“.

**Roth a. Sand:** Nachm. 3 Uhr im Vereinslokal. Alle Kollegen müssen erscheinen. Mitteilungsblätter sind mitzubringen.

**Wittstock:** Nachm. 3 Uhr im Vereinslokal.

**Zerbst:** Nachm. 3½ Uhr im Vereinslokal. Botschaften und offizielles Erscheinen notwendig.

##### Dienstag, den 6. März.

**Altenburg:** Im „Adler“. Beschluß über Sekretariats- und Kaspotage-Bezüge.

**Bitlerfeld:** Abends 7 Uhr im Vereinslokal.

##### Mittwoch, den 7. März.

**Berlin:** Kaschpanner. Abends 8 Uhr bei Jannasch, Anst. 10. Nicht eines dieser Kollegen ist es, zu erscheinen.

**Guben:** Abends 7½ Uhr im Vereinslokal. „Bellevue“. Alle Mitglieder müssen erscheinen.

##### Donnerstag, den 8. März.

**Glogau:** Abends 7 Uhr im Kasseler. Um zeitlichen Erscheinen wird gebeten.

**Spandau:** Abends 8 Uhr bei Kante, Schützenstraße 80.

##### Sonntag, den 11. März.

**Berlin:** Gruppe 8 e n t i e r t. Vorm. 10 Uhr bei Wille, Brunnenstr. 188. Erscheinen sämtlicher Kollegen der Bemannungsgruppe erforderlich.

**Schleiz:** Nachm. 1½ Uhr bei Herrn Kant, Carregasse 23. Das Erscheinen aller Kollegen ist dringend notwendig. Mitteilungsblätter mitbringen. Vorm. 11 Uhr im Kafe bei Herrn Gernum. Kein Kollege darf fehlen.

##### Öffentliche Maurerverfassungen.

##### Sonntag, den 4. März.

**Dallitzsch:** Nachm. 3 Uhr im „Sindenberg“. Z. O.: 1. Ruck und Ruhen der Organisation. 2. Ergebnis der Verhandlungen mit den Unternehmern. Das Erscheinen sämtlicher Mitglieder ist Pflicht. — Die Mitgliederversammlung am 11. März fällt aus.

##### Öffentliche Bauhandwerker-Versammlung.

##### Sonntag, den 11. März.

**Lauf:** Beim Gastwirt Böhm in Niederdorf.

##### Zentral-Krankenkasse der Maurer usw.

##### Sonntag, den 11. März.

**Berlin:** Vorm. 10 Uhr im Gewerkschaftshaus. Außerordentliche Mitglieder-Versammlung. Z. O.: 1. Der Beschluß der letzten Mitglieder-Versammlung, eventuell Revision des ersten Protokolls. 2. Verschiedenes. Mitgliederbuch legitimiert.

Druck: Hamburger Buchdruckerei und Verlagsanstalt Alar & Co. in Hamburg.